



DOKUMENTATION



ZUR

NATO

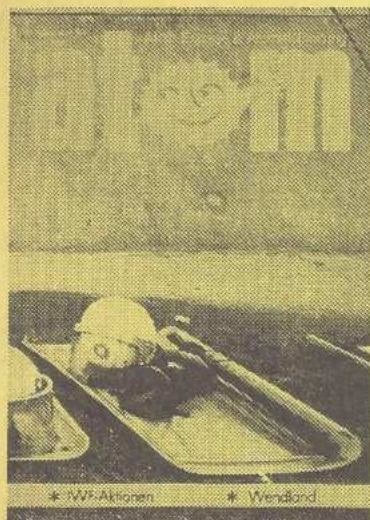
KOMMANDO-ZENTRALE

LINNICH-GLIMBACH

*Friedensacker
gegen
Militarisierung*

LASST SIE NICHT UNGESTÖRT WEITERBAUEN !





* IWF-Aktionen * Wendland

Aus dem Inhalt

- ★ IWF: Vorbereitungen gegen den Gipfel in Berlin
- ★ AKW-Geschichten aus aller Welt
- ★ Staatsgewalt in Wackersdorf und anderswo
- ★ Die SPD und der Ausstieg in Schleswig-Holstein
- ★ Atommüllkonferenz

Außerdem wie immer Standortberichte, Neues aus dem Wendland, Atommülltransporte, Kriminalisierung.

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 4,-
Abo (5 Ausgaben): 25 DM

Bestellungen an:

atom, Postfach 1945,
3400 Göttingen,
oder

c/o Günter Garbers, Posener
Str. 22, 2121 Reppenstedt

Info - dienst



„Info-dienst“

Friedens- und Umweltpolitik sind zwei der wichtigsten Themen unserer Zeit. Immer mehr Menschen engagieren sich in der Ökologie- und Friedensbewegung, um Druck für eine neue Politik zu entwickeln. Der „Info-dienst“ trägt Meinungen, Meldungen, Tips, Termine und Hintergrundberichte aus den Bewegungen zusammen und veröffentlicht sie in übersichtlicher Form. Der „Info-dienst“ erscheint alle vier Wochen. BBU-Mitglieder erhalten ihn kostenlos, Nichtmitglieder können ihn für 25,- DM im Jahr abonnieren. Förderabos 50,- DM im Jahr.

Coupon

Hiermit bestelle ich ein **kostenloses** Exemplar des neuen „Info-dienstes“

Name

Anschrift

Unterschrift

Bitte ausschneiden und einsenden an:

BBU-Verlag,
Prinz-Albert-Str.43, 5300 Bonn 1,
Bitte als Rückporto 0,80 DM in Briefmarken beilegen.

graswurzel revolution



Die neue GWR im Zeitungsformat. Anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch. 1. Ausgabe (Nr.125/Juni 88) mit grundlegenden Texten zu: Staatlichkeit und Anarchie heute/ Pornographie: Männer beherrschen Frauen/ Fritz Oerter (1920): Gewalt oder Gewaltlosigkeit ?/ Indische Frauen gegen Weltbank/ Soziale Verteidigung als sozialrevolutionärer Ansatz

NEU: GWR-Sonderheft Soziale Verteidigung – die einzige wirkliche Alternative zum Militär! vollkommen neu überarbeitete, aktualisierte Ausgabe. Einführung, Diskussionsteil, Fallbeispiele (ca. 76 S., 6 DM + 1 DM Porto) Bezug: GWR, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg; (Schnupperabo 5 Ausgaben: 10 DM-Schein; Abo 10 Ausgaben: 20 DM; PSK Hamburg: 26657-207)

Und die GWR im September: Dreijahreskonferenz der War Resisters International: eine antimilitaristische Internationale/ IWF/Weltbank-Kampagne/ Gewaltfreier Aufstand in Palästina!



DER KOPF
IST RUND
DAMIT DAS
DENKEN DIE RICHTUNG
WECHSELN KANN. PCAB-1

für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft!

HERAUSGEBER: Gesellschaft Friedensacker c/o KA-Linnich, Postfach 1903, 5170 Jülich

VORWORT: Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Redaktion: Heinrich Bischofs, Rainer Drzymalla, Josef Kohl, Ria Makein, Georg Menzen, Gaby Sauer, Helmut Sauer, Helga Weingarten.

BESTELLADRESSE: Gesellschaft Friedensacker c/o KA-Linnich, Postfach 1903, 5170 Jülich oder Rainer Drzymalla, Justinianstr. 17, 5000 Köln 21 (V.i.S.d.P.)

KONTO: Sonderkonto Friedensacker, Nr. 5040 860
Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10

PREIS: DM 4,00 + DM 0,70 Porto
ab 5 Stck. DM 3,50 + DM 1,80 Porto; ab 10 Stck. DM 3,00 + DM 3,00 Porto

Versand erfolgt nur gegen Vorauszahlung

INHALT

=====

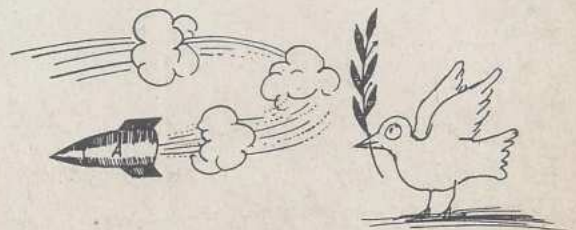
Vorwort.....	4
Das Projekt.....	5
Bunkerbau hat begonnen.....	7
Die Bedeutung der Kommandozentrale.....	9
Die verbunkerte Republik.....	13
"Wir bauen für den Frieden".....	17
Militarisierung der Region.....	18
Air-Land-Battle und der Bunker.....	19
"Central Enterprise".....	20
Europaweite Verbunkerung.....	21
Wie kommt Mensch an einen Friedensacker oder: wie wird die BRD zum Friedensland.....	23
Gesellschaftsvertrag.....	26
Rechtshilfe-Info.....	27
Erläuterungen zur rechtlichen Situation.....	29
Andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung....	30
Wie es zum Kauf des Friedensackers kam.....	31
VerwaltungsAckern rund um den Friedensacker.	32
Chronik des Widerstandes.....	34
Ziviler Ungehorsam in Linnich.....	39
Bunker mit Tradition.....	40
Kommandozentralen.....	42
Die neuen Anti-Terror-Gesetze oder: Neue staatliche Machtmittel gegen Widerstands- bewegungen.....	44

Nach dem Motto:

"Bürger und Bürgerinnen beobachten jegliche Kriegsvorbereitungen, insbesondere von NATO und WP", ist jeder Nachdruck auch ohne Genehmigung der Herausgeberin ausdrücklich erwünscht.

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Broschüre dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Wer zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Versuch machen würde, aufgrund der öffentlichen Medienlage ein Bild über die friedenspolitisch Lage zu zeichnen, der würde zweifellos eines der Entspannung und der Einsicht der politisch "Verantwortlichen" in die Notwendigkeit zur gemeinsamen Abrüstung skizzieren, in dem diese allenfalls noch über die Reihenfolge diskutieren, in der die verschiedenen Waffengattungen zu verschrotten wären.

Die harten Fakten sprechen jedoch eine ganz andere Sprache. Zwar sieht der INF-Vertrag die Abschaffung von 2680 Systemen vor, doch wurden in der gleichen Zeit 8000 Sprengköpfe produziert, Modernisierungen - sprich Aufrüstungen und Kompensationen für Pershing II und Cruise Missiles - mit Zustimmung der Bundesregierung in Auftrag gegeben. Von neuen milliarden schweren Rüstungsvorhaben wie etwa dem "Jäger 90" ganz zu schweigen.

Wer in Linnich-Glimbach am Niederrhein zu Hause ist, der dürfte von einem friedenspolitischen Kurswechsel in den letzten Jahren nichts bemerkt haben.

Hier wird seit 1984 mitten in ein Landschaftsschutzgebiet ein neuer Kriegsführungsbunker der Nato 40m tief in die Erde gerammt. Von hier aus sollen im Krieg atombombensicher die Aktionen der Heeresgruppe Nord und der 2. Alliierten Luftflotte mit Einheiten aus der BRD, Holland, Belgien und den USA koordiniert werden.

Hier wird die seit 1982 für die US-Streitkräfte geltende "Air-Land-Battle"-Doktrin auch für die Nato manifest in die Tat umgesetzt.

In der großen Öffentlichkeit ist dieses millionenschwere Kriegsvorbereitungunternehmen weitgehend unbeachtet geblieben. In der Militärregion Niederrhein haben sich wie vielerorts die meisten Parteien und Institutionen bereits mit der Allgegenwart des Militärs abgefunden.

Aber in Linnich zeigt sich auch beispielhaft, wie die Entstehung der sozialen Bewegungen unsere politische Kultur verändert hat.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Bauvorhabens begann sich dort der außerparlamentarische Widerstand zu regen. Verschiedene Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen schlossen sich zum "Koordinationsausschuß Linnich" zusammen. Mit Einfallsreichtum, Kompetenz und Kontinuität informierten sie sich und die Bevölkerung. Mit zahlreichen phantasievollen Protestaktionen - Blockaden, "Sonntagsspaziergängen", Ostermärschen usw. - haben sie ihrem Motto "Laßt Sie nicht ungestört weiterbauen..." Ausdruck verliehen.

Der KAL hat es nicht bei Protestaktionen belassen. Mit dem Ankauf des Friedensackers unmittelbar neben dem Baugelände gelang es der Friedensbewegung, Fakten für die Nato zu setzen.

Aus diesem Stück Acker wurde kein Teil der Baustelle des Kriegsministers mit Landschaftsvernichtung, sondern ein Friedensacker - Symbol einer positiven Alternative zur alten Politik der Abschreckung der alten, kalten Krieger.

Mit seiner Arbeit hat der KAL Fingerzeige für die ganze Bewegung gegeben. Nach Jahren des letztlich ja durchaus erfolgreichen Anrennens gegen die Mittelstreckenraketen, hat sich in der Friedensbewegung breit die Erkenntnis durchge-

setzt, daß der Protest gegen einzelne Waffengattungen nicht reicht.

Sie hat gelernt, daß sie um wirkliche Abrüstung - ohne Umrüstungen und Kompensationen - durchzusetzen, die Veränderung bzw. Abschaffung ganzer Militärstrategien und -strukturen erreichen muß.

Und sie weiß: Der Widerstand gegen die alten, von Feindbildern verkrusteten Denk- und Politikformen reicht nicht aus. Die positive Alternative, die Überlegungen zur Utopie eines wirklichen Friedens muß sie selbst definieren und beginnen, sie in die Tat umsetzen.

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat im Frühjahr in Tübingen beschlossen, zu bundesweiten Aktionstagen nach Linnich zu kommen.

Linnich ist ein Symbol für die gesamte Modernisierung der Nato-Kriegsführungsstrategie und ihrer Waffensysteme.

Linnich soll nach dem Willen der Friedensbewegung - ähnlich wie Mutlangen und Hasselbach - zum Symbolort für eine Alternative werden. Für einen Ort, von dem der gleiche, gerechte und ungeteilte Frieden ausgeht.

Die Friedensbewegung Linnich und ihr Koordinationsausschuß hat dafür die Grundlage geschaffen - das wird in dieser Broschüre dokumentiert. Sie kann und soll auch Anregung und Ermutigung für viele Friedensinitiativen für deren Arbeit an ihrem Ort sein.

Setzen wir in diesem Herbst ein gemeinsames Zeichen.

Auf nach Linnich am 15. Oktober!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Für den Koordinationsausschuß der Friedensbewegung
Thomas Schmidt



SIE BAUEN FÜR DEN KRIEG: NATO-Kommandozentrale LINNICH

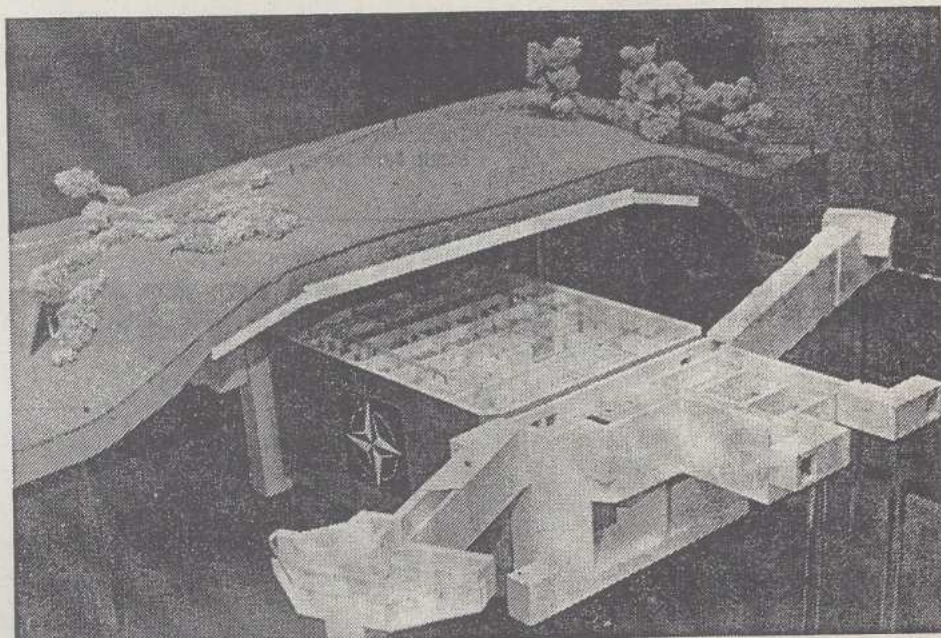
Das Projekt

Sechs Stockwerke sollen vierzig Meter tief in die Erde gesetzt und von einer zweieinhalb Meter dicken Stahlbetonplatte und einer zwölf Meter breiten Dämmschicht abgeschirmt werden. Die Grundfläche des Betonklotzes, in dem 200 bis 300 Personen arbeiten sollen, wird 40 x 45 Meter betragen. Für den Ernstfall wird vorgesorgt: Die Kommandozentrale erhält eine Notstromversorgung sowie einen eigenen Brunnen, der eine unabhängige Wasserversorgung gewährleisten soll. Sozusagen als Clou des Ganzen wird der Bunker auf eine Schwingplatte gesetzt, die von Rheinbraun verursachte Erdabsenkungen abfangen soll.

Warum eine neue Kommandozentrale?

Offiziell passiert eigentlich nichts Aufregendes. Die NATO wird lediglich zwei Hauptquartiere von der einen Kommandozentrale in die andere verlegen, „nur ein Umzug“. Die „eine“ Kommandozentrale befindet sich derzeit in Maastricht. Eingesperrt sind dort die Hauptquartiere der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (2. ATAF) und der Heeresgruppe Nord (NORTHAG). Beide zuständig für die Verteidigung zu Luft bzw. auf der Erde in einem Gebiet, welches neben den Benelux-Staaten und Teilen der Nordsee den Bereich zwischen der Linie Frankfurt-Kassel und der dänischen Grenze umfaßt. Daß der Bau einer neuen Kommandozentrale in Glimbach nun nötig wurde, liegt ausschließlich daran, daß die Zentrale in Maastricht mittlerweile aus baulichen Gründen überaltert sei, so jedenfalls sieht es der zuständige NATO-Pressesprecher, Oberstleutnant Wulff Bickenbach.

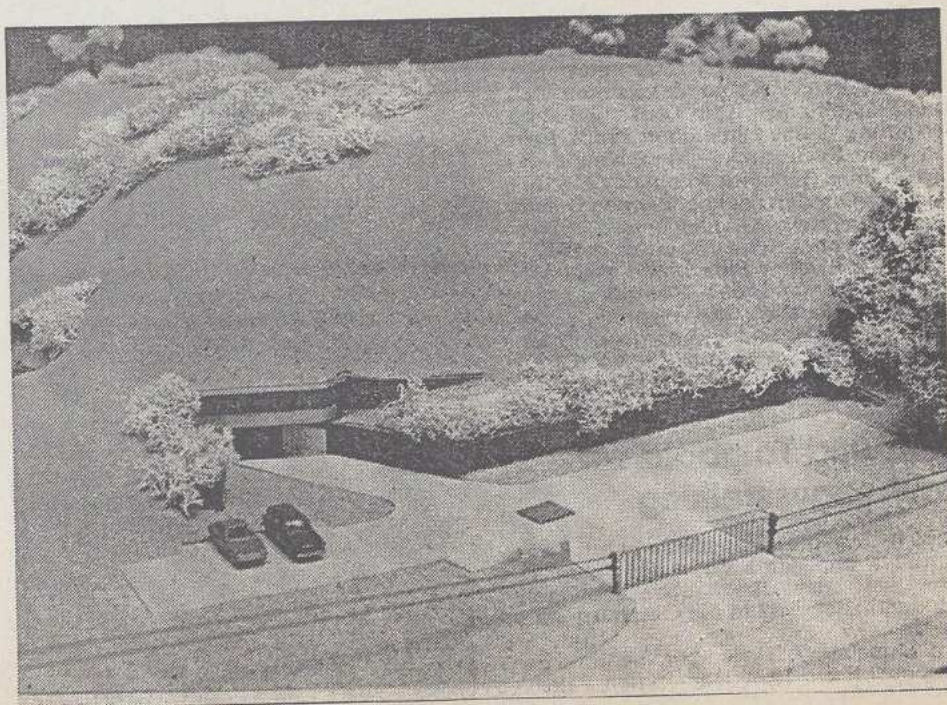
Mit dem Bau der Kommandozentrale in Glimbach soll nun nach der Stationierung eine Leitzentrale geschaffen werden, die im Rahmen der vermeintlichen Verteidigungsstrategie Air-Land-Battle – die ja einen Präventivschlag, einen atomaren Erstschatz ausdrücklich **nicht** ausschließt – zu einer der drei wichtigsten Kommandozentralen im NATO-Bereich Europa Mitte gehören wird.

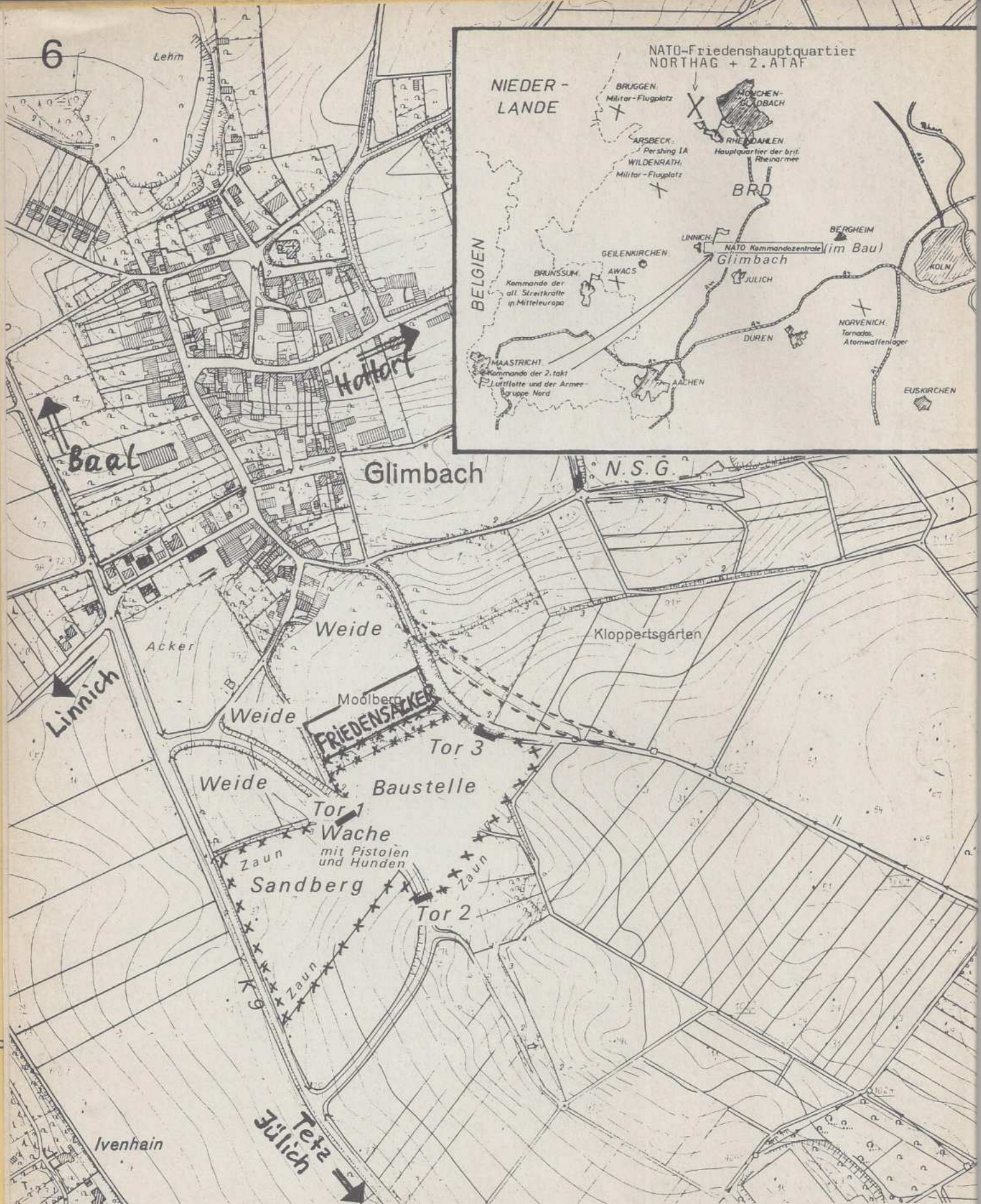


NATO-„Projekt 138“ oder „Castle Gate“

O-Ton Bundesverteidigungsministerium: „Zur Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit der NATO ist die Realisierung des Bauwerks unverzichtbar.“

Ist folglich zur Sicherstellung der Verteidigungsunfähigkeit der NATO die Verhinderung des Bauwerks unverzichtbar?





**SIE BAUEN FÜR DEN KRIEG:
NATO-Kommandozentrale LINNICH**

Bunkerbau hat begonnen

Kampfmittelräumdienst suchte Gelände ab

Glimbach. - Seit gestern morgen ist ein Trupp des Kampfmittelräumdienstes Aachen dabei, das Areal des Natobunkers in Glimbach nach Überbleibseln des Zweiten Weltkrieges abzusuchen. Damit dürfte der Baubeginn der unterirdischen Kommandozentrale in unmittelbarer Nähe gerückt sein. Bisher wurden einige Granaten und Munitionsbestände gefunden. Weitläufig ist die Wiese abgesteckt worden, damit auch jeder Quadratmeter Boden genauestens abgesucht werden kann. Wann die ersten Baufahrzeuge anrücken ist zur Zeit noch ungewiß, doch dürfte nach dem Abrücken des Munitionsräumdienstes nicht viel Zeit vertan werden. Bekanntlich hat das 80 Millionen Projekt schon vor dem ersten Spatenstich für einigen Wirbel gesorgt, besonders in den Reihen von Friedensinitiativen.

Eine dieser Koordinationsgruppen schlug vor einigen Monaten der Nato ein Schnippchen, in dem sie von einem ortsansässigen

Landwirten für rund 70000 Mark ein Grundstück erwarb, welches als Sicherheitsbereich für den Bunker genutzt werden sollte. Mittlerweile haben rund 500 Interessenten einen Anteilschein erworben, der sie zu Mit-eigentümern macht. Damit soll ein eventuell angestrengtes Ent-

eignungsverfahren zeitliche Verzögerungen beim Bunkerbau hervorrufen. Mittlerweile haben aber die zuständigen Stellen bereits erklärt, daß dieser „Husarenstreich“ der Jülicher Friedensinitiative in keiner Weise den Bunkerbau behindern werde. (Sf.)

aus: Düren-Jülicher-Woche
15.11.1986



Seit gestern sind Angehörige des Kampfmittelräumdienstes dabei, daß Baugelände des Bunkers nach Munition abzusuchen.

Eine kleine Auswahl von ca. 30 Tonnen hervorgeholtem, verrostetem Kriegsmaterial aus dem 2. Weltkrieg. Darunter befinden sich u.a.:



- Bombensplitter
- Granathülsen
- Panzerteile
- Gewehrläufe
- Maschinengewehr-Magazine
- Stahlhelme etc.

Auf der Magdalenenhöhe

Richtfunk für die NATO

Bunkerbau „planmäßig“

LINNICH. — Ein Richtfunkmast, der in das Fernmeldenetz der NATO eingepaßt wird, entsteht demnächst auf der Magdalenenhöhe, die etwa im Schnittpunkt des Dreiecks liegt das von den Ortschaften Glimbach, Hottorf und Lövenich begrenzt wird. Das erfuhren die „Nachrichten“ aus informierten Kreisen, nachdem die Veröffentlichung einer Anzeige in der Dienstaussage über die Erklärung des betreffenden Gebietes zum Schutzbereich Unruhe und zahlreiche Anfragen aus Kreisen der Leserschaft ausgelöst hatte. Von der Pressestelle der NATO in Mönchengladbach wurde den „Nachrichten“ auf Anfrage mitgeteilt, daß die Errichtung des Fernmeldemastes nicht in direktem Zusammenhang mit dem bei Glimbach entstehenden Bunkerraum stehe. Dort ist das Baugelände inzwischen hermetisch abgesperrt und die Umzäunung bei Dunkelheit taghell ausgeleuchtet. Der zuständige Presseoffizier in Mönchengladbach bestätigte, daß weiterhin Erdarbeiten für den Bunkerbau, der 50 Meter lang, 40 Meter breit und 30 Meter tief wird, „planmäßig“ ausgeführt würden. Der Aushub wird zum Großteil an der Kreisstraße zwischen Kiffelberg und Körrenzig deponiert und schirmt gleichzeitig das Bunkergeräde zu dieser Seite hin ab. Bei Inangriffnahme des Projektes vor drei Jahren ging man von einer Fertigstellung im Jahre 1990 aus. Diesen Termin wird man aber nach bisherigen Erfahrungen nicht einhalten können.

Jülicher Nachrichten

Redaktion: Fritz Kremer (verantwortlich) und Helmut Janßen, Stiftsherrenstraße 13, 5170 Jülich, Ruf 55103 (nach Redaktionsschluß: F. Kremer, Rurdorfer Straße 12, 5172 Linnich, Ruf 02462/6478; H. Janßen, Mommarzstraße 7, 5136 Heinsberg-Dremmen, Ruf 02452/64948), Postfach Jülich 2009. Zweigstelle (Anzeigen und Zeitungszustellung): Baierstraße 2a, 5170 Jülich, Ruf 4051.

AN / Nr. 87 — Donnerstag, 14. April 1988

Grünes Licht für NATO-Bau

Neuer Relaisstation bei Hottorf steht nichts mehr im Weg

Hottorf. — Nachdem die NATO schon seit mehr als einem Jahr einen Bunker in Glimbach baut, wird sie nun auch im Hottorf-Lövenicher Feld aktiv: Hier soll in naher Zukunft — wie seinerzeit in den „Nachrichten“ angekündigt — ein Richtfunkrelais mit entsprechender Antenne gebaut werden.

Nachdem ein Hottorfer Landwirt nun auch seine Zustimmung zum Bau dieser Anlage gegeben und sein Land an die NATO verkauft hat, steht dem Bau nichts mehr im Wege. Aufgrund günstiger geographischer Voraussetzungen wird die Relaisstation in der

Gemarkung Hottorf errichtet, wie Hans-Reiner Otter, Pressesprecher der NATO in Mönchengladbach, gegenüber den „Nachrichten“ erläuterte.

Der Bauplatz liegt auf einer natürlichen Anhöhe, so daß die spätere Kommunikation reibungslos vonstatten gehen kann. Begründet wird der Bau der neuen Relaisstation in erster Linie mit der „besseren Vermaschung des NATO-Richtfunks“, so Pressesprecher Otter. Selbstverständlich wird der nahe Glimbacher Bunker ebenfalls an dieses Netz angeschlossen — der Funkverkehr wird also ausgebaut. KS

15. Jan. 1988

Leserbrief Leserbrief Leserbrief

„Ganze Gegend militärischer Schutzbereich?“

Jülich/Linnich. — Der in den „Nachrichten“ vom 22. Dezember veröffentlichte Artikel „Richtfunk für die NATO“ veranlaßt Helmut Sauer aus Jülich, Kopernikusstraße 20, zu folgendem Leserbrief:

Der Verteidigungsminister baut also für die NATO im Rahmen der „neuen gehärteten“ unterirdischen „Kriegsführungszentrale“ (Text in Anführungsstrichen ist offizielle NATO-Sprachregelung) in Linnich-Glimbach auch noch Funk-Sende- und Empfangsanlagen. Bekannt wurde dies über die öffentliche Bekanntmachung der Erklärung des Gebietes zwischen Körrenzig, Glimbach, Kofferen, Hottorf, Kleinbouslar und Lövenich zum militärischen Schutzbereich vom 21. 12. 1987.

Dieser Erklärung liegt das Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichs gesetz) vom 7. 12. 1956 zugrunde. Wesentliche Teile davon stammen noch aus der Nazi-Zeit. Hiernach bedarf es der besonderen Genehmigung der Militärbehörden Gebäude zu errichten, zu verändern, zu beseitigen oder die Bodennutzung zu verändern. Selbst die landwirtschaftliche Nutzung kann beschränkt werden, der Gemeindegebrauch kann sogar ausgeschlossen werden. Polizei und Soldaten können ohne richterlichen Hausdurchsuchungsbefehl u. a. Häuser und Wohnungen durchsuchen. Wie bereits passiert, könnte dies bedeuten, daß in der näheren Umgebung der Funkanlage keine hochwachsenden Pflanzen, wie z. B. Mais, mehr angebaut werden dürfte, weil sich dort z. B. Gegner/innen derartiger Kriegsvorbereitungen verstecken könnten. Einzelkontrollen von Personen und Fahrzeugen durch Polizei und Soldaten sind jederzeit auch ohne besonderen Grund möglich. Bei Räumung von Wohnungen ist den Bewohnern eine angemessene Räumungsfrist zu gewähren. Änderungen seitens des Militärs sind jederzeit zu dulden.

Ich folgere daraus: die finanziellen und ideellen Werte für Land und Gebäude fallen, denn wer will schon Ländereien und Gebäude im militärischen Schutzbereich mit all seinen Verboten, Einschränkungen und Belastungen kaufen. Das Militär baut, verwüstet und belastet Teile der Gegend und schreckt auch nicht vor der Zerstörung von Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebieten, wie in Glimbach am Moolberg, zurück.

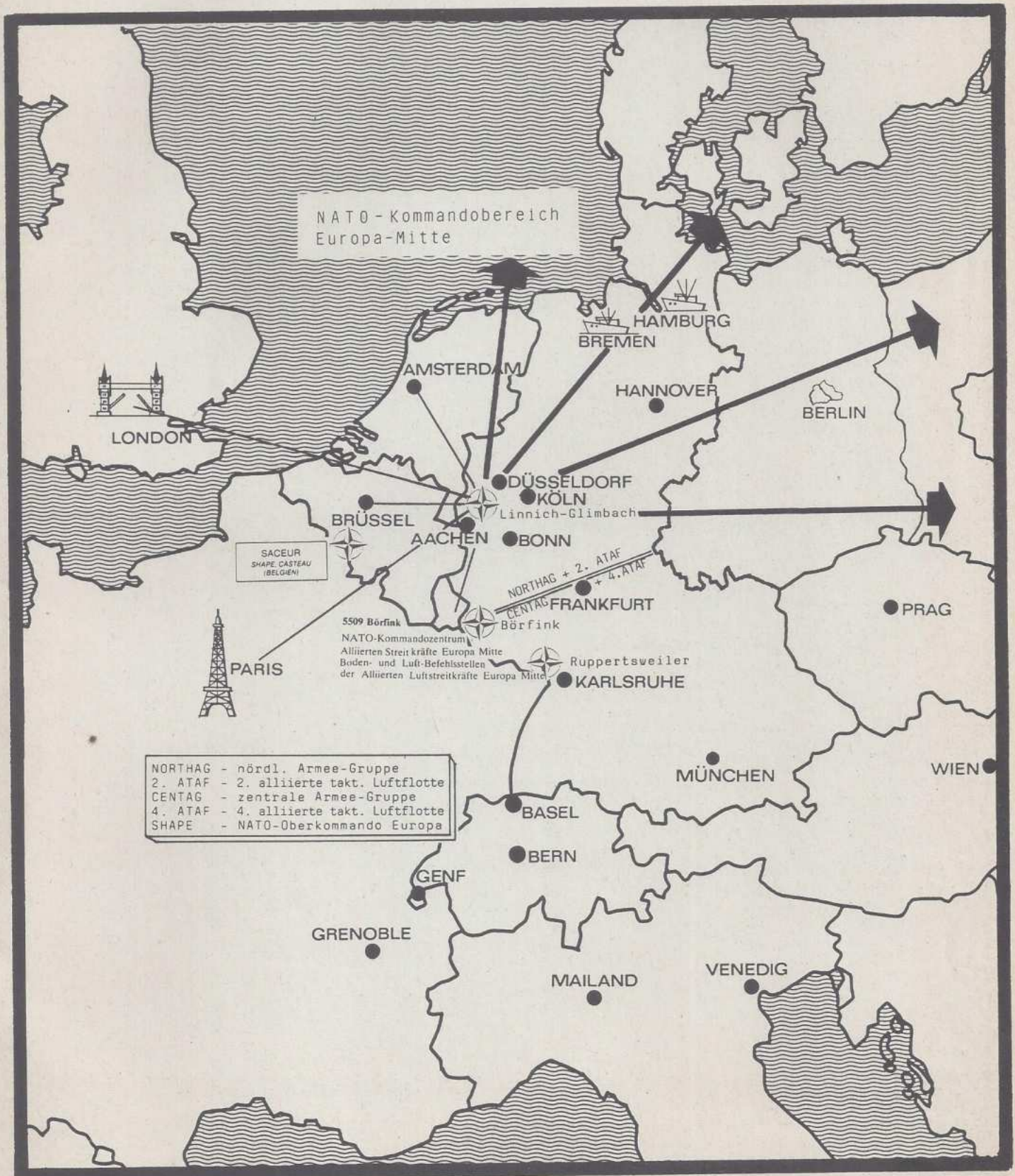
Ich erinnere an die Aussage von Herrn Bickenbach, ehemaliger NATO-Pressesprecher im „Friedenshauptquartier“ der NATO in Mönchengladbach, auf einer Veranstaltung am 9. 8. 84 in Jülich. Dort teilte er mit, daß schon noch vier oder fünf Funkanlagen um den NATO-Bunker herum gebaut würden. Um diese Funkanlagen herum wird wieder ein großer militärischer Schutzbereich mit all den Nachteilen für Leute und Land errichtet werden. Müssen wir befürchten, daß bald unsere ganze Gegend ein militärischer Schutzbereich werden wird?

Selbst an die gesetzliche Veröffentlichungspflicht hielt sich der Bundesverteidigungsminister in der Vergangenheit nicht immer. Er begründete dies mit militärischer Geheimhaltung, auch gegen die Planungshoheit von Kommunen. Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Auf die Erklärung von militärischen Schutzbereichen folgten immer mehr Proteste, Widerstand in der Bevölkerung und Klagen vor Verwaltungsgerichten. Ein Urteil vom Bundesverwaltungsgericht zwingt jedoch den Bundesverteidigungsminister weiterhin zur Bekanntmachung.

Die „neuen gehärteten Kriegsführungszentralen“ entstehen von Norwegen über die Türkei bis Sizilien, dazu 200 neue vorgeschobene Munitionsdepots entlang der deutsch-deutschen Grenze, Glasfaserverkabelung bereits im Hunsrück und Pfälzer Wald, Ausbau von Lagerstätten für die neuen binären chemischen Waffen, Ausbau von Flughäfen, Kriegsübungsplätzen, Straßen, speziellen Hotels und Wohnungen für die „Unterstützungsgruppen im Verteidigungsfalle“, Ausbau und Konzentration nationaler sowie internationaler zivil-militärischer Zusammenarbeit im Rahmen von EUREKA und SDI. Und drumherum entstehen immer neue militärische Schutzbereiche sowie Überwachungen von Personal und Bevölkerung durch die Geheimdienste. Trotzdem soll es immer noch Leute geben, die ihr Land an das Militär verkaufen. Viele Friedenssäcker, wie z. B. in Linnich-Glimbach, wären doch eine echte Alternative, auch in Fortsetzung und Begleitung des gerade erst geschlossenen Abrüstungsvertrages zwischen den USA und der UdSSR.

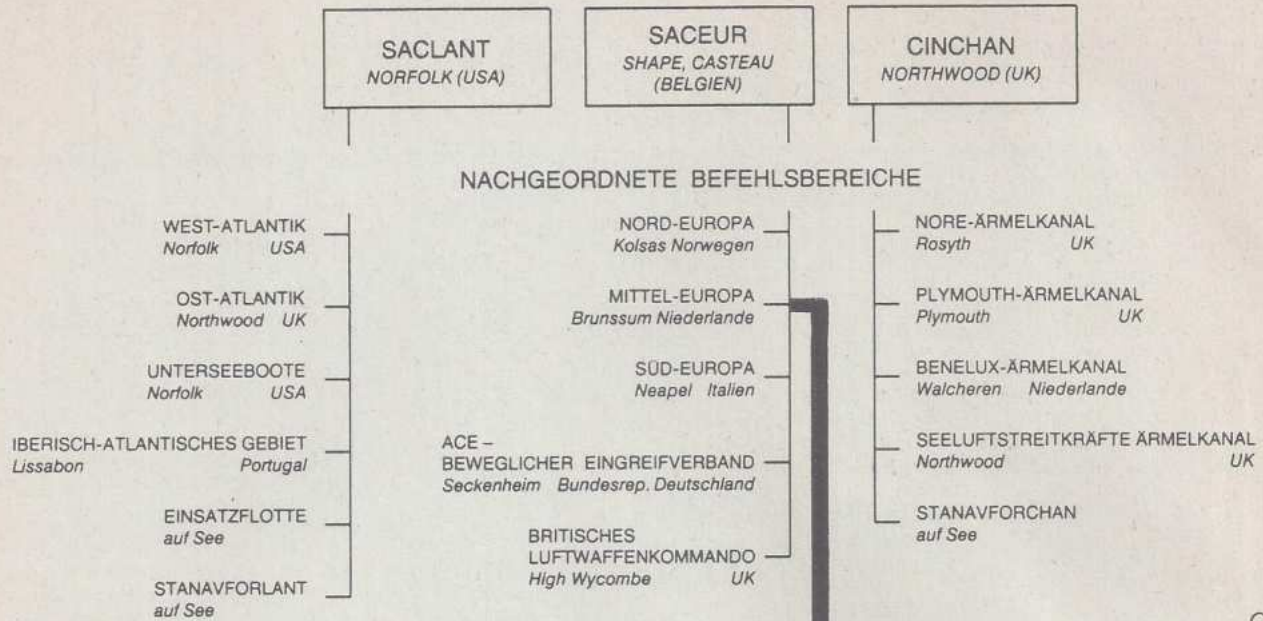
Zuschriften, die hier veröffentlicht werden, enthalten die persönliche Meinung des Lesers. Die Vielzahl der Leserbriefe gestattet oft nur eine gekürzte Wiedergabe. Wir bitten um Verständnis.

Diese Karte zeigt den räumlichen Befehlsbereich der Kriegsführungszentrale "Castle Gate" in Linnich-Glimbach. Der tatsächliche Kommandobereich von NORTHAG + 2.ATAF umfaßt jedoch auch Waffensysteme außerhalb des geographischen Befehlsbereiches, wie z.B. Panzer-Jagdflugzeuge Thunderbolt A-10, die in Bentwaters u. Woodbridge/England stationiert sind.



Aber auch hohe Militärs aus Frankreich werden in der NATO-Kriegsführungszentrale künftig ihren Dienst tun. Die NATO-weite integrierte Zusammenarbeit findet mittels Funk/Sendeanlage, computergestütztes Glasfasernetz, AWACS-Flugzeuge und über Satelliten statt.

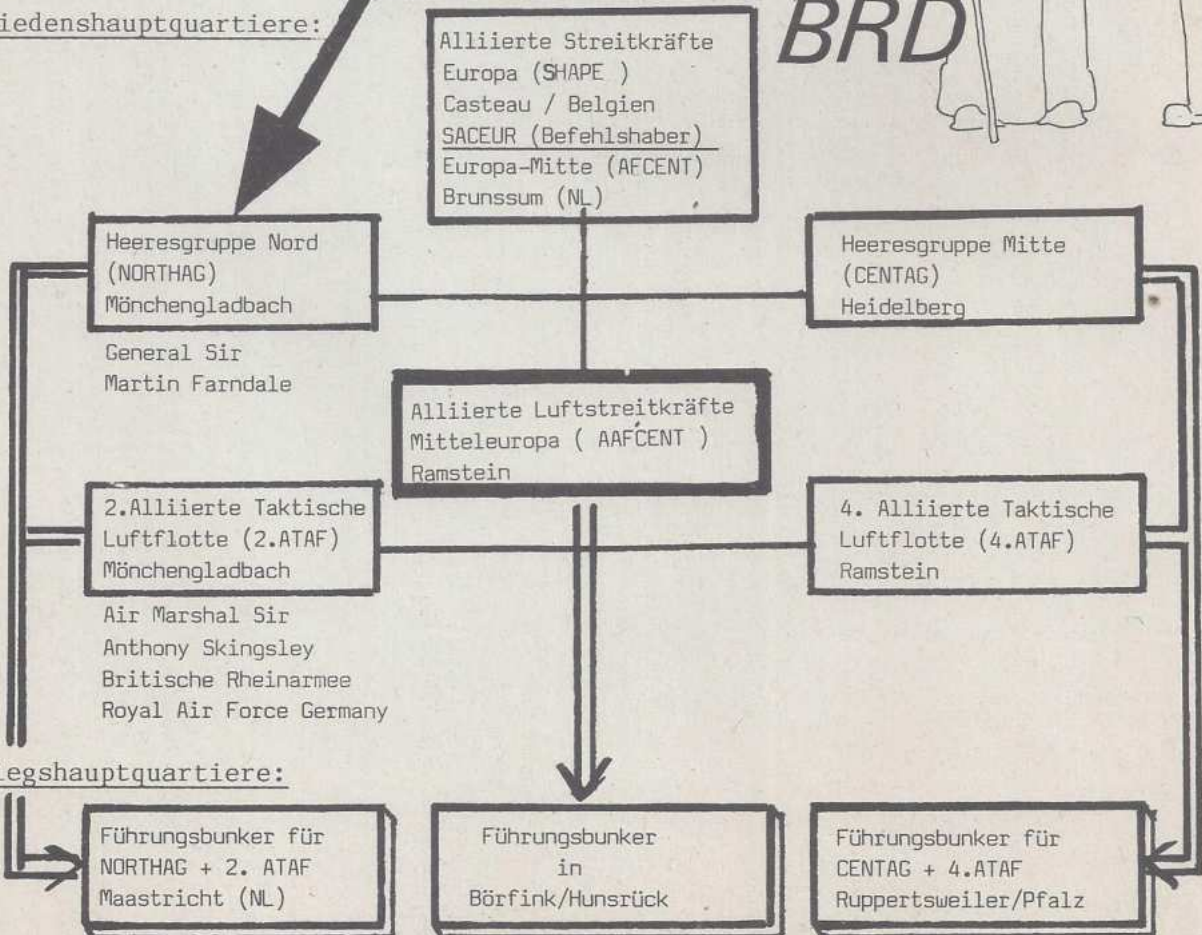
OBERSTE NATO-BEFEHLSHABER



NATO - STRUKTUREN IN DER

BRD

1. Friedenshauptquartiere:



wird verlegt nach
Linnich (im Bau befindlich)

(im Bau befindlich)

Nato-Stäbe in Glimbach auch „besser geschützt“

Nato-Hauptquartier: Kommandeurswechsel – Luftwaffenübung „Central Enterprise“ steht bevor

VON DIETER
SCHUHMACHERS

Mönchengladbach. — „Die Nationen haben sich zu ihrer gemeinsamen und gegenseitigen Verteidigung in der Nato vereinigt. Das führt jedoch nur dann zum Erfolg, wenn wir in der Lage sind, allen zu beweisen, daß wir uns verteidigen können, wenn wir angegriffen werden. Die moderne Kampfführung ist so überaus schnell und intensiv, daß uns, nachdem wir angegriffen worden sind, keine Zeit bleibt, Verfahrensweisen auszuarbeiten. Das Zusammenwirken integrierter Verbände sowie unsere Führungsmaßnahmen müssen bereits in Friedenszeiten festgelegt werden. Daher arbeiten die Zweite Alliierte Taktische Luftflotte und die Heeresgruppe Nord in allen routinemäßigen Bereichen ständig Seite an Seite!“

Air Marshal Sir Anthony Skingsley, der neue Befehlshaber der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte (2. ATAF) und Oberbefehlshaber der Royal Air Force Germany, unterstrich bei einem Pressegespräch im Nato-Hauptquartier Mönchengladbach-Rheindahlen noch einmal nachdrücklich diese Aufgaben der Nato-Stäbe. Die 2. ATAF sei ein äußerst wichtiger Bestandteil der militärischen Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses. „Je glaubwürdiger unsere Operationsfähigkeit, desto wirkungsvoller ist die Abschreckung“, sagte der 53jährige Kommandeur, der am 13. April die Nachfolge von Air Marshal Sir David Parry-Evans in Mönchengladbach angetreten hatte. Im Frieden, so führte Sir Marshal Skingsley weiter aus, müsse daher geübt werden — auch in einem unbedingt notwendigen Maße im Tiefflug.

*

Täglich üben Luftstreitkräfte auch gemeinsam mit Landstreitkräften — diese Zusammenarbeit wird routinemäßig in den Leitstellen der Mönchengladbacher Nato-Stäbe koordiniert. Mit „Central Enterprise“ steht vom 1. bis 5. Juni aber eine reine Luftwaffenübung auf dem Nato-Terminkalender. Unter der Gesamtleitung des Hauptquartiers der Alliierten Luftstreitkräfte

Europa Mitte (AAFCE) in Ramstein bei Kaiserslautern sind an dieser Übung Verbände der Luftstreitkräfte Belgiens, der Bundesrepublik, Kanadas, der Niederlande, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika beteiligt.

Das Übungsgebiet umfaßt Belgien, die Bundesrepublik, die Niederlande, Luxemburg sowie Teile Frankreichs, Großbritanniens, Dänemark und der Nordsee.

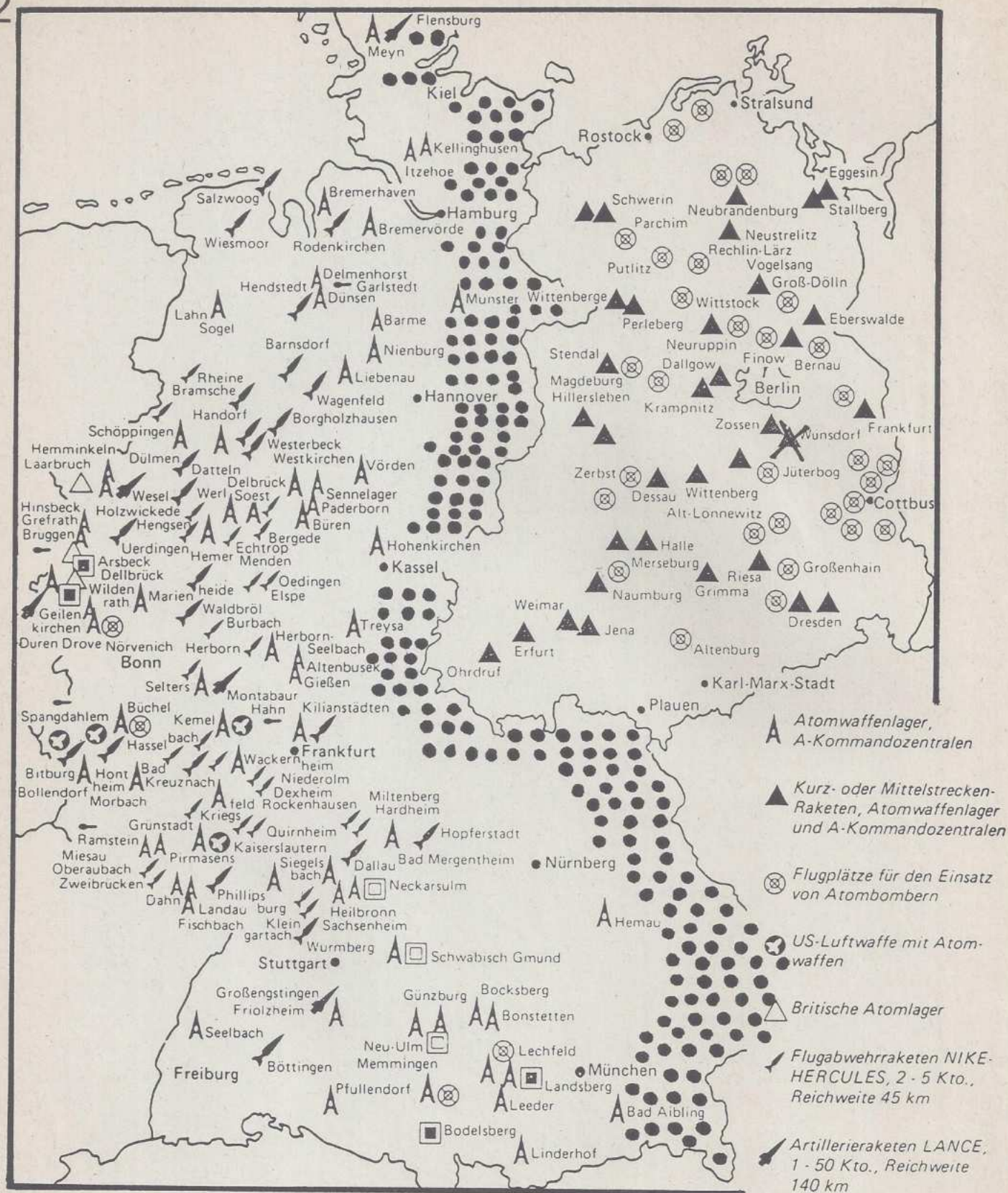
„Central Enterprise“ — das ist für die Nato die einzige größere reine Luftwaffenübung in Mitteleuropa. Luftwaffenverbände verschiedener Nationen arbeiten unter Nato-Kommando zusammen. Diese Zusammenarbeit, bestehende Pläne und Verfahren werden überprüft. In einem ersten „Hot Wash-up“ — einer frühen Ergebnisbesprechung — wird unmittelbar nach der Übung Bilanz gezogen, später in weitergehenden Erfahrungsberichten. So war bei „Central Enterprise“ im vergangenen Jahr den Luftverteidigungskräften eine zu geringe Vorwarnzeit eingeräumt worden, die Generalmajor Eberlein, deutscher Chef des Stabes in der 2. ATAF, berichtete. Durch eine „Trickschaltung“ soll diese Fehlerquelle in diesem Jahr ausgemerzt werden, so daß auch dafür die Verteidigungskräfte ein optimaler Übungsverlauf gewährleistet und eine Erkennung der als Angreifer agierenden Flugzeuge überhaupt möglich wird. Die Übungsaktivitäten im nördlichen Bereich des Übungsgebietes werden vom Hauptquartier der 2. ATAF in Mönchengladbach geleitet. Die 2. ATAF ist für die Luftverteidigung über Belgien, den Niederlanden, Teilen der Nordsee und der Ostsee und über dem nördlichen Teil der Bundesrepublik (von der deutsch-dänischen Grenze bis zu einer Linie Frankfurt/Kassel) generell, also auch außerhalb von Übungszeiten, verantwortlich.

„Um die Belastung für die Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, sind zahlreiche Maßnahmen getroffen worden“, erklärt die Nato. „So werden das Flugaufkommen im Bereich der 2. ATAF während der Übung z. B. nur unwesentlich über dem normalen wöchentlichen Flugbetrieb liegen und Flüge über dicht besiedelte Gebiete auf ein Minimum beschränkt bleiben.“ Bei 800 soll die Zahl der täglichen Flugeinsätze im Bereich der 2. ATAF während „Central Enterprise“ liegen — normalerweise beträgt die Zahl rund 700.

Der Chef des Stabes, Generalmajor Eberlein, verteidigte beim Pressegespräch auf Anfrage die Notwendigkeit für den Bau der unterirdischen Befehlszentrale bei Linnich-Glimbach. Die Aufgaben seien in der jetzigen Maastrichter Kommandozentrale in einer Sandsteinhöhle „nur eingeschränkt und sehr verwundbar“ zu leisten. In Glimbach könnten diese Aufgaben „besser und besser geschützt“ erfüllt werden. So sei in Glimbach ein besserer Schutz gegen chemische Waffen in Zukunft gegeben, auch gegen nukleare Waffen. Obwohl man sich bewußt sei, daß es gegen eine bestimmte Größenordnung von Waffen im Grunde keinen Schutz mehr gebe. Doch mit der Kommandozentrale in Glimbach werde nicht für den Krieg, sondern für den Frieden gebaut — erinnerte Generalmajor Eberlein an eine Erklärung von Nato-Kommandeuren im vergangenen Jahr.



Der neue Befehlshaber der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte und Oberbefehlshaber der Royal Air Force Germany: Air Marshal Sir Anthony Skingsley. (Foto: HQ Nato)



Quelle: "Bedrohungs-Atlas Bundesrepublik Deutschland"
von Burkhard Lubert

● 200 neue Munitionsdepots

Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR

■ Flugkörpergeschwader
PERSHING 1 A,
60 - 400 Kto., Reichweite
900 km (deutsch)

□ PERSHING 1 A
(US-amerikanisch)

— Marschflugkörper
CRUISE MISSILE
(ab 1983)

Aschermittwoch 1987 in Bonn: Im Schatten des »Langen Eugen«, des Abgeordneten-hochhauses, schritten am Vormittag die Herren zu ihren Limousinen und stiegen ein. Der erste Wagen fuhr los, im Abstand von jeweils zwei Minuten folgte der nächste. Am Ziel der Reise – nur zwei Dutzend Kilometer Luftlinie entfernt – stiegen die Herren wieder aus und verschwanden hinter Stahl und Beton.

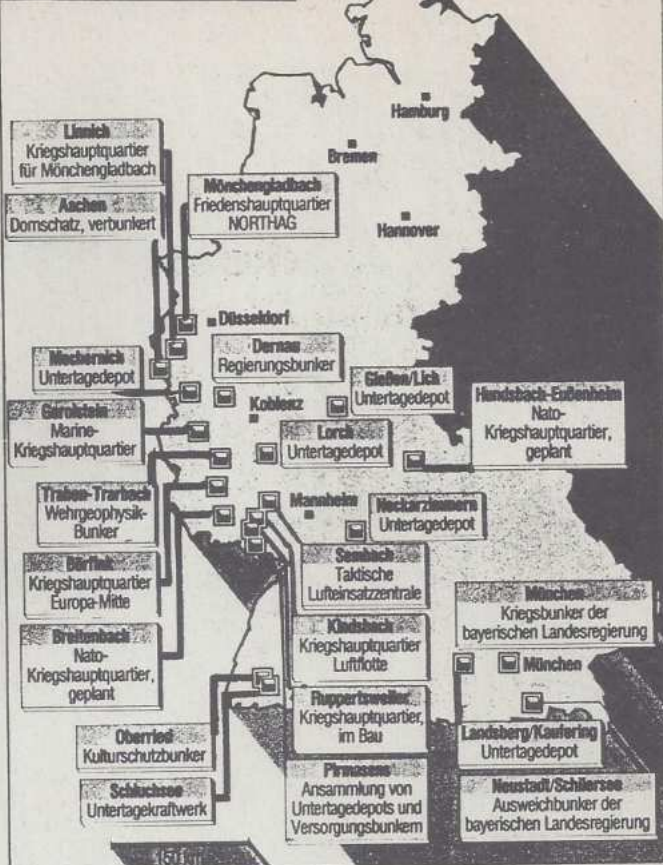
Dort wurden sie, die Mitglieder des Notparlaments der Bundesrepublik Deutschland, bereits erwartet, denn dort im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau unter den Bergen an der Ahr herrscht seit Mittwoch dieser Woche Alarm: Fast 2000 Politiker und Militärs proben den Krieg zwischen Nato und Warschauer Pakt. Sechs Tage nach Aschermittwoch wird die Nato laut Übungsplan erstmals Atomwaffen einsetzen. Die Notparlamentarier sind dann bereits aus dem Bunker hinauskomplimentiert und nach Bonn zurückgefahren worden – die Endzeit, auch übungshalber, bleibt ihnen erspart. Militärs und Verwaltungen proben noch vier Tage weiter; danach ist – auf dem Papier – Mitteleuropa weitgehend zerstört.

Doch auch das Chaos muß verwaltet werden, sonst bräche ja das Chaos aus. Alle zwei Jahre soll diese natoweite Übung »Wintex/Cimex*« Regierungen, Verwaltungen und Militärstäben die Routine verschaffen, angesichts von Katastrophen

* Kunstwörter aus dem Englischen: »Wintex« bedeutet »Winterübung«, »Cimex« steht für »Übung in zivil-militärischer Zusammenarbeit«.

noch möglichst rational zu handeln. Die Zusammenarbeit im Bündnis und zwischen den zivilen und militärischen Dienststellen zu testen, ist ein Hauptziel des Manövers. Deshalb sind auch die Verwaltungsbehörden von Ländern, Kreisen und Städten in das Kriegsspiel einbezogen.

Das Szenario ist seit Jahren ähnlich. Im Osten, wo US-Präsident Ronald Reagan das »Reich des Bösen« wähnt, brechen Unruhen aus, wankt die Herrschaft der Funktionäre. Die – böse, wie sie nun mal sein müssen – rüsten darob zum letzten Gefecht. Auch an »Wintex '87« sind alle Friedensbotschaften und Abrüstungsangebote des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow spurlos vorbeigegangen.



Bunker für Kriegshauptquartiere, Kulturgüter und Kirchenschätze in der Bundesrepublik

Der Wintex-Krieg beginnt mit »wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Orange-Block«, womit unausgesprochen der Warschauer Pakt gemeint ist. In Polen kommt es zu Unruhen. Die östlichen Machthaber fürchten, die andere Seite könne dies ausnützen, und verlegen vorsorglich Truppen nach Westen. Der getarnte Aufmarsch gegen die Nato eskaliert in Großmanövern in der DDR, der Tschechoslowakei und in Polen. Schließlich kommt es zum Knall: Sowjetische Streitkräfte greifen auf breiter Front an, während im Westen eine von Moskau gesteuerte »Demotivierungskampagne« in einer »Aktionswoche für den Frieden« mündet.

Solche Nato-Manöver sind seit 1962 der Schrecken vieler Ministerial- und Oberregierungsräte, die zwei Wochen lang in einer bizarren Umwelt »Regierung« spielen müssen, in einer von allem gewohnten Komfort abgeschnittenen Bunker-Eintönigkeit: Stahlbetten, Stahlschränke, Neonlicht, militärische Disziplin, Dienst rund um die Uhr. Mancher bekommt den Bunkerkoller, wird streitsüchtig, überzieht seine Rolle, fühlt sich als echter Minister oder Staatssekretär. Es gibt keine Zeitungen, kein Fernsehen, keine privaten Außenkontakte. Die Katastrophen-Atmosphäre ist perfekt.

Ausstattung und Unterhalt des Atombunkers sind teuer. 300 Meter unter den Weinbergen und dem Rotweinwanderweg ziehen sich 30 Kilometer Stollen durch den Berg, das vermutlich teuerste öffentliche Bauwerk der Bundesrepublik – das jedoch bloß fiskalisch ein »öffentliches« ist; in Wahrheit wird es abgesperrt von Grenzschutz und Militär. Über die Baukosten gibt es nur Schätzungen, denen jedoch eines gemeinsam ist: Sie liegen oberhalb der Milliardenengrenze. Die jährlichen Unterhaltskosten betragen mehrere Millionen Mark.

Wenige Kilometer nördlich des Bunkers ist ein Stück Autobahn zum Notflughafen ausgebaut. Der Rastplatz Swisttal am Autobahnkreuz Meckenheim ist, seit er besteht, für den Verkehr gesperrt; er dient am Tag X als Abstellplatz für die Flugzeuge. An seinem Rand ist ein kleiner Hügel aufgeschüttet: der Platz für das mobile Radargerät.

Außer diesem Regierungsnottflughafen gibt es weitere 21 Behelfspisten im bundesdeutschen Autobahnnetz, erkennbar an durchbetonierten Mittelstreifen mit demontierbaren Leitplanken und an den Versor-

gungseinrichtungen auf den Parkplätzen: Alle Zuleitungen für Strom, Wasser und Treibstoff sind verlegt, unterirdische Kavernen für den Düsenpilot Kerosin neben der Piste eingegraben.

Der Regierungsbunker an der Ahr soll im Ernstfall etwa 10 000 Politikern, Ministerialbeamten und Soldaten Schutz bieten – nicht aber ihren Familien, wie es offiziell heißt. Die Zehntausend bedienen dann die abhörsicheren Funk- und Fernsprechanlagen, die Terminals zur schnellen Querinformation, sie besetzen die verschiedenen Lagezentren, die Fernschreibzentralen mit Direktleitungen zu den Wehrbereichskommandos und Krisenstäben der Bundesländer. Sie erfahren alles vom Chaos über ihren Köpfen. Bisher wurden bei »Wintex« etwa drei Dutzend Nervenzusammenbrüche gezählt – und dabei war es nicht einmal der richtige »V-Fall«, wie »Krieg« bei der Nato feinsinnig umschrieben wird.

Aschermittwoch 1987 im Pfälzer Wald, 160 Kilometer südlich des Regierungsbunkers: Der Wald steht schwarz und schweigt, auch weißer Nebel steigt – doch nicht so wunderbar wie im »Abendlied« von Matthias Claudius, denn drinnen im Berg wird gesprengt. Heller Steinstaub wälzt sich aus der Tunnelöffnung. Dann fahren wieder Lastkraftwagen in den Berg hinein, fördern Fels und Erde ans Licht und Mischbeton in die Tiefe.

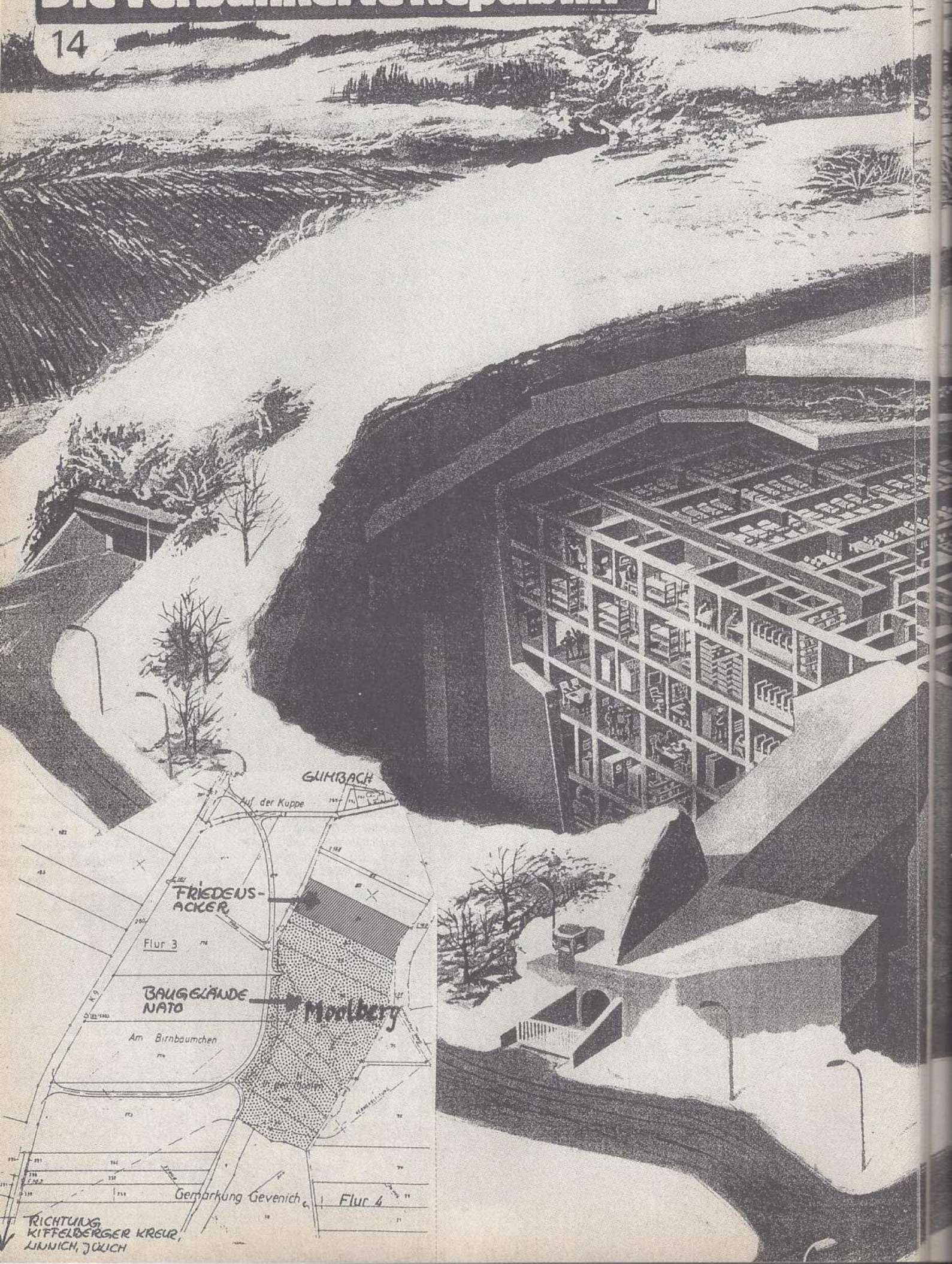
Tagaus, tagein ist keine Ruhe, selbst nachts nicht und nicht an den Feiertagen. Der »Große Arius«, die Bergkuppe nördlich von Ruppertsweiler bei Pirmasens, wird ausgehöhlt – Baustelle für einen unterirdischen Bunker, ein neues Kriegshauptquartier der Nato.

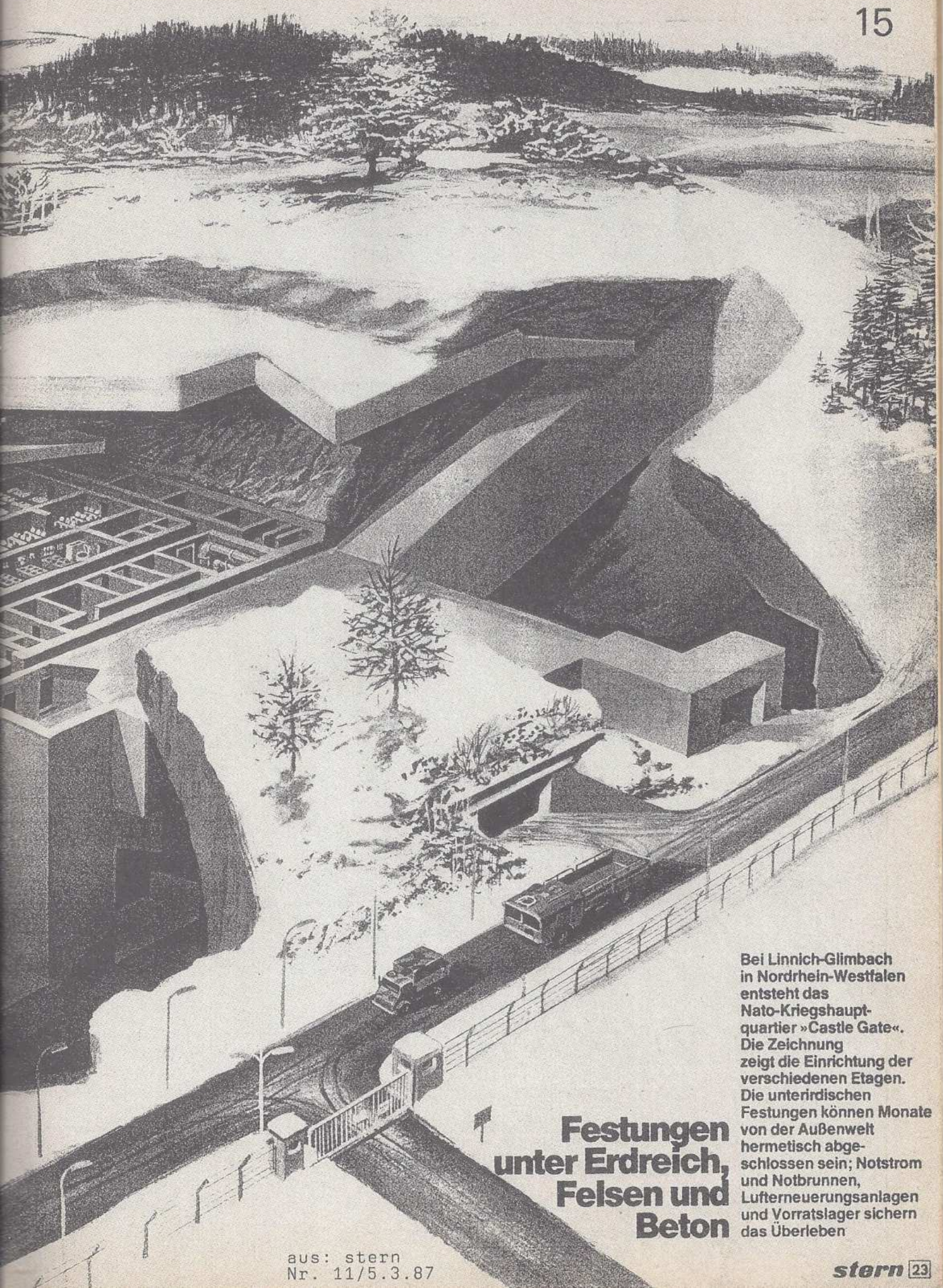
Ein Tunnel ist bereits fertig, ein zweiter Stollen wird zur Zeit quer durch den Berg getrieben, danach zwischen beiden der Bunker gegraben und betonierte. Im Tal westlich der Tunnelöffnungen entstehen neue Kasernen.

Ruppertsweiler im Pfälzer Wald ist ein nettes Dörfchen, adrett und sauber gefegt. Eine kleine Fernmeldeeinheit der Bundeswehr lag bisher schon im Ort, einige Amerikaner aus den umliegenden Garnisonen wohnen hier. Doch für die meisten ist das Militär nur präsent in den Tieffliegern, die mehrmals am Tag über das Dorf donnern. Das wird sich ändern. Zwar werden auch weiterhin die Tiefflieger kommen, doch zusätzlich die Offiziere und

Die verbunkerte Republik

14





Bei Linnich-Glimbach in Nordrhein-Westfalen entsteht das Nato-Kriegshauptquartier »Castle Gate«. Die Zeichnung zeigt die Einrichtung der verschiedenen Etagen. Die unterirdischen Festungen können Monate von der Außenwelt hermetisch abgeschlossen sein; Notstrom und Notbrunnen, Lüfterneuerungsanlagen und Vorratslager sichern das Überleben

Festungen unter Erdröck, Felsen und Beton

Mannschaften, die den Bunker bevölkern.

Einen zweiten, ähnlichen Bunker mit dem Decknamen »Castle Gate« läßt die Nato gegenwärtig für 150 Millionen Mark in der Nähe des nordrhein-westfälischen Linnich-Glimbach unter die Erde graben. Auch dort entsteht ein neues Kriegshauptquartier, in dem die Befehlszentrale aus Mönchengladbach atomisicheren Unterschlupf finden soll. Beide Bunker werden über das computergestützte Kommandosystem »Heros« mit der Außenwelt verbunden. Dieses System ist voriges Jahr bei der bundesdeutschen Firma Siemens fertig entwickelt worden. Zwei weitere unterirdische Hauptquartiere sind noch in der Planung, die sollen bis 1993 bezugsfertig sein.

Auch ohne den neuen Bunker bei Ruppertsweiler gleicht der ganze Pfälzer Wald schon jetzt einem Schweizer Käse – durchlöchert und ausgeweidet sind die Berge und Hügel, damit Platz wurde für all die unterirdischen Kommandostellen, die Untertagedepots und Waffenlager. Im Dreieck zwischen Rhein und Mosel hat sich der Nordatlantikpakt eingegraben; als Bergbau-Unternehmen ist die Nato Spitze.

Das zentrale Hauptquartier für Europa-Mitte ist bei Börfink im Hunsrück Etage um Etage tief in den Boden versenkt. »Erwin« nennen die Militärs liebevoll ihre Trutzburg. Nicht weit entfernt haben sich die Flieger in Kindsbach und in Sembach unterirdisch einbetoniert. Die Marine hat zwar »Herbert«, ihren Kommandobunker am Ostseestrand nahe Glücksburg, doch wenn es ernst wird, gehen auch ihre Befehlshaber fern der Waterkant bei Gerolstein in der Eifel auf Tauchstation. Selbst die 500 Wehrgeophysiker der Bundeswehr können in einem 15 Meter tiefen Bunker oberhalb des Moselstädtchens Traben-Trarbach nukleare Niederschläge abwettern.

Bezahlt werden solche Kriegshauptquartiere aus dem Nato-Infrastrukturprogramm, zu dem alle Bündnisstaaten Geld beisteuern. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 26,8 Prozent. Mit diesem Programm soll die Fähigkeit der Nato verbessert werden, einen Atomkrieg notfalls zu führen und zu überstehen. Für die Jahre von 1980 bis 1990 sind zu diesem Zweck Ausgaben von 31,2 Milliarden Mark verplant, ein knappes Zehntel davon

für kernwaffensichere Kriegshauptquartiere.

Der Rest der Streitkräfte ist nur zweiter Klasse gesichert. Die Gefechtsstände der Luftwaffe liegen unter grasbeschütztem Beton, der keinen Volltreffer übersteht, die Flugzeuge stehen in Beton-Iglus. Und für die große Masse der Soldaten ist Atomschutz eine Aufgabe, der sie bestenfalls mit ihren Klappspaten gerecht werden können.

Intensiver wird Material geschützt. Für ein Nachschubdepot des Heeres wurden im Wispertal bei Lorch 15 Kilometer Stollen in den Berg getrieben, die bis zu 80 Meter breit sind. Die Luftwaffe unterhält drei Untertagedepots in Kaufering, Mechnich und Neckarzimmern. Notstrom und Notbrunnen garantieren das Überleben und damit reibungslose Ersatzteillieferungen bis hin zu ganzen Flugzeugrümpfen auch dann noch, wenn oben längst alles in Trümmer gefallen ist. Das größte dieser Depots hat 34 Kilometer Tunnellänge, es durchzieht den Berg bei Neckarzimmern, auf dem hoch oben die Burg des weiland Götz von Berlichingen steht. Mitte der neunziger Jahre soll es für 21 Millionen Mark erweitert werden.

Einen Kriegsbunker hat sich auch die bayerische Landesregierung unterhalb ihrer Staatskanzlei betonieren lassen. Und in Neustadt am Schliersee wird noch eine Alpenfestung als Ausweichquartier betriebsbereit gehalten. Die Hamburger Landesregierung hingegen wird im V-Fall sinnigerweise vom Polizeipräsidium aus regieren, nachdem sie zuvor jahrelang ihren Not-Sitz am Falkenstein hatte, dort, wo jetzt – ausgerechnet – das Institut für Friedensforschung logiert.

Auch die Rundfunkanstalten vertrauen der Kunst der Tiefbauingenieure. Der Bayerische Rundfunk hat seinen Sendebunker im »Tonträgerraum 25« hinter einer fernsehüberwachten Tür. Der Westdeutsche Rundfunk grub sich in der Eifel ein und unter seinem Filmhaus am Kölner Appellhofplatz. Der Hessische Rundfunk hat im dritten Untergeschoß ein »Notstudio«. Und beim ZDF in Mainz führen vom tiefsten öffentlich zugänglichen Kellergechoß gesperrte Fahrstühle weiter abwärts. Dort steht auch eine großzügig dimensionierte Klimaanlage, obwohl das Haus an sich über eine Klimaanlage auf dem Dach belüftet wird.

Damit all die vielen Nervenzentren untereinander in Verbindung bleiben, ist die verbundene Republik von einem separaten Telefonnetz durchzogen, dessen zur Zeit 54 Vermittlungsstellen als atomisicher gelten. Die Vermittlungsstelle in Bonn wird für 8,6 Millionen Mark weiter ausgebaut, die in Niederbrombach im Hunsrück für 5,5 Millionen.

»Der Schutz betriebsnotwendiger Anlagen, denen im Verteidigungsfall besondere Bedeutung zukommt, sowie des unbedingt notwendigen Betriebs- und Betriebslenkungspersonals muß vorbereitet und durchgeführt werden«, steht in den Erläuterungen zum Bundeshaushalt über die Ausgaben für die zivile Verteidigung. Mit dieser Begründung bekommt zum Beispiel die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung 1,6 Millionen Mark für die Ausstattung von Schutzräumen, die Bundesstraßenverwaltung 1,27 Millionen. Auch die Bahn und ihre Signal- und Telefonanlagen werden gegen die Folgen atomarer Waffeneinsätze verbunkert und immunisiert – soweit das möglich ist. Der Schutz der Bevölkerung hingegen wurde lange Zeit vernachlässigt. Beim vorigen »Wintex«-Manöver zeigte sich, daß Zivilisten in der Bundesrepublik nur geringe Überlebenschancen hätten. Um wenigstens das Sterben zu ordnen, wurde erwogen, eine zusätzliche Polizeireserve von 50 000 Mann aufzustellen.

Wer Bunker für die Bevölkerung baut – so das Argument der Zivilschutzgegner –, bereite sich auf einen Krieg vor, den es doch um jeden Preis zu vermeiden gelte. Überdies verwandeln sich diese zivilen Betonburgen bei Atombombeneinschlägen selbst in einigen Kilometern Entfernung in riesige Backöfen mit Innentemperaturen von 800 Grad – kein Insasse überlebt.

Zur Zeit gibt es nur für drei Prozent der Bundesdeutschen Schutzplätze, von denen wiederum ein Teil nur unzureichend ausgestattet ist: Nach zwei Wochen spätestens müssen die Tore geöffnet werden, weil Luft, Wasser und Nahrung aufgebraucht sind. Dabei könnten, wie die Katastrophe von Tschernobyl zeigte, Schutzbau-

ten in Friedenszeiten – aber nur dann – durchaus sinnvoll sein: Wenn in der dichtbesiedelten Bundesrepublik oder grenznah in einem der Nachbarstaaten ein Reaktor außer Kontrolle gerät, könnten die umliegenden Städte nicht schnell genug evakuiert werden; im Bunker fände die Bevölkerung zumindest in der Anfangszeit Unterschlupf.

Das Zivilschutzgesetz, das bei Neubauten die Einrichtung von Schutzräumen vorschreibt, wurde vor zwei Jahren nach Protesten auf Eis gelegt. Nach dem Wahlsieg der Koalition am 25. Januar und nach den Erfahrungen von Tschernobyl wird es – so ist zu erwarten – wieder aus der Schublade geholt. Denn die christlich-liberale Koalition setzt ohnehin stärker als frühere Regierungen auf Luftschutz.

52 Millionen Mark waren im vorigen Jahr als Zuschüsse bereitgestellt worden, damit die Städte und Gemeinden Tiefgaragen und U-Bahnhöfe bunkertauglich bauten. 51 Städte, vornehmlich in Süddeutschland, haben zugegriffen. Für die Wiederherrichtung alter und den Bau neuer Bunker standen im vergangenen Jahr 33,5 Millionen Mark zur Verfügung – 33 Städte bedienten sich. Spitzenreiter war das CDU-regierte Frankfurt mit sieben Betonsilos, während in der benachbarten Hauptstadt Wiesbaden des bisher rot-grün-regierten Hessen kein einziger Schutzplatz geschaffen wurde.

Auch Glanzstücke der deutschen Kultur verschwanden schon hinter Fels und Beton. Der Aachener Domschatz ist atomisicher verwahrt, und in Oberried bei Freiburg wurde ein altes Silberbergwerk reaktiviert, in dem seit einigen Jahren das Kulturerbe der Nation mikroverfilmt in Stahltrommeln eingelagert wird.

Im anderen deutschen Staat scheint den Regierenden das Zutrauen in die eigenen Kriegsverhinderungskünste ebenfalls zunehmend abhanden gekommen zu sein. Die DDR-Führung hat sich bei Strausberg im Osten Berlins, 24 Quadratkilometer groß, ihre Bunkerlandschaft für die Polit- und Militärelite betonieren lassen. Die Anlage wird ständig modernisiert und ausgebaut.

Nato-Kommandeure: „Wir bauen für den Frieden“

17

In den wiederholten Äußerungen der Protesbewegung wird der Nato vorgeworfen, sie habe mit „Air Land Battle“ eine offensivere Kriegsführungsstrategie in ihrem Konzept und nach der Einführung des Frühwarnsystems AWACS, der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles, als auch mit dem Bau der Glimbacher Befehlszentrale eine größere Fähigkeit, einen Krieg offensiv zu führen. Die Protestbewegung versucht durch ständiges Wiederholen dieser falschen Behauptung den Eindruck ihrer Richtigkeit zu erwecken. Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Bau der Nato-Kommandozone haben wir diese Behauptungen schon oft widerlegt. Wir begrüßen jedoch die Gelegenheit zu einer erneuten Stellungnahme an dieser Stelle.

Die Nato ist eine Verteidigungsorganisation, deren Möglichkeiten auf feindliches Gebiet vorzudringen, äußerst begrenzt sind. Sie bemüht sich um Abrüstung und Entspannung. Ihre Aufgabe ist es, Frieden und Freiheit für die Völker des Bündnisses zu erhalten. Wer in diesem Zusammenhang von Aufrüstung und von Angriffskonzepten der Nato redet, stellt ihren Verteidigungscharakter vorsätzlich falsch dar und identifiziert sich mit ähnlichen Aussagen des Warschauer Paktes (WP). Es ist doch die Nato, die uns eine beispiellose Epoche von Frieden und Freiheit in Europa beschert hat.

Dafür muß unser Bündnis im Frieden Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung demonstrieren. Damit schreckt es den Warschauer Pakt davon ab, überhaupt anzugreifen. Sollte es trotzdem zu einem Angriff kommen, muß die Nato ausgewogene Kräfte zur Verfügung haben, um sich mit Erfolg verteidigen zu können. Dieses sind konventionelle Streitkräfte, atomare Kurz- und Mittelstreckensysteme in und für Europa und die strategischen Streitkräfte der USA und Großbritanniens.

Bewertet man die Nato-Truppen und ihre Bewaffnung als Ganzes und in ihrer Struktur, kann man sehr wohl eine „Nichtangriffsfähigkeit“ der Nato feststellen. An dieser Stelle wollen wir nur Stärken und logistischen Aufbau betrachten. Es ist auch vom WP unbestritten, daß die Nato in der Zahl der vergleichbaren Divisionen und bei den wichtigsten Waffensystemen dem Warschauer Pakt unterlegen ist.

Die Logistik, also die Organisation, die Streitkräfte in die Lage versetzt, ihre Truppen zu versorgen, ist, was Menge und Transportraum angeht, nur für eigene Truppen auf Nato-Gebiet ausgelegt. Dies sind überprüfbare Tatsachen. Sie beeinträchtigen die Nato nicht in ihrem Abschreckungs- und Verteidigungskonzept.

(Fortsetzung im Lokal-Innenteil)



Air Marshal Sir David Parry-Evans, Befehlshaber der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte der Nato und Oberbefehlshaber der Royal Air Force Germany. (Foto: HQ TWOATAF)

(Fortsetzung von der 1. Lokal-seite)

Sie machen jedoch klar, daß von einer Angriffsfähigkeit im Sinne eines Vorstoßes in die Tiefe des gegnerischen Territoriums nicht gesprochen werden kann. Der Warschauer Pakt hingegen sieht in der Gliederung seiner Landstreitkräfte die Schaffung von Angriffskampfverbänden vor. Er übt in Manövern überraschende Vorstöße in die Tiefe des NATO-Gebietes. Der Warschauer Pakt hat eine ausgeprägte Überlegenheit bei Kampfpanzern, Artillerie, Angriffskampfhubschraubern und anderen Waffen. Die militärischen Handbücher des WP lehren die Strategie des „Blitzkrieges“. Dieser Bedrohung wegen bringen die Mitgliedsländer der NATO und damit jeder Bürger Opfer für die Verteidigung auf. Sie haben deswegen ein Recht darauf, daß dieses Geld im Sinne einer wirklich funktionierenden Verteidigung ausgegeben wird. Dieses setzt eine entsprechende Kommandostruktur voraus, die es ermöglicht, in einem Verteidigungsfall die eigenen Streitkräfte erfolgreich zu führen.

Die künftige Kommandozone der Heeresgruppe Nord und der

Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte in der Nähe von Glimbach wird Teil dieser Struktur und eine unter mehreren Kommandozentralen in Europa werden. In einem Spannungs- und Verteidigungsfall werden aus ihr die Verteidigung zu Lande im nördlichen Bereich der Bundesrepublik und die Luftverteidigung in diesem Gebiet, in Belgien, den Niederlanden und Teilen der Ost- und Nordsee geleitet. Diese Führungsfähigkeit dient dem Auftrag, den Frieden zu bewahren.



General Sir Martin Farndale, Befehlshaber der Heeresgruppe Nord der Nato und Oberbefehlshaber der Britischen Rheinarmee. (Foto: HQ NORTHAG)

Die zitierte „Air Land Battle Doktrin“ ist in einer amerikanischen Heeresvorschrift, dem Field Manual 100-5, enthalten. Sie gilt für nationale amerikanische Streitkräfte mittlerer Ebenen (Divisionen, Korps) und enthält Grundsätze für alle Gefechts- und Kampfarten (Angriff und Verteidigung), sowie alle vorstellbaren Kriegsbilder (also konventionell, atomar und chemische Einstzbedingungen) und alle vorstellbaren Kriegstypen von regionalen Konflikten bis zum allgemeinen Krieg. Sie ist keine NATO-Vorschrift.

Der erste Satz dieser Vorschrift sagt: „Grundlegende Aufgabe des Heeres der Vereinigten Staaten ist es, Krieg zu verhindern.“ Weiter wird ausdrücklich festgestellt, daß US-Truppen, sobald sie im NATO-Rahmen eingesetzt werden, nach NATO-Verfahren und -Grundsätzen operieren. Wer dies liest, kann aus dieser Vorschrift keine offensive Kriegsführungsstrategie der NATO in Mitteleuropa ableiten.

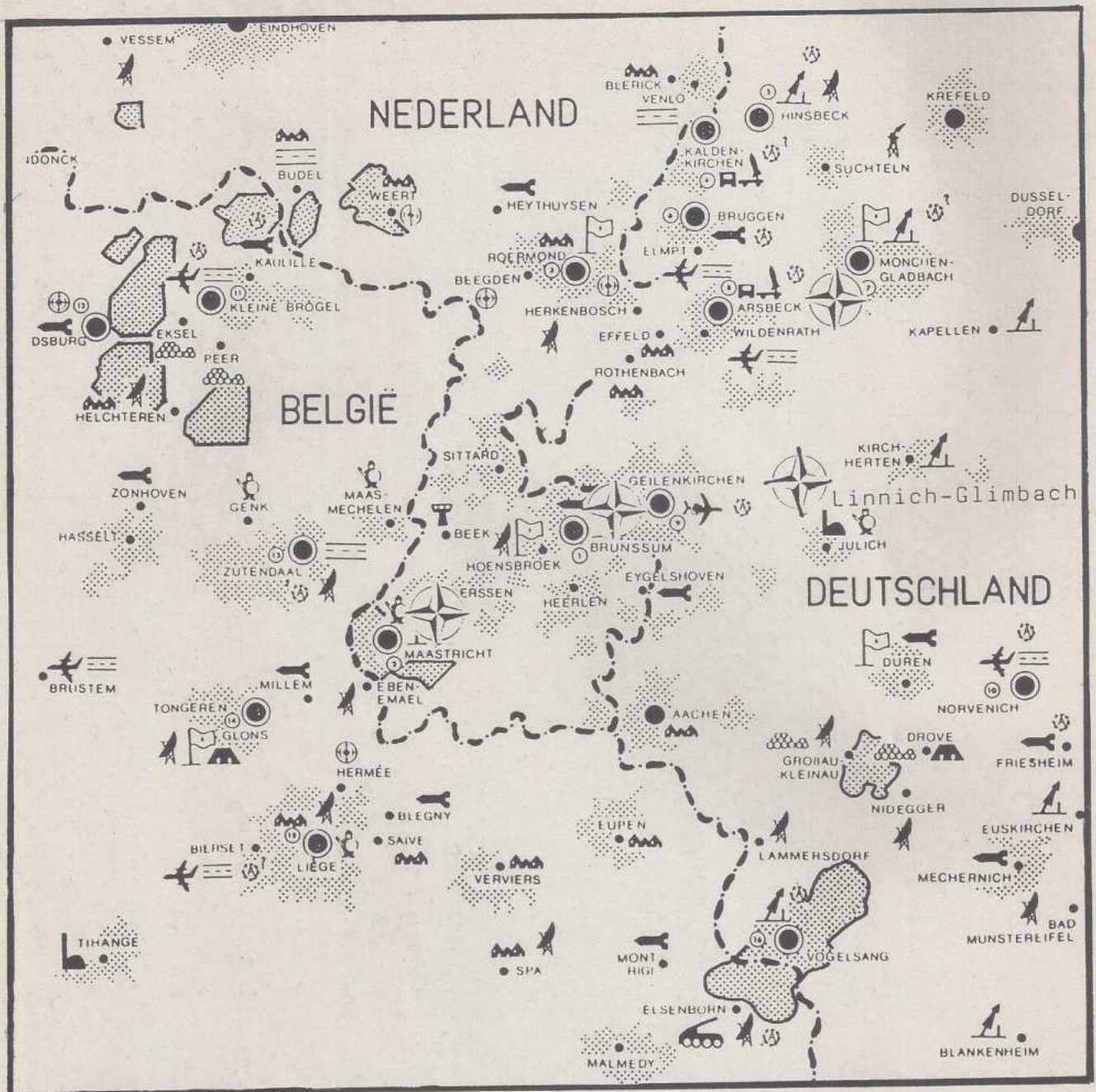
Die Nationen haben der NATO schon im Frieden Luftverteidigungsstreitkräfte unterstellt.

Pershing II und Cruise Missiles werden nicht der Kommandogewalt von NORTHAG oder 2. ATAF unterstellt. Gleichwohl dienen auch sie dem Ziel, durch ausgewogene Streitkräfte einen Beitrag zur Friedenssicherung zu leisten.

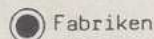
Wir stellen fest, daß die Kommandozentrale bei Glimbach ein Bestandteil der NATO-Verteidigungsorganisation wird. Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung ihrer 16 Mitgliedstaaten hält die NATO für erforderlich und unterstützt sie. Stärke und Struktur unseres Bündnisses sind für die Verteidigung unserer Länder ausgelegt und nicht für einen Angriffskrieg.

Wir bauen nicht für den Krieg. Wir bauen für und auf den Frieden.

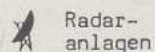
Nato: „Wir bauen für den Frieden“



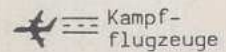
Mittelstrecken-
raketen



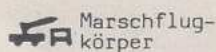
Fabriken



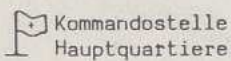
Radar-
anlagen



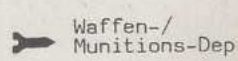
Kampf-
flugzeuge



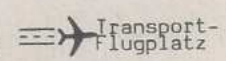
Marschflug-
körper



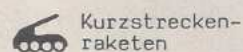
Kommandostelle
Hauptquartiere



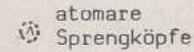
Waffen-/
Munitions-Dep



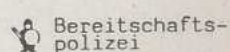
Transport-
Flugplatz



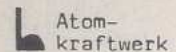
Kurzstrecken-
raketen



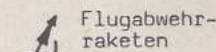
atomare
Sprengköpfe



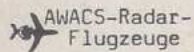
Bereitschafts-
polizei



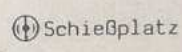
Atom-
kraftwerk



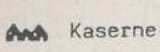
Flugabwehr-
raketen



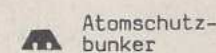
AWACS-Radar-
Flugzeuge



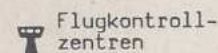
Schießplatz



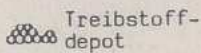
Kaserne



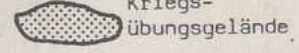
Atomschutz-
bunker



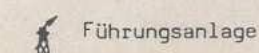
Flugkontroll-
zentren



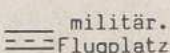
Treibstoff-
depot



Kriegs-
übungsgelände



Führungsanlage



militär.
Flugplatz

FRIEDENSGRUPPEN

AirLand Battle und der Bunker in Glimbach

Im Zentrum der öffentlichen Diskussion über Rüstungsfragen und auch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Friedensbewegung standen bisher die atomaren Waffen. Die Bedrohung der Menschheit durch einen alles vernichtenden Atomkrieg ist in den letzten Jahren so in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gedrungen, daß die NATO-Militärplaner jetzt andere "Nach" - rüstungsforderungen stellen: Sie verlangen die Stärkung der konventionellen Kampfkraft der NATO, um die angebliche Überlegenheit des Warschauer Paktes (WVO) in diesem Bereich auszugleichen.

"Konventionell", das hört sich zunächst beruhigend an: so wie herkömmlich, das ist ja schon immer dagewesen. Wir sollten jedoch nicht vergessen, was der "konventionelle" II. Weltkrieg allein in Europa an Zerstörung angerichtet hat und daß seitdem mehr als 40 Jahre vergangen sind, in denen die Waffenindustrie nicht gerade untätig gewesen ist. Die modernsten konventionellen Flächenwirkungswaffen (Splitterbomben, Flamm-Explosivgeschosse) kommen der Zerstörungswirkung taktischer Nuklearwaffen sehr nahe.

Bedeutsamer jedoch als die waffentechnologische Entwicklung sind die neuen militärstrategischen Konzepte der US-Streitkräfte, die im AirLand Battle Operationskonzept festgehalten und im offiziellen Kampfhandbuch "Field Manual FM 100-5" konkretisiert sind. Seit 1982 werden US-Truppen danach ausgebildet und Manöver auf dieser Grundlage durchgeführt.

Militärkonzepte ...

Kennzeichnend für diese Konzepte ist die Betonung einer offensiven, beweglichen Kriegsführung, denn, so heißt es im FM 100-5: *"Die Offensive ist die entscheidende Form des Krieges, des Kommandierenden einziges Mittel, um ein positives Ergebnis zu erreichen oder die feindlichen Streitkräfte zu zerschlagen"*. Dabei sollen mit modernen elektronischen Aufklärungs- und Zielerfassungsmethoden auch Ziele weit im Hinterland des Gegners

angegriffen werden: Flugplätze, Raketenstellungen, wichtige Verkehrsknotenpunkte, Kommandozentralen und vor allem die sog. 2.Staffel der WVO-Truppen. Dies sind Einheiten, die hinter der Front in Reserve stehen und noch nicht in die Kämpfe verwickelt sind. Im AirLand Battle-Konzept wird ausdrücklich betont, daß diese Operationen mit Luft- und Landstreitkräften durchgeführt werden sollen,

um *"das Ende der Schlacht zu unseren Bedingungen herbeizuführen"*.

Dazu bleibt im Konfliktfall jedoch nicht viel Zeit, denn die AirLand Battle-Autoren meinen: *"Die Kämpfe werden kurz und brutal sein. Entscheidende Schlachten dürften Stunden statt Tage dauern"*: Eine sicher realistische Einschätzung, denn nukleare und chemische Waffen werden von den NATO-Planern wie selbstverständlich unter dem Stichwort "Integriertes Schlachtfeld" in die operativen Überlegungen einbezogen.



Military Review August 1984

... und der Bunker

Kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen hohe Anforderungen an die Kommandostruktur gestellt werden, um den Einsatz der verschiedenen Truppeneinheiten und Waffengattungen zu koordinieren. Genau das soll der neue Kommandobunker in Glimbach ermöglichen. Ein zweites Motiv für den Bau dieser neuen Befehlszentrale liegt darin, daß sie gegen feindliche Angriffe besser geschützt sein soll als die bestehende in Maastricht, denn sicherlich haben sowjetische Militärstrategen ähnliche Vorstellungen wie ihre westlichen Kollegen, welche lohnenswerte Ziele sich zur Zerstörung anbieten.

Erstschlagszwang ...

Eine wichtige Frage läßt das AirLand Battle-Konzept offen: Gilt die Offensivorientierung nur für den Fall eines Krieges, der bereits begonnen hat, oder schließt sie auch die Möglichkeit eines kriegseröffnenden Schlages ein? Angesichts der Tatsache, daß die AirLand Battle-Doktrin weltweit gilt und Operationen der US-Streitkräfte wie die Invasion in Grenada und die Bombenangriffe auf Libyen nur schlecht als "defensiv" mißverstanden werden können, ist auch ein Präventivschlag der NATO in Europa in einer weltpolitischen Spannungssituation zu befürchten.

NATO-Vertreter behaupten immer, die Sowjetunion habe eine offensive Militärstrategie, sie wolle einen Konflikt möglichst schnell auf das Territorium des Gegners verlagern, und daraus sei die Aggressivität zu folgern. Diese Argumente kehrt sich jetzt gegen seine Verfechter.

... oder konventionelle Abrüstung!

Für uns als Friedensbewegung kann das nur heißen, daß Abrüstung in allen Bereichen, auch im konventionellen, nicht nur wünschenswert, sondern absolut notwendig ist, wenn wir nicht die Verwüstung Mitteleuropas riskieren wollen

Heinrich Bischofs

Literaturempfehlung:

"Dokumente und Materialien zur Sicherheitspolitik der US- und der Bundesregierung"

Zu beziehen bei:

Informationsbüro für Friedenspolitik - Buchversand
Postfach 1308, 8130 Starnberg
Tel.: (08151) 4115

„Central Enterprise“ und das Nato-Projekt in Linnich-Glimbach

Linnich. — „Central Enterprise“ — unter diesem Namen trafen in dieser Woche alliierte Luftstreitkräfte zur größten Nato-Luftwaffenübung zusammen, die am Freitag zu Ende ging.

Mit der Koordinierung solcher Übungen, deren militärische Notwendigkeit zur Abschreckungsstrategie General Charles L. Donnelly als Befehlshaber der Alliierten Luftstreitkräfte Europa-Mitte und Oberbefehlshaber der US-Luftstreitkräfte in Europa bei einem Pressegespräch in Baden-Söllingen betonte, dürfte nach ihrer Fertigstellung auch die unterirdische Nato-Befehlszentrale in Linnich-Glimbach befaßt sein. Der Glimbacher Bunker soll mit Baubeginn in diesem Sommer errichtet werden — als Nachfolger der Befehlszentrale von Maastricht.

Dort ist neben der Heeresgruppe Nord auch die Zweite Alliierte Taktische Luftflotte mit ihrer

Kommandozone untergebracht. Im nördlichen Teil der Bundesrepublik, in Belgien und den Niederlanden war die 2. ATAF für die Leitung von „Central Enterprise“ verantwortlich. Ihr Befehlshaber, der britische Air Marshall Sir David Parry-Evans, oder ein von ihm Beauftragter hielten sich in der Kommandozone Maastricht auf. Bei dieser Übung sollte Einsatzfähigkeit demonstriert werden. Pläne wurden überprüft. Luftverteidigung und Luftangriff wurden geübt. Mit der Auswertung der Erkenntnisse wurde im Mönchengladbacher Nato-Hauptquartier sofort begonnen, berichtete Oberstleutnant Wolff Bickenbach, Sprecher der 2. ATAF.

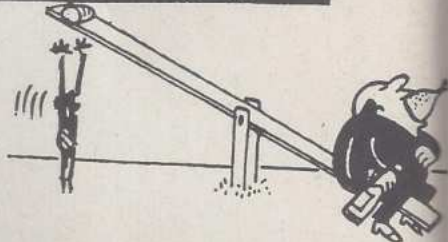
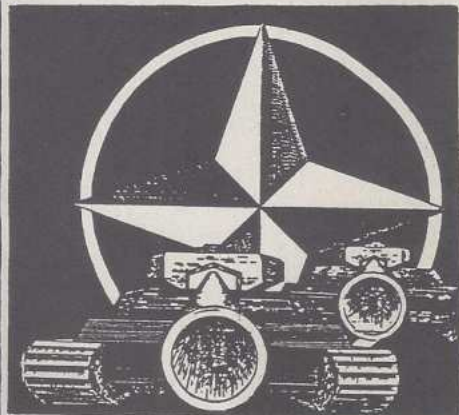
Eine Einbindung in solche Großübungen — wie „Central Enterprise“ — wird also auch der Linnich-Glimbacher Bunker der Nato erhalten.

DIETER SCHUHMACHERS

Bundeskoordination
Unabhängiger
Friedensgruppen

Rundbrief

Rundbrief Nr.
4/88



Jahresabo (10 Ausgaben) bei: B U F
Scheibenstr. 62, 4400 Münster



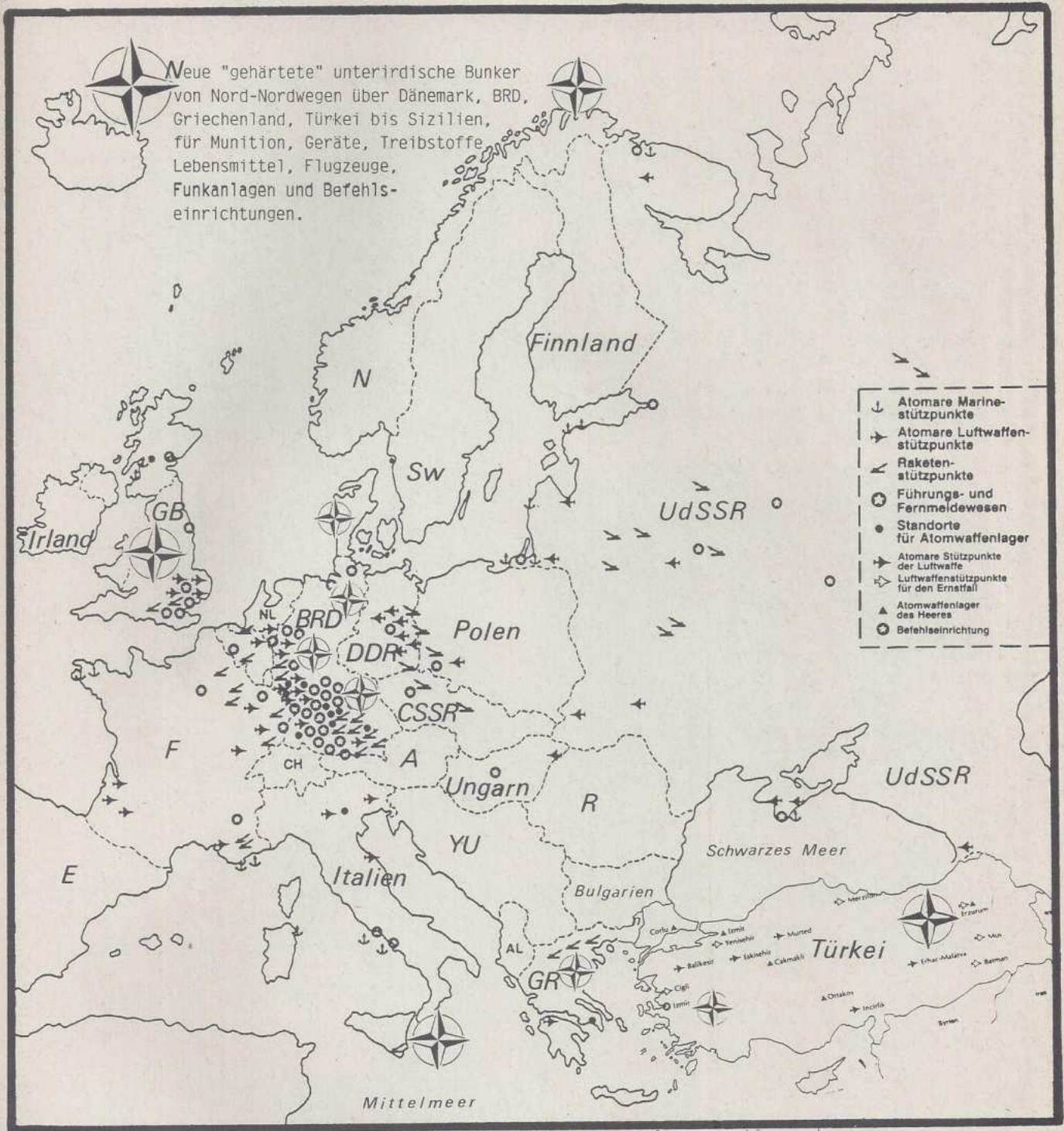
HEADQUARTER



KRIEGSZEUG



ist kein Spielzeug



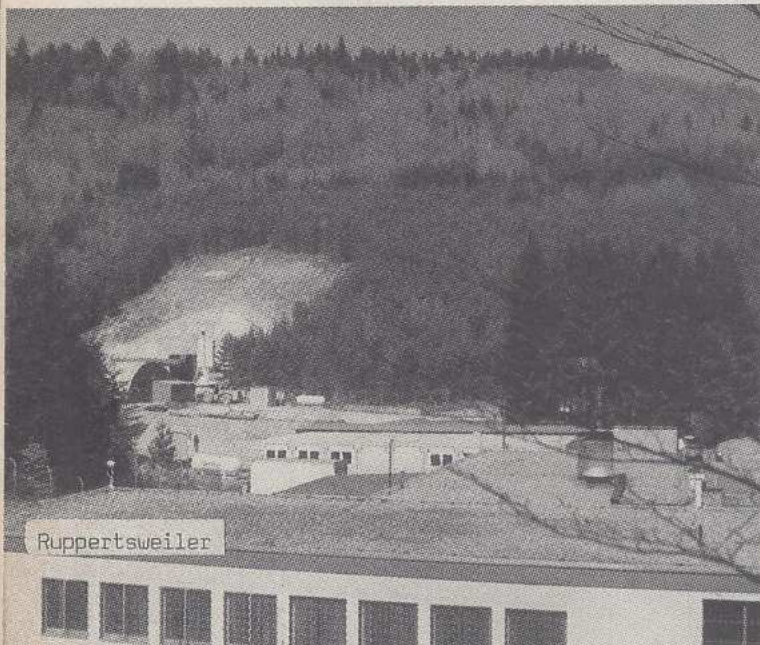
Eine neue Qualität "gehärtete Kommando-zentrale" baut die NATO in erster Linie in Europa, vornehmlich in Mitteleuropa. So bauen die Menschen der Regierungen / Kriegsministerien von Norwegen, England, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Griechenland und der Türkei neue "gehärtete Kommandozentralen." Sie befinden sich alle im sicher wohnenden Hinterland eines gedachten oder möglichen Kriegsgebietes wie z.B. "Fulda Gap" in Ostthessen oder naher / mittlerer Osten.

Mit dem Begriff "gehärtete Kommandozentrale" verbinden die Planer:

- tief unterirdisch
- mehrere Meter dicker Stahlbeton
- zusätzliche Betonabschirmungen
- ersatzweise tief in einen bewaldeten Berg
- eigene Wasser- und Stromversorgung
- große Treibstoff- und Lebensmittelvorräte
- Klimaanlage gegen todbringende Giftbomben
- mehrere "gehärtete" Außenkontakte über Funk-/Sende-Anlagen.

Neben diesen stationären gibt es auch bewegliche Kommandozentralen wie z.B. AWACS-Flugzeuge und Container.

Bunker werden nicht nur für Kommandozentralen gebaut sondern auch für Fernmeldeeinrichtungen, zur elektronischen Kriegsführung, für Kraftwerke, Kulturgüter, Dokumente, für die Bundes (kriegs-not) regierung und für Flugzeuge. Für Treibstoffe, Geräte, Fahrzeuge, Giftgas, Lebensmittel und Munition werden neue und erweiterte Depots gebaut. Alleine 200 Munitionsdepots entlang der Grenze zur DDR. Für Invasionsstruppen werden spezielle Unterkünfte (Hotels) errichtet. Wichtige militärische Einrichtungen werden mit Glasfaser verkabelt. Die Kommunikation findet über Relaisstationen mittels Satelliten und von Computern gestützt statt.

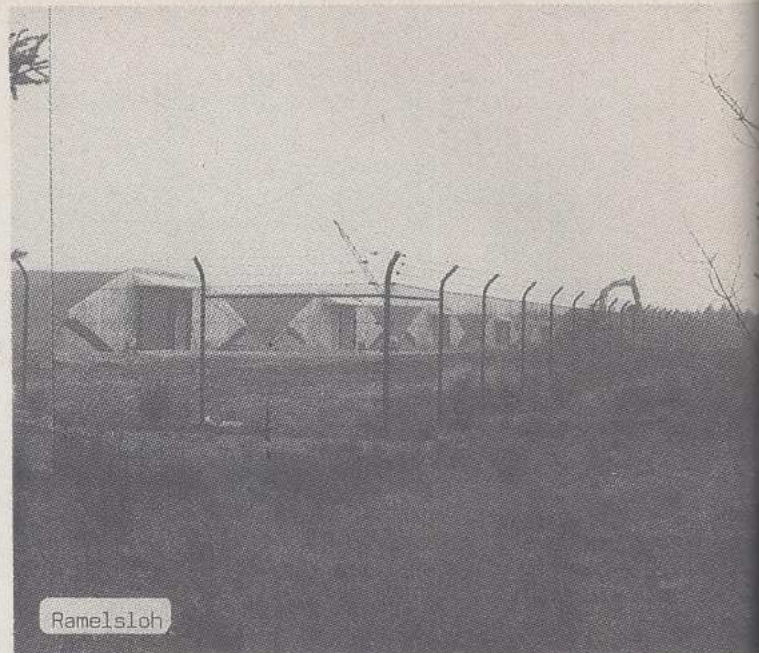


Ruppertsweiler

Dies wird alles mit militärischen und zum Teil mit zivilen Forschungs- und Entwicklungs-Programmen vorbereitet und mit FuE-Projekten begleitet. Die Projekte erstrecken sich von der gentechnisch manipulierten Frucht im Rahmen erweiterter Vorratshaltung bis zu leistungsstarken Mikrowellen-Kanonen im Rahmen SDI.

Ausgedacht haben sich dies die militärischen Planer der USA. Während den jeweiligen NATO-Tagungen wird dies dann auch beschlossen. So wurde z.B. auf der NATO-Tagung in Brüssel im Dezember 1985 u.a. bestätigt:

- Erhöhung der Munitionsbevorratung für ausgewählte kampfentscheidende Systeme im europäischen Mittelabschnitt. (s. 200 Munitionsdepots entlang der Grenze zur DDR)



Ramelsloh

- stetige Modernisierung durch die Zuführung moderner, leistungsgesteigerter Systeme sowie Geräte. (Bei Invasionsmanövern wie "Reforger" verbleiben Geräte und Material in der BRD.)
- den im Dez. 1984 gefaßten Beschluß zur Vermehrung der Flugzeugbunker um 665 Bauten (Mit großem Werbeaufwand werden diese Bunker dem Volk als Investition für den Umweltschutz verkauft.)
- Aufstellung einer Projektdefinition für den Jäger 90
- Stärkung der konventionellen Verteidigung.

Der "Warschauer Pakt" (WP) benutzt und betreibt noch überwiegend Bunker, die noch aus der Zeit des 2. Weltkrieges stammen. Informationen, daß der WP auch über eine neue Qualität "gehärtete Kommandozentrale" verfügt, liegen der Redaktion nicht vor.

Helmut Sauer



Linnich-Glimbach

Wie kommt mensch an einen FRIEDENSACKER - oder, wie wird die BRD zum FRIEDENS LAND ?

23

Der Bundesminister für Verteidigung (folgend BMVg) hat und hatte schon immer großen Landhunger. So hat die Bundeswehr 7.000 Liegenschaften mit mehr als 400.000 Bauwerken. Die Stationierungstreitkräfte besitzen rund 40.000 Liegenschaften (Kasernen, Flug- und Übungsplätze, Depots, ganze Berge, Sportanlagen, Wohnungen usw.) mit einer Gesamtfläche von rund 155.000 ha. Ein Großteil der Liegenschaften wurde noch in der Besatzungszeit requiriert. 1.6% oder 402.800 ha der Landfläche in der BRD werden militärisch genutzt. Zum Vergleich: Die Größe des Saarlandes beträgt 256.88 ha oder 1% der Fläche der BRD, nur 17.000 ha in der BRD sind Naturpark

Diese Angaben 1.6%/402.800 ha dürfen bezweifelt werden. Im Weißbuch '73/75 werden 423.000 ha aufgeführt und 1969 nannte das BMI 530.000 ha. Diese Angaben verzerren jedoch das tatsächliche Bild der militärischen Nutzung. Zu berücksichtigen und hinzuzuziehen wären die militärischen Schutzbereiche mit ca. 800.000 ha, Manövergebiete aufgrund von ca. 5000 Manövern und über 50.000 Kriegsübungen jährlich, militärische Straßen, sowie Wohnraum für fast 392.000 Soldaten und etwa ebensoviele Familienangehörige. Dies bedeutet: ca. 30 % der BRD-Fläche wird in einem vorkriegsähnlichen Zustand benutzt. Der Geländebedarf sei jedoch erst zu mehr als 90 % gedeckt. Daraus folgt, daß noch etwa 40.000 ha Land für das Militär beschafft werden müßte. Außerdem wird ein Nachholbedarf wegen der Erhöhung des NATO-Infrastruktur-Programms betont. Erweiterungen für Kriegsübungsplätze, Depots, Funkanlagen, Flugplätze, Bunker, Schießanlagen, sonstige Neubauten etc sind weiterhin zu realisieren. Alleine 665 Flugzeugschutzbauten, laut NATO-Ministertagung am 2.12.85 in Brüssel. Ein Großteil dieser Bauten wird uns auch noch als Investition für den Umweltschutz verkauft.

Also, liebe Leute, bleibt wachsam, ob da nicht ein FRIEDENSACKER oder FRIEDENS LAND zu plazieren ist !

DIE INFORMATIONQUELLEN

Die Theorie

Den Normalfall regelt das "Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung" (Landbeschaffungsgesetz v.23.2.1957) und das "Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung" (Schutzbereichsgesetz v. 23.2.1957). Nach diesen Gesetzen ist die jeweilige Landesregierung zu hören, die nach Anhörung der betroffenen Gemeinde unter angemessener Berücksichtigung der Erfordernisse der Raumordnung, insbesondere der landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen, sowie der Belange des Städtebaues und des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu dem Vorhaben Stellung nimmt. Als dann bezeichnet der zuständige Bundesminister im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern die Vorhaben für die Grundstücke, die nach Maßgabe der Gesetze zu beschaffen sind. Die Grundstücke sollen nach Möglich-

keit freihändig erworben werden. Am Ende steht jedoch die Enteignung oder die vorzeitige Besitzinweisung.

Die Bezeichnung durch den BMVg ist gegenüber den betroffenen Gemeinden ein **anfechtbarer Verwaltungsakt** (Urteil BuVerw.Ger.v.11.4.86 AZ: 4c 51.83). Kurios und absurd ist, das dies kein anfechtbarer Verwaltungsakt gegenüber der/dem Betroffenen Eigentümer/in sein soll. Soweit die Theorie.

Die Praxis

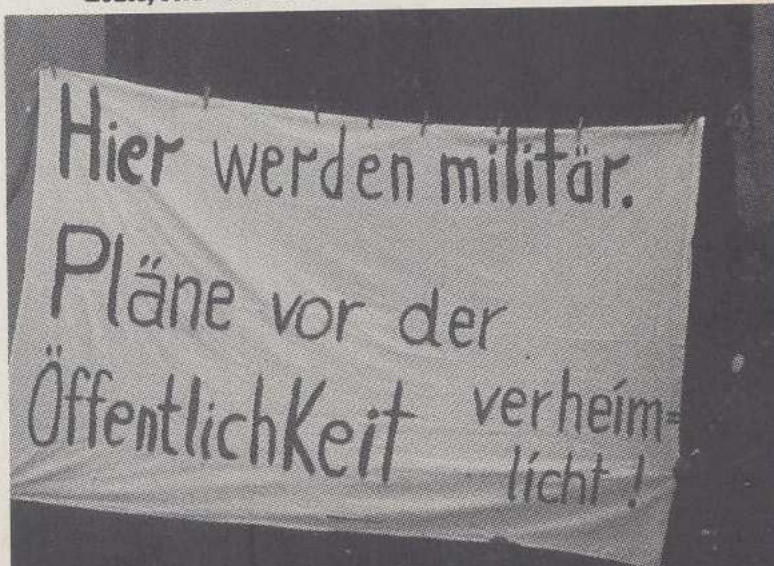
Nicht immer ist der BMVg der "Bezeichnung" nachgekommen. Er begründet dies mit militärischem Geheimnis. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zwingt ihn jedoch, ein militärisches Vorhaben und Gebiet inhaltlich hinreichend zu bestimmen.

Der BMVg und die Stationierungstreitkräfte sind gehalten, ihren Land- und Gebäudebedarf dem Finanzminister anzumelden. Dringende Sachen gehen auch außerhalb einer Anmeldung.

Der Bundesfinanzminister über die Oberfinanzdirektionen und diese über die örtlichen Bundesvermögensämter beschaffen bzw. finanzieren dann die Liegenschaften. Vor der Beschaffung muß jedoch vom BMVg das "Anhörungsverfahren" eingeleitet werden (s. oben). Dies gilt jedoch nur für militärische Vorhaben.

Die Bundesvermögensverwaltung sowie die restlichen "öffentlichen Hände" kaufen jedoch laufend Land und Gebäude. Eine Übergabe ans Militär oder Tausch geht bei Bedarf schnell und problemlos. Stroh-Firmen, -Leute oder Immobiliengesellschaften machen Kauf und Tausch auch einfacher. Ökologie und Umweltschutz, Sicherung oder Neuschaffung von Arbeitsplätzen können vorge-schoben werden.

Leute, seid wachsam !



9. Juni 1986, Demonstration in Linnich vor der Stadtverwaltung. Bei strengster Geheimhaltung wurde der Stadtrat von einem NATO-Presseoffizier über erweiterte Landnahme und Sicherheitsanlagen informiert!

DIE REAL-EXISTIERENDE WIRKLICHKEIT AM BEISPIEL LINNICH-GLIMBACH

2 - in Worten: zwei - Offiziere aus der Pressestelle des NATO-Hauptquartiers in Mönchengladbach informieren im März 1984 die Stadt Linnich über das Vorhaben: Bau eines Kommandobunkers "Castle Gate" auf dem bereits 1967 erworbenen Gelände am "Moolberg". Der Bürgermeister (Heribert Emunds, CDU) hält dies für so bedeutsam, daß auf seine Initiative hin das Projekt in der öffentlichen Ratssitzung am 10. Mai 1984 den Bürgern anhand eines Modelles und mit Schaubildern vorgestellt und erläutert wird. Über die eigentlichen gesetzlichen Erfordernisse der Bezeichnung und der öffentlichen Anhörung stülpt der Stadtdirektor Uebber den Mantel der "geheimen Verschlusssache". Weder die Stadt Linnich, auch als Rechtsnachfolger der früheren Gemeinde Glimbach-Kofferen, noch der Regierungspräsident Köln, noch der interministerielle Ausschuß des Landtages in Düsseldorf können bis heute ein Anhörungsverfahren belegen. Ende 1986, zweieinhalb Jahre nach Bekanntwerden, läßt wiederum die NATO-Pressestelle über die Zeitung mitteilen, daß "am 20. November 1967 bei der Amtsverwaltung Linnich ein Anhörungsverfahren gemäß Schutzbereichsgesetz mit detaillierter Beschreibung des Vorhabens" durchgeführt worden sei.

Dem stehen jedoch folgende Punkte gegenüber:

1.) 1967 betraf dies die Gemeinde Glimbach-Kofferen, ein Protokoll über die Entscheidung des damaligen Gemeinderates kann nicht vorgelegt werden.

2.) Es wird lediglich vorgegeben, ein Anhörungsverfahren gemäß Schutzbereichsgesetz durchgeführt zu haben und nicht nach dem Landbeschaffungsgesetz. Das Schutzbereichsgesetz bestimmt alle 5 Jahre eine Überprüfung und eine Mitteilung an die Betroffenen. Dies wird aber auch nicht belegt.

3.) Im Flächennutzungsplan der Stadt Linnich von 1974 ist das Gebiet als landwirtschaftliche Fläche und nicht als Sonderfläche ausgewiesen.

4.) Mit Wirkung vom 29.9.84 wird nach über 5-jähriger Bearbeitung das Gebiet im Landschaftsschutzplan "Ruraue" unter gesetzlichem Landschaftsschutz gestellt, die Wehrbereichsverwaltung war zu beteiligen. Trotzdem konnte bisher kein juristisches Mittel gefunden werden, die Stadt Linnich zu zwingen, dem BMVerteidigung gegenüber Rechtsmittel einzulegen, damit wenigstens diese (Minimal-)Gesetze eingehalten werden.

Leute, wir brauchen juristische Hilfe!



September 1986

Blick auf die noch intakte Landschaft "Moolberg". Die Bäume und Büsche bieten Heimat für wertvolle und seltene Baum- und Buschbrüter sowie Kleintiere.

Mai 1988

Blick von etwa gleichem Standpunkt wie oben auf das Landschaftsschutzgebiet "Moolberg", jetzt NATO-Baustelle für eine "neue gehärtete Kommandozentrale".



WIE - WO - WAS ? - ERSTE ANZEICHEN

Erste Anzeichen für militärische Vorhaben sind gegebenenfalls:

- das örtliche zuständige Bundesvermögensamt schriftlich oder persönlich-mündlich Grundstücke oder Gebäude nachfragt, oder "nur" am Telefon beharrlich und nachdrücklich Druck ausübt;
- öffentliche Bekanntmachung über Einrichtungen militärischer Schutzbereiche in Zeitungen;
- öffentliche Bekanntmachung der Gemeinde über Anhörungsverfahren nach dem Landesbeschaffungsgesetz;
- Ausschreibung von Leistungen für die NATO im Bundesanzeiger; (größere öffentliche Bibliotheken, Stadtverwaltungen etc. haben meist den Bundesanzeiger abonniert.)

Nähere Auskünfte und/oder ausführliches Informationsmaterial sind bei der Redaktion gegen Kostenbeitrag erhältlich

Helmut Sauer

Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung

Standortverwaltung
Eschweiler-Stolberg
5180 Eschweiler, 8. 12. 1987
Preyerstraße 34
Tel. 02403/21037
Im Auftrag der Wehrbereichsverwaltung
III, Schutzbereichsbehörde, 4000 Düsseldorf 30, gebe ich folgende Anordnung bekannt:

I. Erklärung eines Gebietes zum Schutzbereich:
Der Bundesminister der Verteidigung
U 14 - Anordnung-Nr. III/Hot/469/1
5300 Bonn 1, 16. Oktober 1987
Telefon (0228) 12-

Anordnung Erklärung eines Gebietes zum Schutzbereich

Aufgrund des § 9 in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I S. 899), zuletzt geändert durch § 32 Bundesnaturschutzgesetz vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574),

wird das Gebiet in den Städten Erkelenz (Ortsteil Lövenich), Kreis Heinsberg und Linnich (Ortsteile Glimbach und Hottorf), Kreis Düren, Land Nordrhein-Westfalen, das in dem Plan vom 16. Oktober 1987 des Schutzbereiches für die Verteidigungsanlagen Hottorf/LKNr. 322 072 390 6 und 322 072 860 4 durch eine schwarze Linie abgegrenzt ist,

zum Schutzbereich erklärt.
Nachfolgend aufgeführte Gemarkungen und Fluren werden vom Schutzbereich erfasst:

Gemarkung Glimbach

Flur 1
Flurstück Nr.: 88, 89
Flur 4
Flurstück Nr.: 21, 22, 24 bis 27, 30, 40/1, 116, 118, 139/23,
Flur 5
Flurstück Nr.: 21/1, 5^a
Flur 6
Flurstück Nr.: 2 bis 24, 25/1, 2^a, 61, 64 bis 6^a, 128/44, 133/29
Ger
F

schutzbereiches, der §§ 3 - 6 einschlägige Maßnahmen Schutzbereichsbehörden § 9 SchBG (Zustandsregelung) und des 27 SchBG (Geldbuße für Ordnungswidrigkeiten), c) die Angabe aller zuständigen Stellen.

2) Zur Beachtung wird ferner darauf hingewiesen, daß die Genehmigung der Wehrbereichsverwaltung III (Schutzbereichsbehörde), Wilhelm-Raabe-Straße 46, 4000 Düsseldorf 30, einzuholen ist, wenn
- bauliche oder andere Anlagen oder Vorrichtungen über oder unter der Erdoberfläche errichtet, geändert oder beseitigt
- Inseln, Küsten und Gewässer verändert
- in anderer Weise die Bodengestaltung und Bodenbenutzung, außer der landwirtschaftlichen Nutzung, verändert werden sollen.

3) Darüber hinaus kann jeder bei den unter 1) genannten Stellen einschlägige Auskunft erhalten, insbesondere auch darüber, inwieweit er davon befreit wird, Genehmigungen einzuholen.

Wenn ein Bevollmächtigter bestellt wird, gilt sein Verschulden an dem Verschulden einer Frist als eigenes Verschulden des Auftraggebers.

Im Auftrag
Sandherr Dienstsiegel

Der Bundesminister der Verteidigung

Ausschreibungsanzeige

Vom 2. Februar 1988

Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, demnächst folgende Leistungen im Rahmen der gemeinsam finanzierten NATO-Infrastruktur international auszuschreiben:

- 1 Bezeichnung der Baumaßnahme: Bau von NATO-Einrichtungen
- 2 Zuständiges Bauamt: Staatshochbauamt Oldenburg-Süd
Peterstr. 42
2900 Oldenburg

Bauleitung: Ahlhorn
Ruf-Nr. 0 44 35/10 77

3 Ausführungszeit etwa von Juni 1988 bis Juni 1989

4.1 Art und Umfang der wichtigsten Teilleistungen:

ca. 20 000 m³ Bodenanschüttung

ca. 2 000 m³ Stahlbeton

ca. 6 Stck. Stahltonne

ca. 2 000 m² Straßen- und Betonflächen

4.2 Die Leistung soll als Ganzes vergeben werden, jedoch bleibt vorbehalten, bei der Ausschreibung Teillösungen zu bilden.

4.3 Für die Ausführung der Leistung kommen nur solche Bewerber in Betracht, die entsprechend überprüft und für die Ausführung von NATO-Aufträgen zugelassen sind.

aus: Bundesanzeiger Nr. 28, vom 11. Febr. 1988
Seite 587

Empfehlenswerte Literatur:

Weißbücher des BMVerteidigung

Einzelplan 14 des BMVerteidigung

NATO-Rundbriefe (zu beziehen über Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

Der Mittler-Brief, Verlag E.S.Mittler & Sohn, Bonn

Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau/Verlag Europäische Wehrkunde

Bundesnaturschutzgesetz,

Landschaftsschutz-Gesetze der Länder (Pressestellen der Ministerien)

Landbeschaffungsgesetz und Schutzbereichsgesetz

Rechtsschutz gegen den Staat, dtv 5092

Bürger und Umwelt, dtv 5244

Umwelt braucht Frieden, Arnim Bechmann, fischer alternativ 4075

Broschüre "Dokumente und Materialien zur Sicherheitspolitik der US- und der Bundesregierung von Clemens Ronnefeldt

Landschaftsentwicklung und Umweltforschung, Knut Krusewitz, TU Berlin-ISBN 3 7983 0976 0

Broschüre "Enttarnung eines US-Army-Pilotprojektes" Neue Hanauer Zeitung (nhz)

Gemeindeleute / Handbuch für eine alternative kommunalpolitische Praxis, Eberhard Dähne (Hrsg.)

Verwaltungs-Archiv, 76. Band, Heft 3, vom 1.7.1985, "Zum Rechtsschutz bei Baumaßnahmen der Stationierungstreitkräfte",

dto.; jedoch 77. Band, Heft 4 vom 1.10.1986, "Zur Rechtsnatur der Bezeichnung eines Vorhabens nach dem Landbeschaffungsgesetz und zur Doppelnatur hoheitlicher Maßnahmen",

Grüner Basisdienst, Heft 3/86

MÖP Rundbriefe und Broschüre "Neubauten der Bundeswehr und der Entsendestreitkräfte in der BRD", Autor: Olaf Achilles, Hrsg. und Bezug: MÖP Postfach 317, 4600 Dortmund 1

"Nuclear Battlefields"/Der Atomwaffen-Report, athenäum-Verlag, ISBN3-7610-8391-2 oder zweitausendeins-Verlag, 6 Ffm 61, Postfach

"Militarisierung, Friedensarbeit und kommunale Gegenwart" von Knut Krusewitz, Gertrud Schilling, Gerald Flinner -Institut für Ökologie und Frieden, Herausgeber: Die GRÜNEN, Mainzer Landstr.147, 6000 Frankfurt 1

GESELLSCHAFTSVERTRAG

1. Durch Kaufvertrag vom 1. Juli 1986 - Urkundenrolle Nummer 1155P des Notars Dr. Jur. Wolfgang Peter - haben die Gesellschafter/innen der Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR) "Friedensacker" das Eigentum des im Grundbuch von Glinbach Blatt Nummer 0050, Gemarkung Glinbach, Flur 3 Nummer 81, eingetragenen Grundstücks, gelegen am Moolberg, zur angegebenen Größe von 5826 qm erworben.
Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Grundbesitz. Dadurch wird die Gesellschaft nach besten Kräften den natürlichen Zustand des Grundstücks erhalten und allen Bestrebungen entgegenwirken, es für militärische Zwecke zu nutzen. Die Gesellschaft wird sich bemühen, 750 Anteils-scheine à 100,00 DM zu verkaufen.
2. Ich unterstütze den Gesellschaftszweck durch meinen Beitritt zur Gesellschaft. Der Gesellschaftsbeitritt wird mit Eingang der notariell zu beglaubigenden Unterschrift unter diesen Vertrag beim geschäftsführenden Ausschuss wirksam, jedoch frühestens mit Eingang von DM 100 für jeden zu erwerbenden Anteilschein auf das Konto:

"Sonderkonto Friedensacker", B.Giesen, Kto.-Nr. 50 40 860
Kreissparkasse Düren, Bankleitzahl 395 501 10

Die Unterschriftsbeglaubigung kann ich bei jedem/r Notar/in vornehmen lassen.

3. Jede/r Gesellschafter/in hat einen Beitrag von DM 100,00 (einhundert) zu leisten, der mit Abgabe der Beitrittserklärung fällig wird. Mehrere Personen können gemeinschaftlich der GbR zu einem Beitragssatz von zusammen DM 100 beitreten. Sie erwerben damit in Gesellschaftsversammlungen das Stimmrecht nur eines/r Gesellschafter/s/in, das nur einheitlich durch eine/einen Bevollmächtigte/n ausgeübt werden kann. Auch wegen ihrer weiteren Rechte und Pflichten werden diese gemeinschaftlich beigetretenen Gesellschafter/innen gemeinsam so behandelt, wie ein/e Gesellschafter/in, der/die der GbR allein beigetreten ist und einen Beitrag von DM 100 geleistet hat. Die Beiträge der Gesellschafter/innen werden verwendet für den Erwerb des Eigentumsanteil am Grundstück, die Rückzahlung der vorgestreckten Finanzmittel, die Verwaltung des Grundstücksanteils, die Abwehr von Maßnahmen, die den Vertragszweck gefährden, die Verwaltung der GbR, insbesondere auch für die Unterrichtung der Gesellschafter/innen.
4. Die Führung der Gesellschaft steht dem vorläufigen geschäftsführenden Ausschuss zu. Dieser ist bei Anwesenheit von mindestens 5 seiner Mitglieder beschlußfähig. Die Mitglieder dieses Ausschusses sind: (z.Zeit)
a) Eva Behrens-Hommel b) Heinrich Baischofs c) Rainer Drzymalla
d) Josef Kohl e) Ria Makheis f) Georg Menzen
g) Gaby Sauer h) Helmut Sauer i) Helga Weingarten

Diese genannten Gesellschafter/-innen führen die Geschäfte der GbR. Der geschäftsführende Ausschuss wird durch Mehrheitsbeschluß durch die Gesellschaftsversammlung gewählt.
Die Vertretungsmacht des geschäftsführenden Ausschusses und seiner/ihrer Mitglieder erstreckt sich nicht auf die Entgegennahme von Erklärungen von Behörden und Gerichten, die abgegeben werden in einem etwaigen Verfahren wegen Enteignung oder vorzeitiger Besitzentziehung. Sie erstreckt sich ferner nicht auf die Entgegennahme von Erklärungen von Behörden und Gerichten in Verfahren nach dem Bundesleistungsgesetz, dem Schutzbereichsgesetz, dem Landbeschaffungsgesetz und nach bestehenden und künftigen Gesetzen, die eine entsprechende Zielsetzung haben.

5. Die Gesellschaftsversammlung ist dann beschlußfähig, wenn mindestens 30 Gesellschafter/innen an der Versammlung teilnehmen. Der geschäftsführende Ausschuss ist an die Mehrheitsentscheidung der Gesellschaftsversammlung gebunden. Die Mitglieder des vorläufigen geschäftsführenden Ausschusses und später des geschäftsführenden Ausschusses haben gegen Gesellschaftsbeschlüsse ein Vetorecht, das der geschäftsführende Ausschuss mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder ausübt und nur mit Mehrheit der Stimmen aller Gesellschafter/innen überstimmt werden kann.

Der geschäftsführende Ausschuss kann die Gesellschaftsversammlung jederzeit einberufen; er muß sie einberufen auf Antrag von mindestens 30 Gesellschafter/innen. Zur Gesellschaftsversammlung wird eingeladen durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschafter/innen, die mindestens eine Woche vorher zu erfolgen hat. Die Gesellschaftsversammlung kann auch Änderungen des Gesellschaftsvertrages und die Auflösung der Gesellschaft beschließen.

6. Jede/r Gesellschafter/in kann seine/ihre Mitgliedschaft in der GbR mit seinem/ihrer Anteil am Gesellschaftsvermögen an eine andere Person übertragen und zwar mit der Wirkung, daß er/sie aus der Gesellschaft ausscheidet und ein/e andere/r Gesellschafter/in wird. Ein Mitgliedschaftswechsel durch Übertragung oder sonstigen Übergang ist jedoch nur möglich, wenn die Mehrheit des geschäftsführenden Ausschusses zustimmt. Eine Auseinandersetzung des Gesellschaftsvermögens findet in diesem Falle nicht statt.
7. Das Recht der Gesellschafter/innen zur Kündigung besteht bis zum 1. Januar 2000 nicht und wird im Übrigen - soweit gesetzlich zulässig - ausgeschlossen und auf das Vorliegen eines wichtigen Grundes beschränkt. Wenn die Gesellschaft wirksam gekündigt wird, oder wenn der/die Gesellschafter/Gesellschafterin stirbt, oder wenn der Konkurs über sein/ihr Vermögen eröffnet wird, scheidet der/die Gesellschafter/in aus der Gesellschaft aus, die von den übrigen Gesellschafter/innen fortgeführt wird. Dies gilt ebenso bei Pfändung des Gewinn- und Auseinandersetzungsanspruchs bezogen auf diese GbR. Mit Kündigung eines/r Gesellschafter/s/in oder Auflösung der Gesellschaft, steht jedem/r Gesellschafter/in ein Anspruch auf Auseinandersetzung zu. Jeglicher Auseinandersetzungs- oder Abfindungsanspruch eines/r Gesellschafter/s/in ist durch die Höhe seiner/ihrer Einlage begrenzt und durch den Wert, der sich nach Abzug der Gesellschaftsschulden für den Zeitpunkt ergibt, der für die Berechnung des Auseinandersetzungs- oder Abfindungsanspruch maßgeblich ist.
8. Die Ausschließung eines/r Gesellschafter/s/in aus der Gesellschaft erfolgt gemäß den gesetzlichen Regelungen. Das Ausschlussrecht wird von den Gesellschaftern/innen mehrheitlich ausgeübt. Der unter Ziffer 5 dieses Vertrages genannte Mehrheitsbeschluß von 30 Gesellschaftern/innen reicht aus.
9. Herr Burkhard GIESEN und Herr Helmut SAUER werden einzeln bevollmächtigt, in meinem Namen Gesellschafter/innen aufzunehmen und Grundbuchberichtigungsanträge zu stellen, soweit dies durch Rechtsänderung außerhalb des Grundbuchs geboten ist, wie etwa bei Ein- oder Austritt von Gesellschaftern/innen. Ich selbst bewillige schon jetzt sämtliche Grundbucheintragungen, sofern diese durch Ein- oder Austritt von Gesellschaftern/innen einschließlich meiner eigenen Person erforderlich werden. Die Einzelvollmachten gelten auch für die Berichtigung der eingetragenen Auflassungsvermerkung. Die Bevollmächtigten werden von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Herr Giesen und Herr Sauer oder der geschäftsführende Ausschuss sind jedoch zur Vornahme von Grundbuchberichtigungen nicht verpflichtet.
10. Durch die Unwirksamkeit einer der oben genannten Bestimmungen wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.
11. Ich nehme hiermit das unter Ziffer 2 dieses Vertrages ausgesprochene Angebot an und trete der Gesellschaft "Friedensacker" bei.

Ort	Datum	Unterschrift
-----	-------	--------------

vollständige Adresse (in Druckbuchstaben)	Beruf/Funktion
---	----------------

Geburtsdatum

1. Das Grundstück

Das von uns angekaufte Grundstück benötigt die NATO zum Bau einer Sicherheitszone als Schutz für die NATO-Kommandozentrale in Linnich-Glimbach. Unser Ziel ist, dieses Grundstück für die landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten und eine militärische Nutzung durch die NATO zu verhindern. Deshalb auch die Aufteilung des Grundstückes auf 750 Eigentümer/innen, denn bei einer anstehenden Enteignung haben alle Eigentümer/innen das Recht, Einwände gegen die Enteignung geltend zu machen.

2. Der Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde mit Hilfe unseres Rechtsanwaltes anhand eines ähnlichen Beispiels in Ramelsloh erarbeitet.

Durch Euren Beitritt zur Gesellschaft "Friedensacker" werdet Ihr Mit-eigentümer/in. Eure Unterschrift unter dem Gesellschaftsvertrag muß bei einem Notar beglaubigt werden. Den Notar könnt Ihr Euch aussuchen. Wenn Ihr mit mehreren Leuten einen Termin beim Notar für die Beglaubigungen ausmacht, wird's meist billiger. Die Kosten für eine Beglaubigung betragen ca. 10,- DM. Den beglaubigten Gesellschaftsvertrag schickt Ihr uns zu. Wir werden dann vor Ort die Grundbucheintragung vornehmen lassen.

Parteien können keine Grundstücke erwerben. Möglich ist es nur dann, wenn sie als Privatpersonen Anteilsscheine erwerben.

Wenn mehrere Personen einen Anteilsschein erwerben wollen, sollten sie dies ebenfalls als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) tun.

Beispiel: eine Friedensinitiative will gemeinsam einen Anteilsschein erwerben. Unser Gesellschaftsvertrag muß von allen Leuten unterschrieben, die Unterschriften müssen vom Notar beglaubigt sein. Dann beschließt die Friedensinitiative einen eigenen Gesellschaftsvertrag (Vorlage kann bei uns angefordert werden) und kann weitere Gesellschafter/innen in Form einer Unterschriftensammlung am Infostand sammeln. Durch die Vergrößerung der GbR "Friedensinitiative" kann dieser eine Anteil beliebig aufgeteilt werden und die Enteignungsbehörde hat es etwas schwerer.

Besonders herzlich aufgenommen werden in unserer Gesellschaft Ausländer/innen. Auch hier ist es für die Enteignungsbehörde umständlicher, ihr Verfahren durchzuziehen. Bei Menschen, die in den nachfolgend aufgeführten Ländern leben, genügt die vom Notar beglaubigte Unterschrift.

Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, Österreich,

(Diese Liste ist nicht ganz vollständig, weitere Länder teilen wir euch auf Anfrage mit, sorry.)

In allen anderen Ländern muß die Beglaubigung der Unterschrift bei der deutschen Botschaft oder im deutschen Konsulat bestätigt werden.

3. Vorkaufsrecht der Gemeinde

Nach deutschem Recht müssen sämtliche Grundstückskaufverträge vom Notar der zuständigen Stadt/Gemeinde angezeigt werden. Die Stadt kann dann prüfen, ob sie ein Vorkaufsrecht besitzt.

Die Stadt Linnich ist z.Z. dabei, das Vorkaufsrecht zu prüfen, das sie bis zum 15.09.86 geltens machen müßte. Sollte die Stadt wider erwarten ankaufen, werden wir dagegen vor dem Verwaltungsgericht klagen.

4. Das Landbeschaffungsgesetz (LBG) vom 23.02.1957

ist die gesetzliche Grundlage für die Enteignung von Grundstücken, die für die Kriegsvorbereitung in Anspruch genommen werden sollen, und zwar für Zwecke der Bundeswehr und ausländischer Truppen in der BRD.

Das Verfahren:

I. Anhörung der Landesregierung und betroffenen Gemeinden
Die Gemeinde kann in ihrer Stellungnahme selbst u.a. folgende Gesichtspunkte geltend machen, die angemessen zu berücksichtigen sind: Erfordernisse der Raumordnung, städtebauliche Gesichtspunkte, landwirtschaftliche und wirtschaftliche Interessen, Naturschutz und Landschaftspflege, Auswirkungen, die von der geplanten militärischen Anlage auf die örtlichen zivilen Belange ausgehen.

II. Das militärische Vorhaben wird durch den zuständigen Bundesminister bezeichnet. "Bezeichnung" ist die formelle Voraussetzung für die Enteignung.

III. Angebot auf freiwillige Veräußerung
Den betroffenen Grundeigentümern/innen muß angeboten werden, die Grundstücke zur Vermeidung der Enteignung freiwillig zu veräußern.

IV. Der Bundesminister stellt an die zuständige Enteignungsbehörde des Landes (Regierungspräsident in Köln) den Enteignungsantrag.

V. Planauslegung

Die Enteignungsbehörde stellt den Plan der von der Enteignung betroffenen Grundstücke auf. Der Plan wird in der Gemeinde mindestens 1 Monat öffentlich ausgelegt. Zeit, Dauer und Ort wird den Beteiligten und öffentlich bekannt gemacht. Jede/r Beteiligte/r kann während der Auslegungsfrist Einwendungen erheben.

VI. Planprüfungsantrag

Der Plan ist mit allen Beteiligten zu erörtern, "notfalls an Ort und Stelle". Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen für alle Beteiligten. Die Ladung der Eigentümer/innen ist erforderlich. Der Termin wird öffentlich bekannt gemacht. Einwendungen gegen den Plan müssen spätestens im Termin schriftlich oder mündlich erhoben werden.

VII. Vorzeitige Besitzeinweisung

Dafür ist formelle Voraussetzung, die Verhandlung mit den Eigentümern/innen, die dazu geladen werden müssen. Die Verhandlung kann im Planprüfungsantrag stattfinden, wenn darauf in der Ladung zum Planprüfungsantrag ausdrücklich hingewiesen worden ist. Es erfolgt dann die sofortige Ausführung des Vorhabens und die Besitzeinweisung. Diese vorläufige Besitzeinweisung wird wirksam auf Antrag zwei Wochen nach Zustellung des Beschlusses. Der geschäftsführende Ausschuss wird versuchen, sich gerichtlich dagegen zu wehren. Der Besitzeinweisungsbeschluss kann aufgehoben werden, wenn nicht innerhalb eines bzw. zwei Jahren der Enteignungsbeschluss erlassen wird.

VIII. Es erfolgt der Enteignungsbeschluss aufgrund der Planprüfung und Verhandlung über die Entschädigung. Dagegen gibt es das Rechtsmittel des Widerspruchs und der Klage vor dem Verwaltungsgericht. Nach Unanfechtbarkeit ergeht dann die Ausführungsanordnung.

5. Das bisherige Anhörungsverfahren

Das Anhörungsverfahren für den Bereich des Baugeländes der Kommandozone hatte in den Jahren 1967/68 stattgefunden. Obwohl nun zusätzliches Gebiet benötigt wird, berufen sich die staatlichen Stellen auf das alte Anhörungsverfahren für den Bereich des Baugeländes exklusive der Sicherheitszone. Und dies, obwohl die Akten des damaligen Anhörungsverfahrens derzeit "nicht auffindbar" sind, wohl auch aufgrund der kommunalen Neugliederung. Unser Ziel muß es deshalb sein, ein neues Anhörungsverfahren zu erwirken.

6. Kosten des Verfahrens

Die Kosten der von der Geschäftsführung zu führenden Rechtstreitigkeiten können wir nicht beziffern. Rechtstreitigkeiten stehen gegebenenfalls an, wenn 1. die Stadt ihr Vorkaufrecht nutzt, 2. eine vorzeitige Besitzeinweisung erfolgen sollte, oder 3. der Enteignungsbescheid ergangen ist. Wir sind in allen drei Fällen zur Finanzierung der Verfahrenskosten auf Spenden angewiesen, um so die Gesellschafter/innen in ihrer gesetzlich vorgesehenen gesamtschuldnerischen Haftung zu entlasten bzw. nach Möglichkeit ganz davon zu befreien. Wir haben deshalb ein Rechtshilfe-Fonds eingerichtet. Bitte spendet fleißig auf folgendes Konto:

Rechtshilfefonds-Friedensacker, B.Giesen, Kreissparkasse Düren,
Bankleitzahl 395 501 10, Kontonummer 503 93 42

7. Wie geht's weiter?

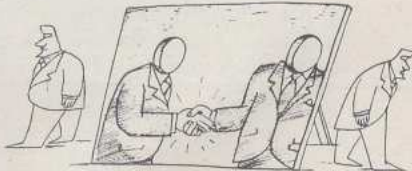
Sobald der endgültige Gesellschaftsvertrag vorliegt bzw. alle 750 Anteilsscheine verkauft sind, werden wir eine Generalversammlung abhalten, bei der auch der geschäftsführende Ausschuss gewählt wird. Die Einladungen hierzu gehen Euch rechtzeitig zu.

Wenn es zur Eröffnung des Enteignungsverfahrens kommt, werden wir einen Katalog von Argumenten erarbeiten, die bei der Anhörung als Einsprüche geltend gemacht werden können; ebenfalls ein Musterschreiben, welches Ihr benutzen könnt.

Da es eine Menge rechtlicher Verfahrensregularien zu klären gilt, solltet Ihr vor Ort versuchen, Rechtsanwälte/innen für die GbR zu werden.

8. Politischer Druck, Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit wird zentral von uns gesteuert. Regionale Pressearbeit können wir jedoch nicht leisten. Wenn Ihr also vor Ort Eure Zeitungen informieren wollt (Lokalzeitungen, Stadtzeitungen, etc.) könnt Ihr klar das veröffentlichten Artikels zuzusenden, damit unsere Presseartikel-sammlung vollständig bleibt. Solltet Ihr nutzbare Kontakte zu überörtlichen Zeitungen, Rundfunk, TV, etc. haben, teilt uns dieses bitte mit, denn politischer Druck kann nur durch eine breite, umfassende und massive Öffentlichkeitsarbeit ausgeübt werden.



Erläuterungen zur rechtlichen Situation der Gesellschaft nach innen und nach außen.

Unsere gemeinsame Gesellschaft "Friedensacker" wurde als Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet und unterliegt somit den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Sie ist eine auf Vertrag beruhende Personenvereinigung ohne Rechtsfähigkeit. Ziele und Zwecke bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag. Mitglied können alle natürlichen und juristischen Personen werden, nicht aber andere BGB- Gesellschaften. Unterbeteiligung als Beteiligung an einem Gesellschaftsanteil ist möglich. Neben der Beitragspflicht steht die Treuepflicht, die Pflicht zur Geschäftsführung, Mitverwaltung sowie Gewinn- und Verlustbeteiligung. Aus dem Grundsatz von Treu und Glauben wird gefolgert, daß jede/r Gesellschafter/in die Interessen der Gesellschaft zu wahren und schädigendes Verhalten zu unterlassen hat. Die Führung der Geschäfte steht dem geschäftsführenden Ausschuß zu, der einstimmig zu beschließen hat. In diesem Fall bildet die Ges. nach § 62 Zivilprozeßordnung -ZPO- vor Gericht eine notwendige Streitgenossenschaft. Nach dem Beschluß der Gesellschaftsversammlung darf der geschäftsführende Ausschuß schuldrechtliche Verbindlichkeiten nur bis zur Höhe des jeweilig vorhandenen Vermögen eingehen. Diese beschränkte Vertretungsmacht und damit Haftungsbeschränkung der Gesellschafter/innen ist zwar im Gesetz nicht ausdrücklich vorgesehen; weil aber auch nicht ausdrücklich untersagt noch gesetzeskonform. Das Risiko liegt beim Geschäftspartner/in. Er/Sie ist gehalten, im eigenen Interesse den Umfang der Vertretungsmacht nachzuprüfen. Die Vorlage des Gesellschaftsvertrages und Protokoll genügt. Macht der Ausschuß dies nicht deutlich, tritt er in eigenem Namen auf, verpflichtet er sich nur selbst. Was darüber hinaus noch an Haftung für Vertragsschulden übrig bleibt, müßte schon theoretisch konstruiert werden.

Für Schulden aus Gerichtsverfahren, die das jeweilige Gesellschaftsvermögen übersteigen, haftet der verursachende geschäftsführende Ausschuß der Gesellschaft gegenüber im Innenverhältnis -§.426 BGB-.

Eine Haftung aus Grundbesitz kann nur wegen einer Verletzung der Verkehrssicherungspflicht hergeleitet werden. Der Verkehrssicherungspflichtige ist derzeit der Pächter.

Eine Schadensersatzpflicht aus unerlaubter Handlung (deliktische Haftung) nach § 823 BGB, kommt nur dann zum Zuge, wenn der geschäftsführende Ausschuß eine Dritte Person zu Handlungen anweist. Ein sogenannter Entlastungsbeweis ist jedoch möglich.

Der geschäftsführende Ausschuß erklärt, keine schuldrechtlichen Verträge, die das jeweilige Gesellschaftsvermögen überschreiten, einzugehen. Bei vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Beziehungen zu Personen (Dritte) die allgemein gültige Sorgfaltspflicht und Überwachung zu gewährleisten, sodaß ein Entlastungsbeweis möglich ist.

Jülich, den 15. Februar 1987

Burkhard Giesen
(Burkhard Giesen)

Edith Gründler
(Edith Gründler)

Josef Kohl
(Josef Kohl)

Gaby Kulartz
(Gaby Kulartz)

Georg Menzen
(Dr. Georg Menzen)

Helmut Sauer
(Helmut Sauer)

Helga Weingarten
(Helga Weingarten)

aufgestellt von Helmut Sauer, 5170 Jülich, Kopernikusstr. 20
Dieses Schreiben gilt als hinterlegt durch Verteilung und Bekanntmachung.



ANDERE MÖGLICHKEITEN DER GelDBESCHAFFUNG

Nicht jede Initiative hat...

...den sprichwörtlich reichen Onkel aus Amerika. Der KA-Linnich kennt solche Leute auch nicht. Trotzdem mußten zahlungskräftige und auch zahlungswillige Geldgeber/Innen gefunden werden, damit die gesamte Summe zusammen kommt.

Angesprochen wurden zuerst der Bundesvorstand der Grünen in Bonn und der Ökofond in Düsseldorf. In beiden Fällen wurde nach einer ersten Kontaktaufnahme unser Anliegen eingehend erläutert. Im Gegensatz zu privaten Geldgebern können (sollen) bei den Grünen bzw. Ökofond nicht Einzelpersonen entscheiden. Es geht schließlich um viel (Scene)-Geld, welches sorgsam verwaltet werden will. Dies bedeutet schlichtweg, daß viel Zeit vergehen kann, bis eine endgültige Entscheidung abzusehen ist. Angemerkt sei, daß in den Vorgesprächen unser Kreditantrag wohlwollend aufgenommen wurde, das Geld würde schließlich auch nur für eine kurze Zeit benötigt. Daneben wurde auch bei einzelnen Initiativen/Vereinen in der Region angefragt.

Bevor jedoch über unsere Kreditanträge eine endgültige Entscheidung getroffen wurde, fanden wir eine Person bzw. mehrere Personen, die

- a) aktiv in der Friedensbewegung sind und
- b) auch noch über das nötige Kleingeld verfügen konnten.

Da die Eigentumsrechte (Anteilscheine) schnell verkauft wurden, konnte der Kredit recht schnell wieder zurückgezahlt werden. Die Kreditanträge bei den Grünen und beim Ökofond wurden zurückgezogen.

Dieses Beispiel möge all denen als Ermutigung dienen, welche für solche Fälle angesprochen werden.

Dies soll und kann kein "Patentrezept" sein, um an das Geld zu kommen. Falls erforderlich, müssen halt viele Leute angesprochen werden, die bereit sind, kleinere Beträge für einige Monate vorzustrecken. 20 Leute à 3000 DM oder 40 Leute à 1500 DM ergibt ebenfalls die Summe von 60.000 DM. Selbstverständlich ist ein solcher Weg mühsamer. Am sinnvollsten ist sicherlich eine Risikostreuung, d.h. z.B. Kredit vom Ökofond, einige größere Summen und viele kleine Kreditgeber.

Rainer Drzymalla /
Helmut Sauer

Wie es zum Kauf des Friedensackers kam

Am 29. Oktober 1985 nahm ich an einer Demonstration gegen die geplante NATO-Kommandozentrale in Linnich-Glimbach teil. Hier sollte in den nächsten Jahren eine unterirdische Führungszentrale für zwei NATO-Stäbe entstehen.

1. für die 2. Alliierte Taktische Luftflotte (2.ATAF);
das ist ein Zusammenschluß von fünf Nationen (Belgien, Niederlande, Großbritannien, USA, BRD), die Verbände ihrer Luftstreitkräfte zur Verfügung gestellt haben.
2. für die Heeresgruppe Nord (NORTHAG),
eine kampfkraftige, modern ausgerüstete Truppe mit einer Friedensstärke von 200.000 Soldaten, im Kriegsfall von 600.000 Soldaten

Rund um die Uhr sollen hier 400 NATO-Angestellte ihren Dienst verrichten. Der Rohbau soll 150 Millionen DM kosten.

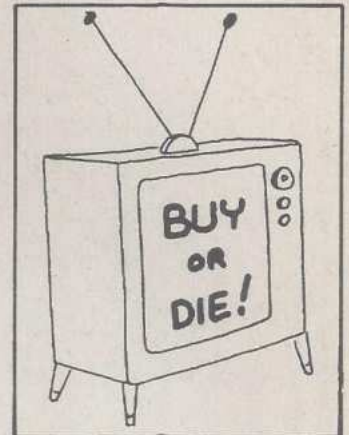
An diesem Morgen zeigte mir ein älterer Mann ein Grundstück ganz in der Nähe der geplanten Bunkerbasis. Er berichtete, daß die NATO alle anliegenden Grundstücke aufgekauft hätte und auch mit ihm verhandeln würde. Er aber würde das Grundstück viel lieber an die Friedensbewegung verkaufen. Für 90.000 DM bot er es mir zum Kauf an.

Mich faszinierte die Vorstellung, ein Grundstück zu besitzen, von wo aus wir die Bauarbeiten der NATO behindern könnten. Aber würden wir genug Menschen finden, die bereit wären, ein solches Unternehmen zu unterstützen? Wäre überhaupt jemand in der Lage, das erforderliche Geld für ein paar Monate vorzustrecken? In der Hoffnung, daß andere darüber nachdenken würden, vergaß ich es zunächst einmal wieder.

Die nächsten Monate vergingen, und das war eigentlich schon alles, was passierte. Ich arbeitete weiter in der "Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" und fuhr regelmäßig nach Mutlangen, um gegen Atomraketen zu protestieren.

Am Sonntag, dem 22.6.1986, fuhren Dorissa und ich nach Jülich, um an einem KAL-Treffen teilzunehmen. "Komme bloß nicht nach Hause und Du hast das Grundstück gekauft" meinte mein Mann beim Abschied, wohl schon mehr ahnend, als mir selbst bewußt war.

Tatsächlich habe ich mich an diesem Nachmittag entschlossen, alles zu versuchen, um den Kauf des Grundstückes zu ermöglichen. Jetzt ging alles ganz schnell. Georg, mein Mann, und ich trafen uns am Donnerstag, dem 26. Juni, mit den Eigentümern, um ein Verkaufsgespräch zu führen. Mein Mann verhandelte und wir wurden uns



einig, daß wir das Grundstück für 70.000,- DM kaufen wollten. Das war der Preis, den ich für tragbar hielt. Wir verabredeten uns für den 1. July bei einem Notar in Jülich.

Ganze fünf Tage hatte ich Zeit, um das Geld aufzutreiben. Wie durch ein Wunder fand ich Kreditgeber, die mir ein zinsloses Darlehen bis zum Ende des Jahres zur Verfügung stellten. Vereinbarungsgemäß trafen wir uns am Dienstag, dem 1. July um 11 Uhr beim Notar.

Es stellte sich heraus, daß alles viel schwieriger war, als ich geglaubt hatte; denn u.a. erfuhren wir, daß die Stadt Linnich ein Vorverkaufsrecht auf das Grundstück hatte, das sie innerhalb von zwei Monaten geltend machen konnte. Trotzdem wurde ein Vertrag ausgehandelt, der für beide Seiten annehmbar war, wobei wir, die Friedensbewegung, jedoch das größere Risiko zu tragen hatten.

Ich war sehr glücklich über den Vertragsabschluß. Was ich dann in den folgenden Monaten erlebte, übertraf alle meine Erwartungen. Die 750 Anteilsscheine zu 100 DM fanden reißenden Absatz. Bis zum Jahresende waren alle Kredite zurückgezahlt.

Den vielen Menschen, die durch Kauf eines Anteilsscheines die Angelegenheit zu ihrer eigenen gemacht haben, möchte ich recht herzlich danken. Ich glaube, die Zukunft der gesamten Menschheit hängt davon ab, ob viele Menschen den Mut aufbringen, dem Rüstungswahn etwas entgegenzusetzen und immer frecher werden, denn schließlich geht es um unser Überleben.

Helga Weingarten



Ankauf des Grundstückes

Der Vorbesitzerin des Ackers wurde seinerzeit 60.000 DM vom Bundesvermögensamt Aachen angeboten. Als sie vom Kaufinteresse der Friedensbewegung erfuhr, glaubte sie zunächst, 90.000 DM verlangen zu können. Nach einigen Verhandlungen einigte mensch sich dann auf 70.000 DM und beide Seiten zeigten sich zufrieden.

Zur Finanzierung hatten wir beim Ökofond und beim Bundesvorstand der Grünen Kredite beantragt. Doch dann stellten kurz entschlossen ein paar Menschen aus Köln unterschiedlich hohe Beiträge zur Verfügung. So konnte der Landkauf schneller abgewickelt werden.

Verkauf und Aufteilung der Eigentumsrechte

Die Gründungs-Mütter und Väter beschlossen, 750 Anteile von jeweils 100 DM einzurichten. Ab Juli 1986 begann dann der Verkauf. Über die Vermittlung von Volker Nick (Friedensbüro-Tübingen) wurden gleich ca. 50 und über Helga Weingarten (Köln) ca. 280 Anteile weitergegeben. In der Folge der Veranstaltung "Initiative Kirche von unten" am Rande des Kirchentages in Aachen im Spätsommer 1986 meldeten sich weitere 200 Interessierte. Insgesamt war die Resonanz auf diese Aktion so unerwartet groß, daß schon nach wenigen Monaten alle Anteile vergeben und Ende November die Kredite zurückgezahlt waren.

**Büroalltag**

Bald stellte sich heraus, daß diese Aktion den Rahmen einer normalen Bürgerinitiative sprengt. Da heißt es nicht mehr "von der Hand in den Mund leben", sondern eine solche "Gesellschaft bürgerlichen Rechts" ist schon eine

Kleinfirma und muß nachprüfbar verwaltet werden. Eine fachliche Buchführung, die der Kassenprüfung und der jährlichen Gesellschafterversammlung standhält, ist angesagt. Auch die Staatsanwaltschaft könnte neugierig sein. Die MitbesitzerInnen wollen betreut und informiert werden. Hunderte Anrufe und Berge von Post waren und sind zu bewältigen.

Was so alles passieren kann

Das Geld wurde von allen schnell überwiesen und bald kamen hunderte von unterschriebenen Verträgen, nur wenige Menschen hatten ihre Unterschrift beglaubigen lassen, obwohl dies Vertragsbedingung ist. Jetzt fing die Arbeit erst richtig an. Das erste Arbeitswochenende: Belege und Post wurde sortiert, wer hat bezahlt, wer hat schon einen Vertrag geschickt, sind alle Adressen vollständig? usw. Zum Glück gibt es den Computer von N.N. (Datenschutz gegenüber Datenforscher), in dem zuerst alle Daten gespeichert wurden. Danach folgte der erste Rundbrief, warum Mensch zum Notar gehen soll (s.auch n. Kapitel)

Tricks und Tips

- * Einige Menschen überwiesen Geld um einen Anteil zu kaufen, gaben aber nur ihren Namen an. Wie sollen wir da ohne Adresse Kontakt aufnehmen? Wir überwiesen mit einem entsprechenden Vermerk 1 DM an deren Konto zurück und warteten. Bei einigen hat's funktioniert, andere haben sich nie gemeldet.
- * Leute aus Bonn, Berlin etc. wünschten sich eine Parzelle direkt neben ihren Freunden. - Der Acker darf aber leider nicht aufgeteilt werden.
- * Ein Anderer erzählte seinem Beichtvater von diesem Landkauf. Ergebnis von Beichte und Buße: Mensch gab Anteil zurück. Das Geld durfte als Spende bleiben.
- * Von einem Anteilseigner hatten wir nur Name und Stadt erfahren. Nach längeren Recherchen erfuhren wir, daß dies ein 2-jähriger Junge war, der längst mit seinen Eltern woanders lebte. Irgendwann meldeten sich die Eltern. - Minderjährige ins Grundbuch eintragen ist sehr aufwendig.
- * Einige verwechselten ihren Besitzanteil mit einer Aktie. Dividenden?

Jährliche Zins- bzw. Gewinnausschüttung? - Nein! Eher umgekehrt, denn die Portokasse wird ständig schmaler!

- * Eine Frau aus N.N. wollte einem Verwandten in der DDR einen Anteil schenken. - Dies ist leider nicht möglich. Die DDR-Behörden erlauben weder Kauf noch Schenkung
- * Drei Menschen gaben ihren Anteil zurück, weil ihnen der Weg zu einem Notar zu aufwendig erschien. - Diese Anteile durften wir weiter verschenken.

ANTEILSSCHEIN

über 1/750 EIGENTUM am
Grundstück der Gesellschaft

**"FRIEDENS-
ACKER"**

Herrn/Erst: Ronald Reagan

PLZ/Ort/Str.: Washington

White House Tel.: 007

Datum 8.8.88 Unterschrift XXX

NR.: 600

- * Ein prominenter Politiker verweigerte den Weg zum Notar. Er müsse ja nicht im Grundbuch stehen. - Der Mensch hat nichts kapiert!
- * Inzwischen sind eine ganze Reihe MitbesitzerInnen unbekannt verzo-gen und weder für uns noch für die Behörden auffindbar. - Schade!? Nun ist der Informationsfluß abgebrochen. Wer dies liest, und im letzten Jahr umgezogen ist, sollte sich bei uns wieder einmal melden.

Rund um die notarielle Beglaubigung

Wie aus dem Rechthilfe-Info hervor-geht, ist die Beglaubigung für Leute im Ausland etwas komplizierter. Die Erfahrung zeigte, daß beim Grundbuchamt bisher nur Beglaubigungen von einem deutschen Konsulat anerkannt wurden, oder wenn mensch hier in der BRD einen Notar aufgesucht hatte.

Nun sei zu erwähnen, daß auch Notare nur Menschen, und ihre Geschäftsgewohnheiten nicht unbedingt einheitlich sind. Grundsätzlich darf für die Beglaubigung einer Unterschrift, gemessen am Geschäftswert von 100 DM nur eine Mindestgebühr von derzeit 17.10 DM berechnet werden. Ein Notar aus N.N. meinte, dies sei eine wohltätige Sache und verzichtete auf sein Honorar. Ein anderer aus N.N. wollte den Gesamtkaufpreis von 70.000 DM zu Grunde legen und verlangte weit über 200 DM. Dieses Geschäft kam nicht zustande.

In mehreren Städten wurden von Kontaktmenschen gemeinsame Notaraktionen organisiert nach dem Motto: Wir gehen nicht zum IHM sondern ER kommt zu uns. Viele Unterschriftswillige trafen sich in einem größeren Raum (bei kaltem Buffet, Presse u.s.w.), der Notar kam auch dort hin und erhielt ein Sonderhonorar. Diese Form war bei weitem preiswerter, als wenn jeder Mensch einzeln zum Notar gegangen wäre. Einige haben ihre Freunde/Bekannte als Unterbeteiligte mit unterschreiben lassen. Viele Bürgerinitiativen haben als Gruppe gemeinsam einen Anteil gekauft, einige Gruppen denken daran, Untergesellschaften zu gründen.

Resümee

Der "Friedensacker" gehört inzwischen ca. 900 Menschen, von denen 405 schon im Grundbuch eingetragen sind. Warum noch nicht mehr? - Das gehört zu den Spielregeln!

Sehr viel Freizeit und Arbeitswochenenden haben wir, der geschäftsführende Ausschuß, investiert, auch im Sinne aller immer richtig zu handeln, manche heiße Diskussion geführt und nebenbei eine Menge Spaß gehabt. Trotzdem haben wir manchen MitkäuferInnen nicht schnell genug gearbeitet. Da kamen Reklamationen, wieso ihr Brief noch nicht beantwortet sei, warum wir so selten Infos schicken und ob sie sich da überhaupt auf eine seriöse Sache eingelassen hätten. - Wir sind keine Profis, Seriosität war von Anfang an selbstverständlich.

Zukunftsgedanken

Eine Idee wurde Wirklichkeit! Weshalb sollte es nicht bald ganz viele "Friedensäcker" geben? Auch könnten auf diese Weise viele sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden

-Gaby Sauer-

KLEINES GESPRÄCH MIT UNERWARTETEM AUSGANG.

Der Hergott saß auf Wolkenkissen
und sah sich seine Erde an.
was braust herauf? sieh da, das is'n
Aeroplan.

Ein Offizier grüßt freundlich lächelnd.
"Gestatten! Schwaben Nummer vier!"
-und die Propellersurren fächelnd-
"Wir sind nu hier!

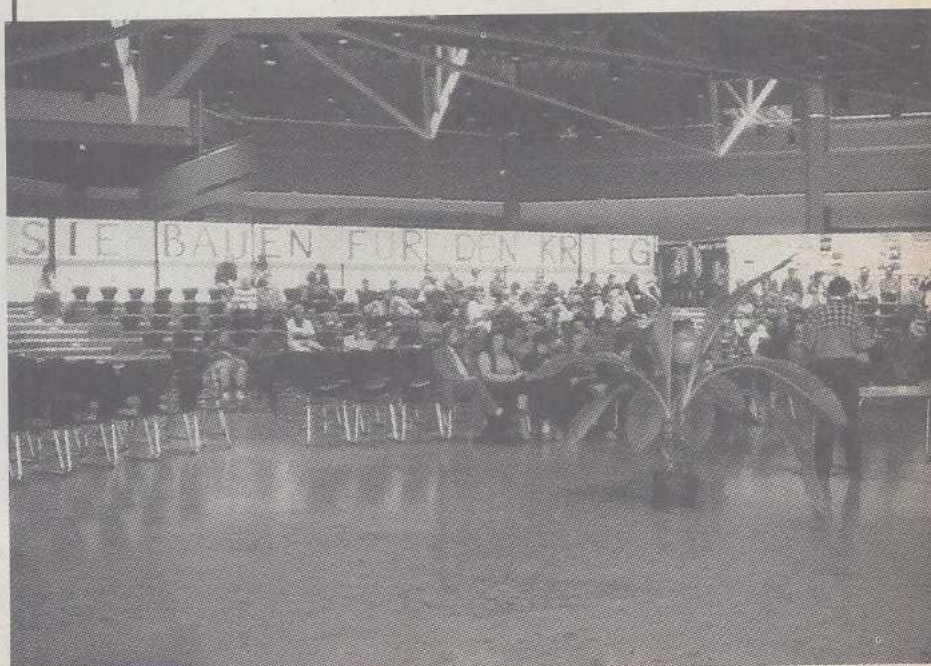
Was sagen Sie zu unserem Siege?
Wir brachen spielend den Rekord.
Wozu? Wir brauchen das zum Kriege..."
"Zum Krieg? Zum Mord!"

"Erlauben Sie, Sie sind zu schwächlich..."
"Und wer gab euch das viele Geld?"
"Das Volk! Das Volk war es hauptsächlich
vom Rhein zum Belt."

"Das Volk? Hat es so krumme Nacken?
Ist denn bei euch das Volk so dumm?"
Hier lachte Gott aus vollen Backen.
Man kippte um.

(Kurt Tucholski, 1917)

2. Gesellschaftsversammlung am 7.11.1987



34 Chronik des Widerstandes gegen die NATO-Kommandozentrale Linnich-Glimbach

Mai '84

Erste Zeitungsberichte über das Projekt NATO-Kommandozentrale Linnich-Glimbach

Juli '84

Auf dem Baugelände werden Bodenuntersuchungen und die ersten Probebohrungen vorgenommen. 70 DemonstrantInnen versammeln sich zu einer Protestaktion. Ein Dutzend Kreuze werden aufgestellt. "Im Gedenken an den Planet Erde" stand auf einem Kreuzifix geschrieben.

August '84

Gesprächsrunde: Oberstleutnant W. Bickenbach antwortet Vertretern der Friedensbewegung. Wegen Geheimhaltungsvorschriften mußte er aber öfters passen. Eine ältere Frau: Das Volk wird systematisch verdummt.

September '84

"Woll'n Sie 'nen Bunker?"

200 TeilnehmerInnen veranstalten eine Protestkundgebung in Linnich

April '85

Erster Ostermarsch: Mit 150 TeilnehmerInnen vom Bauplatz in Glimbach über Welz an der NATO-Pipeline nach Linnich. Ein "Berufsdemonstrant" aus Mutlangen erzählt, daß seine Aufgabe es sei, den Widerstand in der Bevölkerung zu wecken und wachzuhalten.

Ende April '85

Bei Beginn der Arbeiten für die Zufahrtsstraße beteiligten sich 60 FrühstücksdemonstrantenInnen an einer Blockade. Die Friedensvertreter stellten sich vor die LKW's, die Bauarbeiten wurden für eine Stunde blockiert.

Juni '85

Vom KAL (Koordinationsausschuß Linnich) wird ein Friedenscamp am Bauplatz organisiert. Ein Bauer hatte seine Wiese am Dorfrand zur Verfügung gestellt. Überlegt wurde, wie bei Beginn der eigentlichen Bauarbeiten der friedliche Widerstand mit langfristigen Blockaden oder Platzbesetzungen verstärkt werden kann.

August '85

Anläßlich einer Sternfahrt zum Regierungsbunker in Dernau blockierten 40 TeilnehmerInnen spontan die Bauarbeiten an der Zufahrtsstraße. Nach

Ende dieser Aktion konnte ein Baggerfahrer nicht gleich weiterarbeiten, da der Schlüssel verschwunden war...

29.10.'85 Große Blockade

Als in der Frühe um 6.00 Uhr ca. 200 Personen zusammen kamen, waren Fernseh u. Rundfunk schon da, aber zu blockieren gab es nichts. Die Baufirma hatte uns ein Schnippchen geschlagen, bis zu diesem Tag in Eiltempo die Zufahrtsstraßen zum Bunker fertiggestellt und dann fluchtartig das Gelände verlassen. So blieb nur eine symbolische Platzbesetzung. Die Zufahrtsstraße wurde mit (gewaltigen) Steinen blockiert, ein großes Feuer angezündet und die Straße hübsch bunt bemalt.

Die Polizei hielt sich sehr zurück, wenn auch die Dokumentations-Trupps nicht zu übersehen waren. Einige Polizisten führten ihre lieblichen Hunde aus.

Von der Baustelle selber berichtete der WDR live in seinem Radioprogramm. Die Aktion selber hat dann auch noch Reportagen im Regionalprogramm des Fernsehens zur Folge gehabt.

Zum Abschluß der Besetzung gegen Mittag ging's dann als Demonstrationzug durch die umliegenden Dörfer. Der Stadtdirektor von Linnich gab wg. dubiosen Geheimhaltungsparagraphen keine Auskunft

Ostermarsch, den 29.3.1986

Trotz Wind und Regen versammelten sich ca. 800 Menschen aus der Region Aachen-Düsseldorf-Köln in Glimbach. Vertreten waren Mitglieder der verschiedensten Parteien, Gruppen und Verbände, angefangen von Pax-Christi über die Jusos, Grüne, DKP bis zu den Grauen Panthern

Rose vom KAL erläuterte die Hintergründe der Demonstration: "Der Bau der NATO-Kommandozentrale sei ein Bestandteil der neuen US-Kriegsführungsstrategie, des sogenannten "Air-Land-Battle-Konzeptes". Diese Strategie ist von der bisherigen Verteidigungsdoktrin abgegangen und zu einer offensiven Kriegsführung mit Angriffen tief in das feindliche Land hinein..."

Weiter forderte sie die OstermarschiererInnen auf, durch gewaltlose Formen des "zivilen Ungehorsams" wie Blockaden, Platzbesetzungen und anderen Baubehinderungen sich für Abrüstung und Entmilitarisierung zu engagieren.

Wie sich bei den späteren Blockaden gezeigt hat, sind leider nur wenige Menschen bereit, mehr als zum Ostermarsch sich aktiv gegen das Projekt zu beteiligen.



Blockade '85

Im strömenden Regen ging's dann zum Baugelände. Eine Friedensfahne wurde gehißt, die Teilnehmer hielten eine Menschenkette um das zukünftige Baugelände. Auf der Demonstrationsroute nach Jülich steckten sich viele Lindenblätter als Symbol der Verletzbarkeit an, anspielend auf die Siegfried-Sage. Auf der Abschlußkundgebung redeten der Bürgermeister von Jülich, der Vorsitzende der IG.Metall Düren, die stellvertretende Bundesvorsitzende der Grauen Panther und ein Vertreter vom Darmstädter Signal. NATO-Kommandeure waren in einem Zeitungsartikel der JVZ vom 29.3.86 zu bewundern. Ganz offen gaben Sie zu: "Wir bauen für den Frieden" Na, wenn das nicht ein Wort ist.

Der Redakteur der JVZ lobte die erfreuliche Friedlichkeit der Demonstranten. So viel Frieden auf einmal....

April '86

Keine weiteren Bauaktivitäten waren an der Baustelle zu beobachten. Vom KAL wurde bei Baubeginn festgelegt: 1) Spontanes Frühstück über Telefonkette organisiert 2) 2 bis 3 Wochen später eine groß angekündigte Blockade

Mai '86 Kauf des Friedensacker

Zur Errichtung eines Sicherheitszaunes um das Gelände der Kommandozone versucht das Bundesvermögensamt Aachen in den Besitz von zusätzlichen Grundstücken zu gelangen. Um terroristischen Aktivitäten vorzubeugen, will die NATO das Gelände im Vorfeld absichern (Versuchter Anschlag auf die NATO-PIPE-LINE in Baal Herbst '85)

Betroffene Landwirte in Glimbach und Umgebung sind schockiert. Sie fühlen sich vom Vermögensamt "massiv unter Druck gesetzt". Eine Besitzerin hat anlässlich der Blockade '85 von ihrem Grundstück erzählt, auf dem, wie wir später erfahren hatten, ein Sicherheitszaun errichtet werden sollte. Nach einer ausführlichen Diskussion hat der KAL sich entschlossen, das fragliche Grundstück anzukaufen. Bei einem Enteignungsverfahren hätten wir (als Besitzer) alle die erstmals eigene Möglichkeit, die NATO zu behindern/verzögern.

Einzelheiten zum Kauf siehe "Friedensacker"



DN 5. Juli 1986 Ostermarsch '86 Friedensbewegung schnappte NATO Grundstück weg

Von „Nachrichten“-Redakteur

HELMUT JANSSEN
LINNICH. — Durch einen Kaufvertrag über 70000 Mark mit einem Grundstücksbesitzer am Bauplatz der NATO in Glimbach bei Linnich hat sich die Friedensbewegung gute Voraussetzungen geschaffen, den Bau der NATO-Kommandozone möglicherweise längerfristig zu verzögern. Denn die NATO benötigt das Grundstück zu Errichtung eines Sicherheitsbereiches, der das Gelände vor terroristischen Anschlägen schützen soll. Schon seit geraumer Zeit versucht die Nato, das 8000 Quadratmeter große Grundstück zu erwerben. Indem er 70000 Mark anbot, ist der Koordinationsausschuß Lin-

nich — ein Zusammenschluß von 60 Friedensgruppen aus dem Rheinland — der NATO zuvorgekommen, die nur 60000 Mark geben wollte. Wie der Leiter des Ausschusses und verantwortliche Organisator der Aktion, Burkhard Giesen, gegenüber den „Nachrichten“ erklärte, stellten drei Privatpersonen dieses Geld zur Verfügung, um durch eine „Grundstücksblockade“ die Verwirklichung des Projekts weiter zu erschweren. Diese drei haben eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet, mit dem Namen „Friedensacker“. Durch die Vergabe von Anteilscheinen im Werte von je 100 Mark sollen bis zu 800 Friedensvertreter in die Lage versetzt werden, dieses Grundstück mit-

zuerwerben. Gesetzt den Fall, die Nato würde dann versuchen, über eine Enteignung an das für sie wichtige Grundstück zu gelangen, müßte sie mit allen 800 Personen in Kontakt treten. Das Geld liegt in einem Fond und wird von einem Notar verwaltet. Der Kauf ist perfekt, wenn die Stadt Linnich, die ein Vorkaufsrecht hat, ihn akzeptiert. Dies wird sie nach Einschätzung von Giesen tun müssen, weil sie das Grundstück nicht für ihren eigenen Gebrauch verwenden, sondern allenfalls für die NATO erwerben könnte. In diesem Fall würden die Friedensvertreter, die eine Option auf das Grundstück haben, beim Verwaltungsgericht gegen die Stadt Linnich klagen.

Juli '86 "IS HET HIER OORLOG"

Niederländische Friedensgruppen kommen anlässlich eines antimilitaristischen Marsches auch in Glimbach vorbei.

5.7.86

Großer Artikel in der Zeitung: Friedensbewegung schnappte NATO Grundstück weg.

August/September '86

Nach einer Prüfungsfrist der Stadt Linnich über ein evtl. Vorverkaufsrecht, ist das Grundstück endgültig in unseren Besitz übergegangen

Auf dem Katholikentag v. Unten in Aachen ist der KAL auf dem Markt der Möglichkeiten mit einem Stand und Redebeitrag vertreten. Die angebotenen Anteilscheine a'100 DM gingen weg wie 'warme Semmel'

Oktober '86

Laut einem Zeitungsartikel will die NATO noch in diesem Jahr mit dem Bau anfangen. Ein Kampfmittelräumdienst ist beschäftigt das Gelände nach Blindgängern aus dem 2. Weltkrieg zu untersuchen. Gefunden sind noch erhebliche Mengen (ca. 30 Tonnen). Wer will schon auf altem Kriegsmaterial einen neuen "Friedensbunker" bauen.

Damit's mit dem Bau endlich voran geht, kam Präsident Reagen himself in einer Karosse angefahren, hielt eine machtvolle Rede und machte den ersten Spatenstich. Die Maske trug ein Vertreter der Friedensbewegung.

Die Gesellschaft Friedensacker hat bereits 550 Anteilseigner/Innen. Die Friedensversammlung Rheinland konnte sich nicht durchringen, die zentrale Abschlußkundgebung des Ostermarsches '87 in Glimbach zu veranstalten.

November-Dezember '86

Auf der ersten Gesellschafterversammlung am 14.12.86 beteiligen sich 350 Anteilseigner/Innen, der geschäftsführende Ausschuß wird gewählt.

Frühjahr '87

Organisierung der weltweiten Beglaubigung der Unterschriften der Anteilseigner/Innen

Ostermarsch '87

Auf dem Friedensacker wird die Tafel: "Friedensacker Hier behindert die Friedensbewegung die Kriegsvorbereitung der NATO" aufgestellt. Zwei dienstbeflissene, forsche Ordnungshüter fragten, was wir hier wollten.

36 Auf die Entgegnung, wir seien die Grundstücksbesitzer, wurden die Polizisten richtig höflich.

Einem Friedenscamp glich am Karsamstag der Hügel, in den hinein die NATO ihre neue Kommandozentrale bauen will. Knapp 1000 Demonstranten waren bereits von weitem mit ihren Fahnen, Plakaten, Transparenten und Tafeln zu sehen, die ankündigten: "Hier wird gegen den Bau des NATO-Bunkers protestiert."

Ein Pfarrer meinte: "Wir sind hier, weil wir auf der Seite des Lebens stehen, weil wir für eine kriegsfreie Welt sind und für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen"

Nach dem Abstellen der Kerzen und bilden einer Menschenkette rundum den Friedensacker formierten sich die Teilnehmer zu ihrem Marsch nach Jülich, tatkräftig unterstützt von der holl. Blaskapelle "De Erfnis".

Auf der Abschlußkundgebung war u.a. Rebacaa aus dem Greenham Common Friedenscamp vertreten. In ihrer Rede schloß sie: "Wer stumm bleibt bei Unrecht, der ist genau so schuldig wie die Täter." und "Wir müssen den gefährlichen Unsinn dieser militärischen Bündnisse, wie NATO und Warschauer Pakt bloßstellen"

3.4.87

400 notariell beglaubigte Gesellschaftsverträge wurden beim Grundbuchamt eingereicht.

Mai '87

Kurz nach den Ostermarsch begann die NATO einen Sicherheitszaun um das Baugelände zu errichten - dies wurde im KAL als Baubeginn gewertet!

Am 8. Mai kam es dann zu einer sehr spontanen Blockade: Verschiedene Baumaterialien wurden neu geordnet. (Eine Zeitung bezeichnete dies als "Krawall am Baugelände")

Zum Ostermarsch hatte die Polizei noch gemeldet: Keine Probleme - alles lief reibungslos. Nun, bereits weniger problemlos war's am frühen Freitag Morgen - eine unangenehme Überraschung für die Ordnungshüter. Ein buntes Völkchen hatte sich zum Frühstück und Besichtigen der Arbeitspausen versammelt. Kaffee, Brötchen, Kuchen, Väter mit Kleinkindern, etliche Transparente - beide Haupttore waren dicht. Daneben Leute, die Barrikaden bauten und die Fahrbahn besprühten. Nur ein Lastwagen hatte beinahe den auf der Straße sitzenden A (absichtlich) angefahren

Die Polizei war überfordert und konnte erst im Verlauf einer Stunde ausreichend Personal anfahren, so daß Sie in der Lage war das Baugelände abzusperren. Gegen 9.00 Uhr löste sich die Blockade auf.

Blockade am 22.5.87

Dafür wurde groß mobilisiert, 10000 Flugblätter, viele Plakate, aber leider nur ein geringes Echo. Knapp 60 Demonstranten beteiligten sich. Um so eifriger waren die Ordnungshüter bei der Sache - voller Stolz waren sie mit "dickem Geschütz" aufgefahren".

Über 200 Polizisten, Wasserwerfer nebst dem Verfassungsschutz (?) beschützten die Baustelle.

Persönliche Einschätzung: Der Erfolg der verkauften Anteilsscheine, allein im Bereich Aachen-Düsseldorf-Bonn ca. 500, die dazugehörige Presseresonanz, die spontane Blockade am 8.5 führte wohl zu einer zu optimistischen Haltung der Mobilisierbarkeit in der Region.

Es ist halt auch leichter 100 DM für den Friedensacker abzudrücken als regelmäßig morgens um 4.00 Uhr aufzustehen und zur Blockade zu fahren. Natürlich ist dieser Satz nicht allgemeingültig. Für viele die regelmäßig zur Blockade kommen sind 100 DM viel Geld.

Nicht jede(r) möchte/kann sich an einer Blockade aktiv beteiligen - spätere Prozesse dürften die Folge sein - dies sollte allerdings kein Grund sein sich selbst an passiver Unterstützung, als Zuschauer, an Aktionen solcher oder ähnlicher Art nicht zu beteiligen.

Der Kreis Düren hat uns aufgefordert das Schild zu beseitigen. Begründung: Bauvorhaben dieser Art seien im Landschaftsschutzgebiet nicht erlaubt. Haben dem Kreis einen Hinweis auf die entstandene Mondlandschaft jenseits des Zaunes gegeben.

Juli '87

Planung eines Friedenscampes vom 28.8 bis 30.8. Mit diesem Camp soll die Funktion der Kommandozentrale ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Wir wollen gegen die Kommando-Zentrale protestieren und gewaltfreien Widerstand leisten, eine von Machtstrukturen befreite und friedliche Form des Zusammenlebens ausprobieren. Als herausragende Aktivität wurde der Bau der "Schafs" hütte geplant. Der Friedensacker befindet sich im Bereich des militärischen Schutzbezuges. Prinzipiell ist in solch einem Bereich Campen und offenes Feuer nicht gestattet - wir waren selber gespannt, wie die Polizei auf unser Vorhaben reagiert

Der Kreis Düren hat seine Verfügung bzgl. der Entfernung des Schildes zurückgezogen, die Beeinträchtigung der Tafel sei nur geringfügig.

August '87

Sonntagsspaziergang

Der erste Sonntagsspaziergang an der Baustelle ist geschafft. Ca. 30 Spaziergänger nebst Vertretern der örtlichen Presse sammelten sich kurz nach 14.00 Uhr am Friedensacker. Viele Leute hatten Kuchen und Getränke mitge-



Blockade 8.5.87

bracht - die Polizei war natürlich auch der "Einladung" gefolgt.

Friedenscamp

Dem KAL und der GA Köln ist von der unteren Landschaftsbehörde Düren mitgeteilt worden, daß bauliche Veränderungen nebst Campen im Landschaftsschutzgebiet nicht gestattet seien. Haben der Behörde wiederum mitgeteilt, daß das Campen sich sehr wohl mit den Belangen des Naturschutzes vereinbaren läßt - unter dem Motto: Rekultivierung bzw. Renaturierung des Moolberges. Nachdem die NATO das Landschaftsschutzgebietes Moolberg platt gemacht hat, ist nicht einzusehen, daß vom Friedenscamp Beeinträchtigungen für das Landschaftsbild ausgehen.

28.8.87

Als Auftakt des Camps gab es eine kleine Blockade, ca. 20 Personen waren Morgens um 6.00 anwesend. Auch Stiftung "Kettentest" war beteiligt - unerklärlicherweise versperrten mehrere Fahrradschlösser die Eingangstore. Die Wachleute mußten erst einen großen Bolzenschneider besorgen - und hatten dann immer noch ihre liebe Mühe.

Ab 17.00 Uhr kamen zwar nicht die Massen, aber immerhin 35 Leute. Die ersten Zelte waren flugs aufgebaut. Obwohl sicherlich unter Tele-Beobachtung hielt die Polizei sich fast arg auffällig zurück. Gegen 20.00 kam ein Polizist zum Camp und fragte leutseilig, wer wir denn so seien u.s.w.... Nach einem unverbindlichen Small-Talk meinte er noch: Ist euch nicht ein wenig kalt? Ein kleines Lagerfeuer könnte doch nicht schaden.

Sa. 29.8.87

Nach dem Frühstück bildeten sich auf dem Plenum verschiedene Arbeitsgruppen: Ein großes Transparent malen - die Bevölkerungsflugblätter verteilen - den Acker einzäunen - das Baumaterial für die Hütte besorgen.

Gegen Mittag brachte ein kleiner Laster das erforderliche Baumaterial. Mit Feuereifer wurde die Vierkant-Balken in den Boden gesetzt. Bald stand das Gerüst der Hütte - wenn auch die rechteckförmigen Dachbalken flach aufgenagelt wurden (das hat etwas mit dem äquivalenten Widerstandsmoment zu tun). Am Abend war die Hütte größtenteils fertig.

Gegen 20.00 war ein Fackelumzug um die Baustelle angesagt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen schalteten die Wachleute die Halogen-Lampen

längs des Bauzaunes mehrmals an und aus. Wahrscheinlich um unser Treiben besser beobachten zu können.

Sonntag den 30.8.87

Beim Frühstück tauchte ein Pressevertreter von BILD auf - ein Artikel mit der Überschrift "NATO-BUNKER - 750 Besitzer besetzten Friedensacker" war später zu lesen.

Gegen 18.00 löste sich das Camp auf.

4.10.87

Die IPPNW (Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) kamen, NRW-weit mobilisiert, zu einem Spaziergang, ca. 100 Leute, viele in weißen Kitteln. Es sah recht eindrucksvoll aus. Die Demonstration wurde von einem Kamerateam der ARD aufgezeichnet: Leider nicht in der Tagesschau gezeigt, dafür hätten es mindestens 500 Ärzte sein müssen.

Vom Kreis Düren trudelten die ersten Briefe ein, daß nach ... (BauONW) vom 26.6.84 (G.V.NW.S.419)... u.s.w. die Hütte nicht genehmigt sei.

Blockade am 16.10.87

a) Konzept

Je nach Anzahl der Teilnehmer sollten alle Tore blockiert werden - je nachdem wo Leute gebraucht werden. Grundsätzlich sitzenbleiben, auch nach einer Aufforderung, aber besser viele kurzfristige Blockaden als daß alle Teilnehmer nach einer Blockade festgenommen werden. Als weiteres: Den Zaun bunt machen - Wurst über den Zaun werfen (für die Hunde); gegen 11.00 Uhr der Firma Florack einen Besuch abstatten. Florack ist maßgeblich an den Tiefbauarbeiten, neben HOCHTIEF, beteiligt.

b) Durchführung

Rund 60 Demonstranten blockierten ab 6.00 Uhr die Eingangstore - eine lange Schlange von PKW's und Lastern staute sich vor den Haupttoren. Ca. 30 Polizisten waren im Baugelände verteilt und blockierten teilweise von innen ebenfalls die Einfahrt.

Um 7.00 Uhr Überraschung, Erstaunen, Jubeln - dem K14 (Politisches Kommissariat) aus Aachen ging die Kinnlade runter: Auf dem hohen Kran wurden zwei Transparente entrollt. Drei Personen haben unbemerkt den Bauzaun überwunden und den Baukran erstiegen bzw. "besetzt".

Kommentar eines Polizisten: "Da klettere ich nicht hoch - die hol ich nicht runter".

c) Weiterer Aktionspunkt war eine Besichtigung des Tiefbauunternehmens Florack in Heinsberg. Florack ist außer in Glimbach auch bei Bauvorhaben der AWACS beteiligt. Da dieser Besuch zumindest in den Protokollen angekündigt war, konnte vorab nicht abgeschätzt werden, wie die Demonstranten erwartet werden.

Bei der Firma ging dann alles sehr pragmatisch zu - je die Hälfte, ca. 20 Personen, verteilten sich auf dem Firmengelände in den Werkhallen und dem Verwaltungsgebäude. Die Reaktion war: was wollen die denn hier bis zur Möglichkeit zur Diskussion. Nachdem es sich herausstellte, daß Florack auch für den Frieden ist, löste sich der Besuch, unter Hinterlassung gemalter Sprüche auf. Die Fa. Florack scheint sehr gastfreundlich zu sein, wer Sie ebenfalls besuchen will, hier die Adresse: Siemensstr. 13 im Industriegebiet in 5138 Heinsberg.

November '87

2te Gesellschafterversammlung am 7.11.87

Dezember '87

Auf der Friedensversammlung Rheinland wurde entschieden, daß der zentrale Ostermarsch Rheinland wieder wie in jedem Jahr auf dem Kölner Neumarkt stattfinden sollte. Die meisten Kölner Gruppen votierten für den Neumarkt, das Bonner Friedensplenum für Glimbach. Einer der Gründe der Kölner war: In Glimbach regnet's immer und außerdem gäb's dort keine Parkplätze.

Dem zufolge kann von Glimbach auch kein Krieg gesteuert werden, weil's halt an Parkplätzen fehlt.

Zu Silvester '87 gab's einen (fetzigen) Jahresübergang an der Baustelle.

Frühjahr '88

Der übliche Ostermarsch

Anzumerken ist, daß sich weniger Personen als letztes Jahr aktiv und pragmatisch an den Vorbereitungen beteiligten. Da an eine Menschenkette um den Bauzaun gedacht war, überlegte sich die Polizei folgende Auflagen. Niemand darf näher als bis zu 5 Meter an den Zaun heran. An neuralgischen Punkten, wo es gar zu eng ist, sollten Vorbereitungen vor Ort mit den Einsatzleitern der Polizei getroffen werden.

Der Glimbacher Ortsvorsteher H. Altmann: "An Demonstrationen beteiligt sich kein Glimbacher. Diese Aktionen haben in der Ortsbevölkerung

38 keinen Anklang gefunden.". Und: "Wenn es zu einem solchen großen Knall kommen sollte, sind wir alle weg, ob die NATO-Zentrale nun in Maastricht oder hier ist."

Der Kreis Düren hat alle 405 im Grundbuch eingetragenen AnteilseignerInnen angeschrieben und sie aufgefordert das Schild und die Hütte zu beseitigen. Im Grunde können wir uns für das Engagement des Herrn Oberkreisdirektor Dr. Beyer bedanken, denn die Presse griff dieses Thema dankbar auf, der Mobilisierungseffekt für den Ostermarsch war gesichert.

Ostermarsch '88

Nach einer Auftaktkundgebung in Jülich zogen über 600 Demonstranten nach Glimbach. Der Bauzaun wurde mit Wollfäden zugepflochten, erstellt wurden PEACE-Zeichen und "NATOD". Drei fröhliche Schafe weideten auf dem Friedensacker. Trotz INF-Abkommen waren doch noch erfreulich viele Leute gekommen.

Mai '88

Fünf japanische Mönche machten auf dem Weg von Warschau nach New York auch Station in Jülich. Sie übernahmen ebenfalls die Anteilseignerschaft am Friedensacker und entschlossen sich, spontan auf ihrem Weg nach Geilenkirchen das zukünftige Hauptquartier zwei Stunden zu blockieren, frei nach dem Motto: "Die Zeit ist reif"

Auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung (FB) am 7./8. Mai in Tübingen wurde beschlossen: Eine der Herbstveranstaltungen der FB findet in Linnich-Glimbach am 15.10.88 statt.

19.5.88

Blockade von über 40 Personen in Glimbach, alle drei Haupttore wurden versperrt, als die eintreffenden Bauarbeiter die Arbeit gegen 7.00 Uhr aufnehmen wollten. Nach längerer Zeit endlich mal wieder eine Blockade, die Stimmung war gut.

Juni bis August

Vorbereitung der Demonstrations-Blockade und Aktionstage mit dem KA/Bonn

Juli '88

Der Kreis Düren droht der Gesellschaft Friedensacker bzw allen bisher im Grundbuch eingetragenen AnteilseignerInnen ein Zwangsgeld in Höhe von 404,700 DM (In Worten vierhun-

dertvier-Tausend und sieben-Hundert) an, falls die Schafshütte nicht abgerissen wird. Die Gesellschaft hat allen geraten, Widerspruch beim Regierungspräsidenten einzulegen.

Rainer Drzymalla



IPPNW 4.10.87



Teilansicht der Baustelle

Ziviler Ungehorsam in Linnich

Ria Makein

Seit 1984 existiert die "Kampagne Ziviler Ungehorsam" in Mutlangen. Ausgehend von der sogenannten Prominentenblockade im September 1983 koordinierte die "Kampagne Ziviler Ungehorsam" gewaltfreie Sitzproteste vor dem Pershing II-Depot in Mutlangen. In einer Solidaritätserklärung oder in Selbstverpflichtungen erklärten über 1000 Menschen ihre Zustimmung oder ihre Beteiligungsbereitschaft.

Ziviler Ungehorsam schließt die mögliche Verletzung geltender Gesetze mit ein, um einen Unrechtszustand zu vermindern oder zu beseitigen. Die Pershing II-Stationierung, von den Sympathisanten der gewaltfreien Blockaden als Unrecht erkannt, ist mittlerweile zurückgenommen worden. Der zivile Ungehorsam wird dadurch leider nicht überflüssig. Die Vorbereitung des atomaren oder chemischen Krieges wurde nicht beendet. Linnich-Glimbach ist nur ein Beispiel für die ungebrochene Leidenschaft der Militärs, ihr Handwerk zu perfektionieren.



4.10.86 "Köln wird ungehorsam" in Mutlangen -
bald auch in Linnich-Glimbach?



Die Regionalgruppe der "Kampagne Ziviler Ungehorsam" Großraum Köln möchte den Schwerpunkt ihrer Aktionen von Mutlangen nach Linnich verlegen. Nötig sind hierzu noch weitere Mitmenschen, die bereit sind, das überschaubare Risiko einer Anklage wegen Nötigung einzugehen. Zur Abklärung der persönlichen Motivationen oder der Ängste und Vorbehalte werden Wochenendtrainings durchgeführt, wenn sich genügend Interessenten finden.

Wichtig ist die Erkenntnis, daß die herrschende Politik der Stärke nicht ohne persönlichen Einsatz eines jeden einzelnen zu bremsen ist.

Regelmäßige Treffen der Regionalgruppe der "Kampagne Ziviler Ungehorsam" in Köln am 1. und 3. Donnerstag im Monat im Evangelischen Gemeindehaus, Birkenallee 20, Köln-Junkersdorf.

Der Bunker mit Tradition

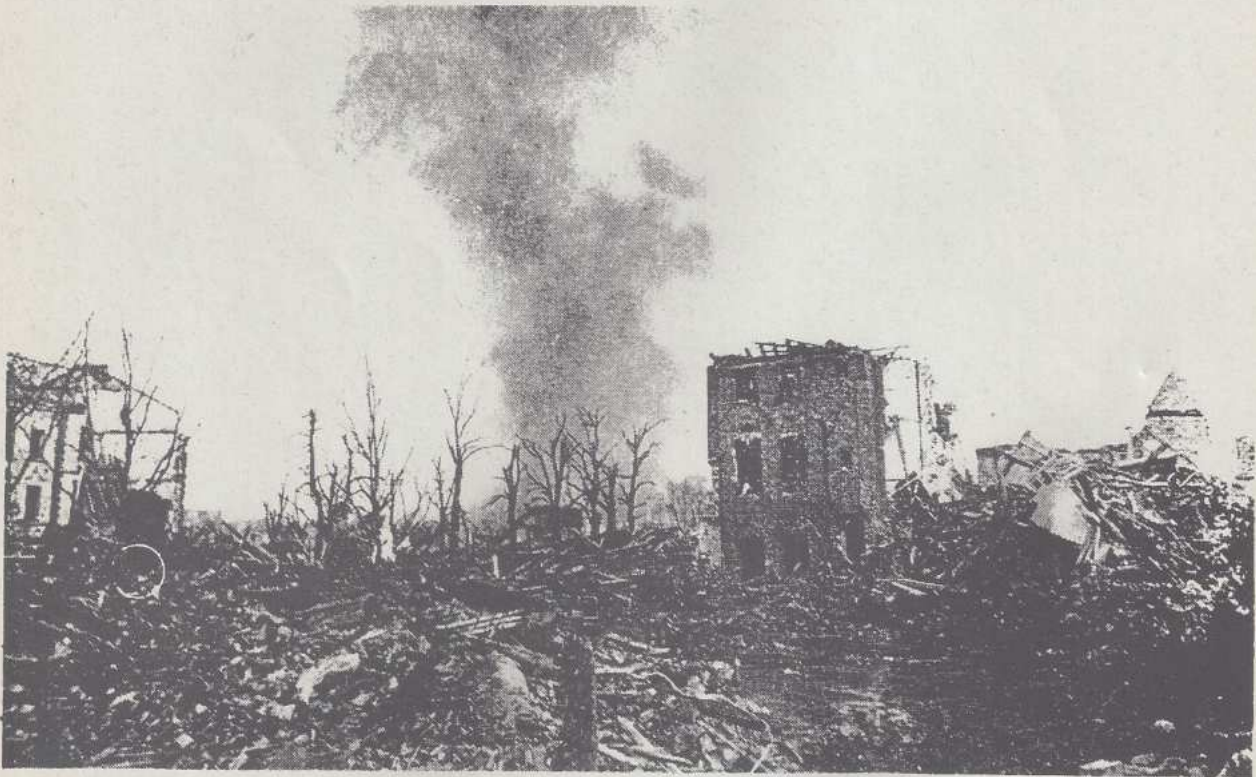
Der zukünftige NATO-Befehlsbunker wird bei Linnich-Glimbach unter die grüne Wiese gebaut, mitten in ein ländliches-sittliches Gebiet am linken Mittelrhein. Doch ist dies militärhistorisch betrachtet keine Sensation: Jülich, frühere Kreisstadt dieses Gebietes hat eine lange Tradition als "Festungsstadt".

Bereits die Römer bauten am Rurübergang der Straße Köln-Lüttich ein befestigtes Castell mit einer Ringmauer, die heute noch in Jülicher Kellern zu sehen ist. Im Mittelalter wurde von streitbaren Grafen zu Jülich wiederum eine Stadtmauer errichtet, von der ein Tor (Hexenturm) stehen geblieben ist. Das größte Festungswerk der gesamten Region wurde im 16. Jahrhundert von Herzog

Militär auch Mitte des 19. Jahrhunderts. Aufgrund des Festungscharakters wurde zum Beispiel die Eisenbahnlinie Köln-Aachen (Warschau-Paris!) nicht über Jülich, sondern über Düren geführt.

Die Industrialisierung Jülichs wurde maßgeblich behindert.

Durch die modernen Kanonen der Firma Krupp wurde zu dieser Zeit in Europa das "Festungssterben" eingeleitet, aber erst 1860 wurde auch die Jülicher Stadtbefestigung geschleift und die preußische Garnison aufgelöst. Übrigens gegen den ausdrücklichen Willen der Jülicher Stadtverordneten, die in ergebensten Bittgesuchen an den preußischen König auf die wirtschaftliche



Ein rauchendes Trümmerfeld: Das eroberte Jülich. Die Stadt fiel endgültig am 23. Februar 1945 in die Hände der Amerikaner. Die Rauchwolken im Hintergrund können von Flammenwerfern herrühren, die gegen die Zitadelle eingesetzt wurden.

Wilhelm VII von Jülich-Kleve-Berg begonnen: die Jülicher Zitadelle, die heute ein Areal von 9 Hektar in der Stadtmitte umfaßt und von Festungsforschern und Denkmalschützer als einzigartig bezeichnet wird. Durch diese mächtige Bauwerke wurde das Jülicher Land zum Kampfplatz von Spaniern, Schweden und natürlich Deutschen unterschiedlicher Couleur, die Stadt und Land belagerten, besetzten und verwüsteten. Napoleon ließ die Jülicher Stadtfestung um eine Brückenkopfanlage erweitern, die den Charakter eines Bollwerkes verstärkte.

Jülich hatte also Jahrhunderte hindurch unter dem Status der Festungs- und Garnisonsstadt direkt zu leiden. Nachteilig für die weitere Entwicklung Jülichs wurde das

Bedeutung des Militärs hinwiesen.

1873 wurde Jülich dann zwar an das Eisenbahnnetz angebunden, konnte den Anschluß an die industrielle Entwicklung jedoch nur mühsam wieder finden.

Im 20. Jahrhundert wirkte die Zitadelle noch einmal verhängnisvoll: als die Alliierte Westfront im Herbst 1944 hinter Aachen zum Stillstand kam, begann ein halbjähriger Stellungskrieg an der Rur. Da Jülich in den Karten der Alliierten als Festungsstadt ausgewiesen war, kulminierte hier zwangsläufig das Maß der Zerstörung in der Region, obwohl die als Unteroffiziersschule genutzte Zitadelle militärisch keine Bedeutung mehr besaß. Nach mehreren Luftangriffen wurde Jülich an einem Tag, dem

16. November 1944, dem Erdboden gleichgemacht. 467 Bomber warfen an diesem Tag 3994 Sprengbomben und 123 518 Brandbomben ab. (5) - Das Ergebnis: von 1896 Wohnhäusern wurden 1304 völlig zerstört und 592 schwer beschädigt. (6). Mit 97,3% Zerstörung der Oberflächenbesiedlung war Jülich die schwerstgetroffene Stadt Deutschlands.

Das war das Ende der Militärstadt Jülich. Die jahrzehntelang verfallenen Festungen werden seit Ende der 60er Jahre mit Millionenaufwand aus Gründen des Denkmalschutzes restauriert. Mit dem neuen NATO-Bunker in nur 10 Kilometer Entfernung erhalten sie einen würdigen Nachfolger, der bereits in einer großen Monographie über deutsche Festungsbauten (neben "Führerbunker" und deutsch-deutscher Grenze) (7) enthalten ist. Zwar wird die Bevölkerung des Jülicher Landes nicht mehr zu Frondiensten bei der Erbauung herangezogen wie im 16. Jahrhundert, doch birgt diese Militäreinrichtung dieselben Gefahren in sich:

Im sogenannten Ernstfall wird sie ein Kriegsziel ersten Ranges darstellen, wobei wiederum weniger die Militärs, sondern die Einwohner den Kopf hinhalten werden.

Aber vielleicht wurde das Jülicher Land als Standort ausgesucht, weil die Einwohner bereits 1839 als "sanguinisch mit phlegmatischer Beimischung" charakterisiert wurden ... (8). Geändert hat sich seither Vieles, doch Eines nicht: Festungen werden gebaut - man geht jetzt nur mehr in die Tiefe.

Literatur-Quellen:

- (1) Neumann, Hartwig: Zitadelle Jülich - Großer Kunst und Bauführer, Jülich, 1986
- (2) de Jong, Leo: Jülicher Daten - Beiträge zur Stadtgeschichte, Jülich 1980
- (3) Neumann, Hartwig: Ende einer Festung, Jülich 1987
- (4) ders.: S. 101
- (5) Scheuer, Helmut: Wie war das damals?, Jülich 1985, S. 59
- (6) de Jong, Leo: a.a.o., S. 263
- (7) Neumann, Hartwig: Festungsbau Kunst und Festungsbautechnik, Koblenz 1987
- (8) Brockmüller, Carl: Entwurf einer historisch-, statistisch medizinischen Topographie der Stadt und des Kreises Jülich, Jülich 1839, Nachdruck 1987, S. 83

die redaktion

"ICH HABE NICHTS GEWUSST"

1.

Ich will nicht wissen
daß ich nichts wissen will
aber ich weiß und will wissen
daß ich nichts wußte

Ich habe nichts gewußt
außer vielleicht schon damals
daß ich wissen wollte
daß ich nichts gewußt haben werde

2.

Etwas nicht wissen
das tut nicht weh
außer denen
denen wehgetan werden kann
weil niemand es weiß

3.

Das Nichtmehr-Wissenwollen
und das Nicht-Mehrwissenwollen
trafen einander
beide in Uniform
und wandten sich ab
um einander nicht zu erkennen
und wandten einander den Rücken
beide zugleich
und mit ein und derselben
Bewegung im Spiegel

4.

Was keiner
geglaubt haben wird
was keiner
gewußt haben konnte
was keiner
geahnt haben durfte
das wird dann wieder
das gewesen sein
was keiner
gewollt haben wollte

(Erich Fried)



Ein Kommando ist ein Formalbefehl, der dem Untergebenen keinen Ermessensspielraum läßt! Der Befehl ist eine Anweisung zu einem bestimmten Verhalten, die ein Vorgesetzter mit dem Anspruch auf Gehorsam erteilt! Wehrstrafrecht der Bundesrepublik Deutschland. Die tapfere, treue Pflichterfüllung. Das Standgericht am Horizont.

Und so wird es dann heißen, aus der Kommandozentrale: ... Zusammenfassung aller Verbände zur Erreichung des gesteckten Angriffszieles unter totaler Ausnutzung von Zeit und Raum in der Tiefe! oder so: ... Heranführung aller verfügbaren Kräfte zur Abriegelung des Feindeinbruchs, Verhinderung des Durchbruchs und Übergang zum Gegenangriff unter gleichzeitiger Abriegelung des feindlichen Hinterlandes!

Kommandozentrale oder Befehlszentrale, ganz beliebig. Irre Vorstellungen für den ferngesteuerten Massenmord. Sie heißen Kommandozentrale oder Befehlsbunker, oder Wolfsschanze oder Castle Gate. Sie sind gehärtet für den Krieg, schon im Frieden. Sie befehlen Heeresgruppen und Luftflotten. Sie verbrechen das Feld der Ehre und sie schaffen den ermordeten Kontinent. Für die Freiheit des Volkes. Und eine Clique des christlichen Abendlandes manipuliert das Feindbild im Osten, seit 70 Jahren.

"...Darüberhinaus lehrt die Erfahrung, daß die Sowjetunion auch bereit ist, außerhalb ihrer Grenzen Gewalt anzuwenden. (...) Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahrzehnt einen großen Teil ihrer Mittel für eine massive Aufrüstung verwandt, wobei sie ihre Verteidigungsbedürfnisse weit überschritt und militärische Stärke in weltweitem Rahmen zur Geltung brachte. (...) Wir fordern die Sowjetunion auf, die international anerkannten Verhaltensformen zu beachten...." (Bonner Erklärung zur Allianz vom 10.6.1982. Die Staats- und Regierungschefs der NATO)

Und das Echo. Originalton Bonn: "...Die Sowjetunion hat durch Aufrüstung im nuklearen wie im konventionellen Bereich das militärische Kräfteverhältnis fortlaufend zu ihren Gunsten verändert. Sie hat bewiesen, daß sie bereit ist, die ihr dadurch erwachsenen Fähigkeiten zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Ziele zu nutzen.... Die Bundesregierung appelliert an die Sowjetunion, einen aktiven Beitrag zur Bewahrung des Friedens dadurch zu leisten, daß sie auf militärische Überlegenheit sowie auf Androhung und Anwendung von Gewalt verzichtet, ... und sich weltweit von Mäßigung, Zurückhaltung und Verantwortungsbewußtsein leiten läßt." (Erklärung der Bundesregierung zur Sicherheit vom 24.11.1982)

Und sie bauen weiter an den Feindbildern und an den Kommandozentralen. Gegen das Reich des Bösen, für die Freiheit, für die Menschenrechte, für die F-D-G-O oder so ähnlich.

Und das stand in der New York Times vom 30.5. 1982: "...Es sind Pläne zu entwickeln, um die Sowjetunion auf jedem Niveau eines Konfliktes - von Aufständen bis zum Nuklearkrieg- zu besiegen. Nukleare Kriegsführung muß auf

die sogenannte Enthauptung zielen, d.h. die Ausschaltung der politischen und militärischen Führung und ihrer Kommunikationslinien. Ein längerer Nuklearkrieg muß führbar sein. Eine konventionelle Strategie würde die Prioritäten des US-Heimatlandes, dann Westeuropas und der Ölvorkommen am persischen Golf einschließen. Spezialoperationen müssen durchführbar sein. Der Weltraum muß für amerikanische Bedürfnisse militärisch genutzt werden, für die Zerstörung sowjetischer Raketen, Satelliten und Satellitenkiller. Ein technologischer und ökologischer Krieg gegen die UdSSR muß führbar sein, Kommunikationsmittel und see-strategisch-nukleare Mittel sollen forciert werden, Raketenabwehrsysteme (ABM) im Weltraum sollen entwickelt werden."



Das war Kaspar Weinberger. Kommandozentrale Pentagon! Sieg Heil! Und: "Die NATO ist die beste Allianz, die es in der Menschheitsgeschichte jemals gegeben hat," sagte der alte Mann aus dem Weißen Haus am 3.3.1988 nach der NATO-Konferenz. Und: "Es ist ein wunderbares Gefühl im Kreise dieser Wertegemeinschaft," sagte sein Außenminister am gleichen Tag.

Da ist sie wieder, die Welt des Guten, der Edelmenschen, der Menschenrechte! Übermenschen? Leuchtend bis Nicaragua und Angola.

Die Lausprecher dröhnen: Trommelwirbel, Fanfaren. "...Zur Abwehr der drohenden Gefahr aus dem Osten ist die deutsche Wehrmacht am 22. Juni, 3 Uhr früh, mitten in den gewaltigen Aufmarsch der feindlichen Kräfte hineingestoßen. Die Geschwader der Luftwaffe stürzten sich noch in der Dämmerung des Morgens auf den sowjet-russischen Feind...." Nein, das war 1941. Ein sonniger Sonntag.

(Oberkommando der Wehrmacht-Bericht) Die Kommandozentrale befahl das Unternehmen "Barbarossa". Das war damals. Und 45 Jahre später?

Sie braucht Menschen, die Kommandozentrale, und Waffen, vor allem Waffen: wirksam, flächendeckend, vernichtend, nuklear und konventionell, offensive und defensive. Massenvernichtungsmittel!

Zum stoppen der roten Horden!? ...

Und alle sind sie wieder da! Hundert Jahre Kampferfahrung. Fünfzig Jahre Panzerbau: Flick - Krupp - Rheinmetall - Blohm und Voss - Siemens - AEG - Dornier - Messerschmidt - Mercedes Benz - IG Farben - Deutsche Bank! Einige für viele. Deutsche Panzer Richtung Wolga. Sie hießen "Tiger" und "Königstiger". Und heute? Sie heißen "Jaguar", "Gepard" und "Leopard". Sie nennen es Bereitstellung. Die Kommandozentrale hat wieder Führungsbedarf. "...wenn alles in Scherben fällt..."

Das System ist deutlich: Die Kommandozentrale führt den Krieg. Die Politik schafft mit ihrem Primat die Voraussetzungen - im Frieden. Die Konzerne setzen die Fakten für die Politik - immer!

Dennoch, der Kommandozentrale bleibt der letzte Befehl: 155 mm-Kanonen, 203 mm-Kanonen, MARS-Raketenwerfer. Nukleare und konventionelle Massenvernichtungsmittel. Reichweiten von 11 bis 40 Kilometer,

vielleicht später einige mehr. Nebenan! Und wenn die Freiheit dann verteidigt ist, fehlen die "freien" Menschen. Das Land ist bewohnbar wie der Mond.

Und die in der Kommandozentrale werden sehr einsam sein....

In einem alten Buch stand: "Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit."

Ich frage mich manchmal, warum die roten Panzer bei dieser "Überlegenheit" nicht durch die norddeutsche Tiefebene nach Westen stürmen.

Josef Kohl



BEFEHL ausgeführt !

In einem Bericht der Wochenzeitschrift *Die Zeit* (1) vom 25.5.1988 mit dem Titel *Nicht nur Mörder* wurde gefragt: *Befindet sich die Bundesrepublik auf dem Weg in den Polizeistaat?* Die aufgeworfene Frage wurde eindeutig mit ja beantwortet. Veranlassung für den Bericht der *Zeit*, dieses düstere Bild über die Zukunft der Bundesrepublik zu zeichnen, waren die von der Bundesregierung verabschiedeten Gesetze zur **Kronzeugenregelung, Haftgrund der Wiederholungsgefahr und Vermummungsverbot**. Demonstranten, wie bisher nur Mörder oder Terroristen dürfen demnach z.B. vorbeugend in Untersuchungshaft genommen werden. Die Grenze zwischen Terrorismus und mehr oder weniger friedlichen Bürgern gegen Rüstung und Kernenergie wird fließend. *Es geht bei der neuen Gesetzgebung weniger um Opfer und Täter, sondern vielmehr um die in ihrem Machtanspruch verletzte Obrigkeit* (Zitat *Die Zeit* vom 25.5.1988).

Nicht nur die genannten verschärften Gesetzgebungsmaßnahmen, sondern auch die in den letzten Jahren nahezu an der Öffentlichkeit vorbei vorgenommenen Änderungen z.B. des Strafgesetzbuches (StGB), der Strafprozeßordnung (StPO) und des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) sowie die Einführung von polizeilichen und geheimdienstlichen Informationssystemen lassen in der Tat eine Entwicklung der Bundesrepublik hin zu einem Polizei- und Überwachungsstaat erkennen. Im folgenden soll kurz auf die wichtigsten Gesetzesänderungen und deren Folgen eingegangen werden.

- **§129a StGB. Bildung terroristischer Vereinigungen.**

Dieser während der Anti-Terrorismus-Kampagne aus dem alten §129 (Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung) entstandene §129a sah höhere Strafen für die Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung vor. Terroristisch ist eine Vereinigung, deren Zwecke darauf gerichtet sind, die im §129a aufgezählten Straftaten zu begehen. Im wesentlichen handelt es sich um die Straftaten Mord, Geiselnahme, Brandstiftung, Sprengstoffanschläge. In der seit dem 1.1.1987 gültigen Fassung des §129a wird dieser Straftatenkatalog durch folgende drei Punkte erweitert:

- **§305a StGB Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel.**

(Ganz oder teilweise Zerstörung eines fremden Arbeitsmittels von besonderem Wert oder eines Kraftfahrzeugs der Polizei oder der Bundeswehr)

- **§315 StGB. Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr**

- **§316b StGB. Störung öffentlicher Betriebe.**

Verhinderung oder Störung des Betriebs

- der Eisenbahn, Post, etc.

- öffentliche Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme und Kraft

- einer der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit dienenden Anlage

- **§130a StGB. Anleitung zu Straftaten.**

Dieser bereits von der sozialliberalen Koalition eingeführte und später wieder abgeschaffte §130a wird in verschärfter Form wieder eingeführt. Im §130a alter Fassung war eine Bestrafung dann vorgesehen, wenn eine Schrift *die Anleitung zu im §126 StGB genannten Straftaten* (Mord, mörderische Erpressung, Störung öffentlicher Betriebe) *enthält*. In der neuen Fassung wird bereits eine Bestrafung vorgesehen, wenn eine Schrift *geeignet ist, als Anleitung zu genannten Straftaten zu dienen*.



Die Folgen aus der Änderung des §129a StGB sind schwerwiegend. Eine Bürgerinitiative der Friedensbewegung z.B., die erkennt, daß Demonstrationen nicht mehr ausreichen, um dem Rüstungswahn zu begegnen, beschließt, mit gewaltfreien Mitteln Zufahrten zu Kasernen zu behindern oder Munitionstransporte zu blockieren. Diese nach altem Recht unter Umständen bereits strafbaren Handlungen (Nötigung) können durch die Aufnahme der Straftaten des §316b (Störung öffentlicher Betriebe) in den Terroristenparagrafen 129a dazu führen, daß die Bürgerinitiative kurzerhand zur terroristischen Vereinigung erklärt wird. Dies hat eine Reihe von rechtlichen Einschränkungen zur Folge, die nur beispielhaft angegeben werden können:

- Die Zuständigkeiten für alle Ermittlungsverfahren gehen auf den Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt über.

- Bei Straftaten ist der Rechtsweg um eine Instanz kürzer.

- Personen können ohne Haftgrund in Untersuchungshaft genommen werden.

- Es reicht der Verdacht einer Straftat nach §129a (Terroristische Vereinigung).

- Sonderhaftbedingungen bis hin zu Isolationshaft.

- Kontaktsperre und Einschränkung der Verteidigung.

Die Neueinführung des §130a läßt erhebliche Eingriffe in die freie Meinungsäußerung erwarten. Nach dem Wortlaut des Gesetzes sind Äußerungen, Schriften, die geeignet sind als Anleitung zu Straftaten zu dienen, bereits strafbar. Die Definition, was als Anleitung dient, wird in der Regel von der Staatsanwaltschaft gegeben. Es läßt

- Zentrales Verkehrsinformationssystem des Kraftfahrt-Bundesamtes (ZEVIS)

Durch das geänderte Straßenverkehrsgesetz (StVG) erhält die Polizei über das zentrale System der Polizei (DISPOL) (siehe Abb.) die Möglichkeit des direkten Zugriffs zu den im Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) gespeicherten rund 20 Millionen Datensätze. Dies läßt die Erfassung von Autokennzeichen während der Fahrt zu, ohne daß der Kontrollierte dies bemerkt. Die bei ZEVIS erhaltenen Daten können durchforstet und mit anderen Dateien verglichen werden (z.B. Melderegister). Damit eröffnet sich die Möglichkeit der Massenkontrolle sowie deren elektronischer Bewältigung.

Bei den beiden genannten Gesetzesänderungen handelt es sich z.T. um die nachträgliche Legalisierung von seit Jahren praktizierten, datenschutzrechtlich äußerst bedenklichen, Maßnahmen hinsichtlich des Zugriffs zu personenbezogenen Daten. Der Gesetzgeber hat auf das Volkszählungsurteil nicht dahingehend reagiert, die illegalen Praktiken abzuschaffen sondern sie nachträglich zu legalisieren.

Ausgehend von diesen von der jetzigen Regierung vorgenommen Gesetzesänderungen ist es dann nur konsequent, Überwachungsmöglichkeiten von Mitarbeitern in Betrieben zu schaffen. Neuerdings sollen Mitarbeiter von kerntechnischen Anlagen, die bereits seit längerer Zeit **sicherheitsüberprüft** werden, nach dem Motto **Restrisiko Mensch** verschärft überwacht werden. Grundlage dazu schafft eine Richtlinie des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit für die Sicherheitsüberprüfung von Personen in kerntechnischen Anlagen. Zur Überprüfung werden mindestens die Informationssysteme NADIS der Polizei und INPOL des Verfassungsschutzes (siehe Abb.) befragt. Mindestens alle fünf Jahre soll die Abfrage wiederholt werden. Da die Abfrage datenschutzrechtlich äußerst bedenklich ist, wird vorab ein schriftliches Einverständnis der Mitarbeiter eingeholt. Die Mitarbeiter beantragen somit ihre eigene Aushorchung durch die atomrechtliche Behörde.

Die Bewertung der gewonnenen Daten und die Entscheidung erfolgt laut Wortlaut der Richtlinie zwar nach *einheitlichen Bewertungskriterien*. Nur nach welchen Kriterien über einen Mitarbeiter entschieden wird (was möglicherweise bei Negativbewertung den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet), darüber schweigt sich die Richtlinie aus. Andererseits behält sich die Behörde vor, im Einzelfall außerhalb der erwähnten Abfrage weitere Auskünfte einzuholen. Dies gleicht einem Freibrief für die Behörde, die die Möglichkeit erhält, solange Nachforschungen anzustellen, bis daß etwas Negatives über einen (unliebsamen) Mitarbeiter gefunden worden ist. Zweifel sind daher erlaubt, daß es bei der Richtlinie nur um Schutzmaßnahmen gegen *Sabotage und sonstige kriminellen Handlungen mit nuklearspezifischem Bezug* geht (zumal sich durch abgründiges Mißtrauen gegenüber den Mitarbeitern eher weniger als mehr Sicherheit ergibt). Diese Zweifel werden dadurch genährt, daß Verfassungsschutzüberprüfungen von Mitarbeitern in Betrieben mittlerweile keine Ausnahme sondern gängige Praxis sind. Mitarbeiter von mindestens 5% aller Unternehmen in der Bundesrepublik sind und werden auf ihre **Zuverlässigkeit** hin überprüft. Betroffen sind dabei nicht nur Betriebe mit kerntechnischem Bezug, sondern auch

Schlüsselbetriebe der Rüstungsindustrie, Transportfirmen und Treibstofflager

Bei der Ausschreibung von Rüstungsaufträgen, angefangen von Bekleidungs-ausrüstung über Bauaufträge bis hin zur Beschaffung von hochkomplexen Militärgeräten, wird von den anbietenden Firmen eine Sicherheitsüberprüfung der Mitarbeiter gefordert. Andererseits besteht für eine anbietende Firma keine Chance, einen Rüstungsauftrag zu erhalten. Diese Praxis führt dazu, daß Firmen, um im Rüstungsgeschäft dabei zu sein, prophylaktisch ihre Mitarbeiter sicherheitsüberprüfen lassen. Mitarbeiter der am Bunkerbau in Linnich beteiligten Firmen z.B. **Hoch-Tief, Essen** und **Florack, Heinsberg** sind natürlich sicherheitsüberprüft. Die Liste der sicherheitsüberprüften Firmen wird im Bundesanzeiger regelmäßig veröffentlicht.



Die durch die erwähnten Gesetzesänderungen zu befürchtenden Eingriffe in die demokratischen Grundrechte dürfen nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Eine Diskussion wird jedoch insofern erschwert, daß diese Gesetzesänderungen, wie schon erwähnt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgen. Die Medien ziehen es vor, öffentlichkeitswirksame Sensationsereignisse auszuschlachten (Steuerbefreiung für Flugbenzin z.B.). Hier gilt es gegenzusteuern und immer wieder auf die aufziehenden Gefahren hinzuweisen. Der spontane Protest der Mitarbeiter der Kernforschungsanlage Jülich gegen die Anwendung der Richtlinie zur Sicherheitsüberprüfung (innerhalb weniger Tage sprach sich über die Hälfte der Belegschaft durch Unterschrift gegen die Richtlinie aus) sollte uns ermutigen, weiterhin wachsam zu sein und Tendenzen zum Abbau demokratischer Rechte zu bekämpfen.

Literatur:

- (1) Wochenzeitschrift **Die Zeit** vom 25.5.1988
- (2) **Drucksache 10/6286** des Deutschen Bundestages vom 31.10.1986 zum Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus
- (3) **Restrisiko Mensch** 2.Auflage
Georg Menzen

Wer ist die MÖP e. V.

Die MÖP e.V. ist ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern aus den verschiedensten Fachdisziplinen, sowie von Bürgerinitiativen aus dem Ökologie- und Friedensbereich. Sie integriert Planungs- und Naturwissenschaft in die Friedensforschung. Hauptaufgabengebiet ist die kommunale Friedensforschung.

Die Arbeitsgebiete der MÖP sind u. a.:

- Manöver und Militärverkehr;
- militärischer Ressourcenverbrauch;
- Tiefflug/Fluglärm;
- militärische Unfälle;
- Waffentests, militärische Tierversuche;
- militärische Landnutzung;
- Erfassung der militärischen Neubauten;
- Beobachtung von Landesparlamenten und Bundestag;
- Militärplanungsrecht und Urteile;
- Militär und Umweltschutz;
- Erstellung von militär-ökologischen Studien.

Die MÖP erhebt bundesweit Daten und veröffentlicht diese in eigenen Publikationen oder denen der Friedens- und Ökologiebewegung. U. a. erscheint zweimonatlich der möp-rundbrief - Mitteilungen zur kommunalen Friedensforschung. Auf Anfrage erstellt die MÖP Gutachten und vermittelt Referenten.

Die MÖP kann nur existieren, wenn sie durch ihre Anwender gefördert wird. Deshalb bitten wir um Sach- und Geldspenden. Die MÖP ist als gemeinnützig anerkannt. Sie ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF).

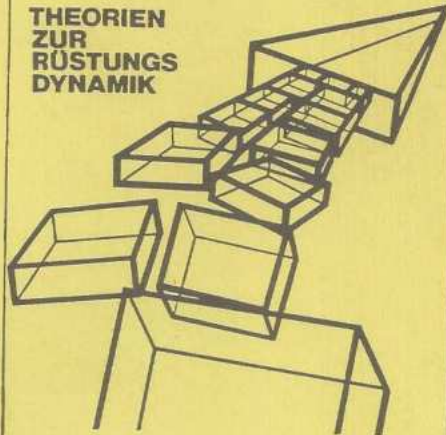
Die Mitarbeit von Wissenschaftlern und Betroffenen an Projekten und/oder als Autor im möp-rundbrief ist sehr erwünscht. Weiteres Informationsmaterial und ein Probeexemplar des möp-rundbriefs liegen für Sie bereit.

Arbeits- und Forschungsstelle
»Militär, Ökologie und Planung«
(MÖP) e. V.

Postfach 100 217, 4600 Dortmund 1

antimilitarismus information

THEORIEN ZUR RÜSTUNGS DYNAMIK



Diskussion mit:

ULRICH ALBRECHT
EKKEHART KRIPPENDORFF
DIETRICH SCHULZE-MARMELING
ARNO GOTTSCHALK
ERWIN MÜLLER

über:

kritische Erklärungsansätze zu den Ursachen des Wettrüstens, den Nutzen des Militarismus-Begriffs, das Theorem des Militär-Industrie-Komplexes, Staat und Krieg, Militärstrategien u.a.

Das a m i -Themenheft enthält ferner:

Einleitungsartikel zum theoriegeschichtlichen Hintergrund kritischer Erklärungsversuche von Wettrüsten und Rüstungsdynamik und einen Literaturteil.

58 Seiten, DM 4,50 (plus Porto/ab 10 Expl. 30% Rabatt).

Übrigens: Die a m i ist ein seit über 15 Jahren erscheinender friedenspolitischer Informationsdienst und kostet im Jahr (inkl. 3 Themenhefte) DM 32,25.

Kostenlose Probehefte und Themenheftbestellungen bei:

a m i (Redaktion und Vertrieb),
Elßholzstr. 11, 1000 Berlin 30, Tel.:
030/2151035

Rundbrief des Koordinierungsausschusses:

6 x im Jahr 40-50 S. Informationen, Termine, Diskussionen und Hintergründe aus der Friedensbewegung



Jahresabo DM 20,- (Förderabo DM 50,-) durch Überweisung an: Förderverein Frieden e.V., Kto-Nr. 33 035 bei Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00). Bitte Stichwort 'Abo Rundbrief' und genaue Anschrift nicht vergessen!

are[®] - stattzeitung 47

subversiv tiefenwirksam zur subtilen Beseitigung von Zivilisationskrankheiten

Eigenschaften

are[®] unterstützt speziell Überempfindlichkeiten gegen Zucht und Ordnung, erweitert das Blickfeld, erleichtert das Abhusten festsitzender Tabus und damit die freie Atmung.

Nebenwirkungen

Gelegentlich auftretende Kopfrötungen, Reizungen und Schweißausbrüche sind auf die autoritätshemmende Wirkung zurückzuführen.

Bei längerer Anwendung von are[®] kann eine Wirkungsverstärkung folgender Begleitmedikation eintreten: Selbstdenken, Schuleschwänzen, Krankfeiern.

Dosierungsvorschläge

Wenn von der Redaktion nicht anders verordnet, alle zwei Monate mindestens ein Exemplar auf die betroffenen Stellen einwirken lassen.

Besondere Hinweise

are[®] wirkt der lokalen Betäubung entgegen, berücksichtigt jedoch den gesamten Organismus.

Apotheken:

Querkorn, Einstein, Backhaus, Buchladen 39
Movie, Diana, Glashauss, Gitarre & Flöte,
Zypresse, Frankenberger Buchladen,
t Sterappelzje, 3.-Welt-Laden, oder im
Projektraum Annuntiatenbach 22 / 51 Aachen

1 Heft: 2 Mark

ABO 1 Heft: 2 Mark & 1,40 Porto

10 Hefte: (als Päck) 18 Mark & 2,60 Porto

VON IGELN UND HASEN



"Ich bin schon da", sagt der Igel, und der naive Hase hetzt sich zu Tode - weil er bis zuletzt an die Spielregeln glaubt. Beschreibt diese Fabel nicht treffend das Verhältnis von Militarismus und Pazifismus?

Die

AG Nordeifeler Antimilitaristen

hat, nach 'Natopark Nordeifel' und dem Regierungsbunker im Ahrtal, eine

Broschüre zu dem Thema

MILITÄR UND INNERE SICHERHEIT

erstellt. Aus dem Inhalt:

- Verdeckter Kampf
- Psychologische Kriegsführung
- Die innerstaatliche Kriegserklärung
- Wie der Russe die Massen hypnotisiert
- Der Regierungsbunker
- Die Notstandsgesetzgebung

48 Seiten, 40 Bilder 5/4,
Preis 4,- DM

Besug: Rainer Dreywall
Justizianstr. 17
5000 Köln 2-21
Postgkto KÖln
3568 17-508

ZIVILER UNGEHORSAM WIDERSTAND

... gegen NATO-, Atom- und Überwachungsstaat!

zweimonatlich erscheinender Rundbrief, herausgegeben von der 'Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam', Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1 (Tel. 0421/498 59 66).

Fordert Probeexemplare an! (gegen Voreinsendung von 3,- DM in Briefmarken oder bar!)

Befehls-Bunker der NATO nach Linnich

Stahlbeton-Koloß wird 150 Millionen DM kosten

Von „Nachrichten“-Redakteur Fritz Krehor
Linnich (Eig. Ber.) - Für voraussichtlich 150 Millionen Mark entsteht ab

„Projekt 138“ wird konkret

Offiziere der Luftwaffe stellen in Linnich neue Nato-Kommando-Zentrale vor

„Linnich - Kinnich-Glimbach kommt nun zur dicken Dammbarben befindet. Ka. 10.000 m² hat die Baustellungsfläche 1980, 1981

Totenkreuze am Bunkerbauplatz

LINNICH (Eig. Ber.) - Eine 70 Meter hohe Friedhofsanlage aus dem gesamten Linnich-Glimbach-Bereich ist im Sommer 1980 gegen den Bau des Nato-Befehlsbunkers in Linnich-Glimbach. In einer ersten Aktion stellten die Demonstranten aus den Kreisen Düren, Heinsberg und Aachen in unmittelbarer Nähe der Baustelle Totenkreuze auf. Trotz stürmischen Regens verteilten die vorwiegend jungen Leute für einige Zeit an der Baustelle, wo derzeit Laster Rüttel- und Verdichtungsarbeiten durchführen. Der 40 mal 45 Meter große und vier Stockwerke umfassende Bunker wird 10 Meter unter der Erde entstehen. Nachfolgend Foto: Schiffer



„Schmerzliche Erfahrung“ der Bundestagsabgeordneten Christa Nickels:

„Widerstand nur durch Chaoten“ Friedliche Protestveranstaltung von Friedensinitiativen

Von ANNE KOELLIK JN 24. 9. 84
Linnich. - „Wollte sie den Bunker“ Mit und empört, brennt und auch demonstrieren.“ Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung ist gewesen, daß die Nato trotzdem gebaut werden soll. „Eine sehr schmerzhafte Erfahrung.“ Ihre Sicht unserer gegenwärtigen Si-

Friedensvertreter stellten sich vor Lkw.

Blockade am Bunker der NATO in Glimbach

Bauarbeiten für eine Stunde lahmgelegt

Begeht: Arbeitsplatz im Nato-Bunker Glimbach

Von der unterirdischen Kommandozentrale soll eine Wirtschaftskraft in Millionenhöhe ausgehen

Linnich-Glimbach. - Wahrscheinlich im Wie begeht stivle Arbeitsplatz im Nato-

Nato-Kommandeure: „Wir bauen für den Frieden“

Nato: „Wir bauen für den Frieden“

E-4 aus Jülicher Volkszeitung 7. 6. 86

„Central Enterprise“ und das Nato-Projekt in Linnich-Glimbach

Linnich. - „Central Enterprise“ Kommandozentrale unterge-

Friedensbewegung schnappte NATO Grundstück weg

Von „Nachrichten“-Redakteur HELMUT JANSSEN LINNICH

Geiz wird der NATO zum Verhängnis

Friedensinitiativen schnappen NATO ein Grundstück für eine Kommandozentrale weg
Linnich (Eig.) - Die NATO war einfach zu geizig. I am „geiz normalen Bürgern“, der den Anti-NA-

Nach „Friedensacker“-Kauf wird Lage geprüft

Grundstück wird nach momentanen Gegebenheiten für Nato-Projekt gebraucht

Wie geht es nach dem Friedensacker-Kauf in Glimbach weiter?

Militärs ändern offenbar nun ihre Pläne

Bunker um einige Meter verschoben? - Nato rechnet weiter mit Baubeginn in 1986

Geheim! NATO-Zentrale am Niederrhein im Bau

Leipziger Messe: Riesenkran für den Ernstfall soll bis 1991 fertiggestellt sein

Super-Nato-Zentrale in Linnich
AVZ 12. 5. 84
EIGENEN BERICHT

Linnich. - Eine Super-Kommando-Zentrale, drei Stockwerke unter-

JVZ 12. 5. 84

„Linnich - Kinnich-Glimbach kommt nun zur dicken Dammbarben befindet. Ka. 10.000 m² hat die Baustellungsfläche 1980, 1981

48

Schafstall gefährdet NATO-Bunker
Wahre Bunkerwitze aus Linnich-Glimbach

Nato-Stäbe in Glimbach auch „besser geschützt“

Nato-Hauptquartier: Kommandowechsel - Luftwaffenübung „Central Enterprise“ nicht bevor

5/88

„Linnich - Kinnich-Glimbach kommt nun zur dicken Dammbarben befindet. Ka. 10.000 m² hat die Baustellungsfläche 1980, 1981

Gewalttätige Spontan-Demo

Mit Blockade Nato-Bunker-Bauarbeiten in Glimbach behindert

VON D. SCHUMACHERS

Glimbach. - In den frühen Morgenstunden - von hundert Seiten umhüllt - lockerten am Freitag Mitglieder aus Friedensgruppen-

Natogegner demonstrieren bei der Baufirma Florack

Sie sind gegen den Bunkerbau der Nato in Glimbach

4 POLITIK DIE WELT - Nr. 62 - Montag, 14. März 1988

NATO baut neue Befehlszentrale am Niederrhein

dpa, Linnich/Niederrhein
Nahen unbekannt von der Öffentlichkeit baut die NATO mit mehr als einem Jahr am Niederrhein eine neue Kommandozentrale, die im Kriegsfalle die Verteidigung eines großen Teils der Bundesrepublik Deutschland und der Benachteiligten koordinieren soll. Bisher war Glimbach ein militärisches Manöverfeld untergebracht. Der Linnicher Bürgermeister

„Nutzen Sie die BERUFS-WELT für Ihre berufliche Zukunft!“
DIE WELT

Herbert Krenn bestätigte, daß der Bund bereits vor etwa 30 Jahren einen Großteil des Geländes für die geplante unterirdische Anlage gekauft habe, wenigstens damals der Zweck des Anbaus noch nicht bekannt gewesen sei.

Am Ostermontag soll die Baustelle Ziel eines Ostermarsches der Friedensbewegung werden, die von der „Kriegshauptquartier“-bezeichnete Projekt ablehnt. Demnach rechnet damit, daß die neue Kommandozentrale etwa 1990 fertiggestellt sein wird. Dort sollen dann etwa 200 bis 300 Menschen beschäftigt sein.

Die WELT kann bestätigt, daß ein Projekt zum Bau einer unterirdischen Befehlszentrale der Nato am Niederrhein im Bau ist. Die WELT kann bestätigt, daß ein Projekt zum Bau einer unterirdischen Befehlszentrale der Nato am Niederrhein im Bau ist.

HAZ Nr. 73

Bau der Befehlszentrale Castle Gate, aber:

Nato-Projekt nicht nur in Glimbach, auch in Pfalz

Blick zum Großen Aries nach Ruppertsweiler
Glimbach. - In den militärischen Glimbacher Nato-Stäbe dann keine andere Ausweichmöglichkeit?

Jülicher Nachrichten

Rebecca Johnson aus England bei Glimbacher Friedenskundgebung

„Wer stumm bleibt bei Unrecht, der ist genau so schuldig wie die Täter“

Ostermarsch hatte mit 700 Teilnehmern leicht rückläufige Resonanz

Glimbach-Linnich. - Eine Friedenskundgebung am Karfreitag auf der Höhe, in die hinein die Nato ihre neue Kommandozentrale bauen will. Zu einer Protestveranstaltung, der vierten dieser Art, halfen die Koordinationsausschüsse Linnich und Glimbach. Tausende eingeladen. Rund 1500 Menschen waren in den letzten Wochen rund um Glimbach, in Aachen, Köln, Düsseldorf, Bonn, Düren, Gelsenkirchen und Stuttgart versammelt worden. Herrlichen Ostermarsch begünstigte die Aktion durch die Initiative, etwa 500 Teilnehmer, denn in diesem Jahr beteiligten sich erheblich weniger „Ostermarschler“ als im vergangenen Jahr, als die Demonstration fast in Regen und Schlamme erstickte. Insgesamt 600 bis 700 vorwiegend junge Menschen waren an diesem Samstagmittag nach Glimbach gekommen. Sie wurden von Delegierten aus Glimbach und Linnich empfangen. Auf dem Hügel hatten es sich die Menschen in der wärmenden Sonne gemütlich gemacht. Auf Decken, Ziegeln oder Windjacken waren Eltern mit ihren Kindern dabei, ihr zweites Frühstück zu sich zu nehmen. Ostermarsch wurde jedoch, Kaffee aus Thermoskannen getrunken und Butterbrote ausgepackt. Die Spitze der hellblauen Blaupause „Die Erde“ aus Tübingen stieg „Telemusik“.



Helmuth Sauer vom Koordinationsausschuss sprach an der Nato-Bauplatz in Glimbach wie später auf dem Jülicher Schloßplatz (Foto) die einleitenden Worte. Sauer: „Wer stumm bleibt bei Unrecht, der ist genau so schuldig wie die Täter.“ „Friedensacker“ hier behauptet die Friedensbewegung - und darunter, kaum beachtet, die Kriegsverbrecher der Nato.“

Lokales Sonntag, 9. Mai 1987

AN / Nr. 108 - Samstag, 9. Mai 1987

Teile des Bauzauns niedergerissen:

Spontanblockade vor dem Nato-Gelände in Glimbach

Rund 70 Demonstranten versperrten die Tore

Polizei erstattete Anzeigen: Nötigung und Sachbeschädigung

Gewalttätige Spontan-Demo

Mit Blockade Nato-Bunker-Bauarbeiten in Glimbach behindert

VON D. SCHUMACHERS

Glimbach. - In den frühen Morgenstunden - von hundert Seiten umhüllt - lockerten am Freitag Mitglieder aus Friedensgruppen-

„mußte das sein?“

Demonstranten am zukünftigen Nato-Bunker in Glimbach:

Nachts auf großen Kran geklettert und die Baustelle „lahmgelegt“

Abstieg nach drei Aufforderungen - Anzeigen gegen drei Kölner

4 POLITIK DIE WELT - Nr. 62 - Montag, 14. März 1988

Tollkühne Aktion im Morgengrauer:

Proteste gegen Nato in 40 Metern Höhe

Demonstranten bestiegen „Riesenkran“

„die tageszeitung“
Tageszeitung Berlin

Eins, zwei, viele Friedensparzellen

„tunsgen“ vermuten fehlende öffentliche Anhörung beim Kauf des NATO-Bunkergrundstückes in Glimbach / „Friedensacker“ ist geräumte eines Sperrgrundstücks, das parzellenweise an Mitglieder der internationalen Friedensbewegung verkauft wurde

Ärzte demonstrieren in weißen Kitteln am Bunker

Friedlicher Protest gegen die Nato-Pläne

Glimbach. - In weißen Kitteln demonstrieren auch als Ziel des Gensers eine

Die „Friedensaktionen“ steigen

„hon 882 Anteilseigner am Nato-Grundstück - Zweite Versammlung

„Ganze Gegend militärischer Schutzbereich?“
Jülicher/Linnich. - Der in den „Nachrichten“ angekündigte Kauf des Nato-Bunkergrundstücks in Glimbach ist ein militärischer Schutzbereich.

Friedensbewegung:
Ostermarsch
Rheinland zum Nato-Bunker?
Linnich. - Eine Friedenskundgebung, der

Stärkeres Engagement am NATO-Bunker?

Friedensbewegung: Glimbach könnte ein „zweites Mutlangen“ werden
JÜLICHER - Vor dem NATO-Bunker in Glimbach, bei nicht zahlungsfähigen Personal, Transfer der Situation von Mutlangen